

VERLÄSSLICH GESTALTEN – PERSPEKTIVEN ERÖFFNEN

HESSEN 2014 BIS 2019



KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN
DER CDU HESSEN UND
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN HESSEN
FÜR DIE 19. WAHLPERIODE
DES HESSISCHEN LANDTAGS
2014 – 2019



A. Präambel	4
B. In Verantwortung für alle Generationen – Nachhaltige Finanzpolitik	7
<i>I. Finanzen: Haushalt ausgleichen, Zukunftsinvestitionen sichern</i>	7
<i>II. Länderfinanzausgleich: Gerecht gestalten</i>	9
<i>III. Landesbedienstete und Personal</i>	10
<i>IV. Steuerkriminalität: Konsequenz bekämpfen</i>	11
<i>V. Finanzplatz Frankfurt</i>	11
<i>VI. Steuerpolitik</i>	13
C. Umwelt schützen – Schöpfung bewahren	14
<i>I. Umwelt- und Klimaschutz: Lebensgrundlagen erhalten</i>	14
<i>II. Natur- und Artenschutz: Reichtum und Lebendigkeit</i>	16
<i>III. Energiewende: Das Zeitalter der Erneuerbaren Energien beginnen</i>	19
<i>IV. Zukunftsfähige Landwirtschaft: Verträglich für Mensch und Natur</i>	23
<i>V. Zum Wohl der Tiere: Rücksicht nehmen</i>	26
D. Schule verlässlich gestalten – Wahlfreiheit sichern	29
<i>I. Schulfrieden erreichen: Angebot an alle</i>	29
<i>II. Unsere Grundschulen: Auf den Anfang kommt es an</i>	30
<i>III. Pakt für den Nachmittag: Bildungs- und Betreuungsgarantie schaffen, Ganztagsschulprogramm ausweiten</i>	31
<i>IV. Junge Menschen: Jedem eine Berufsausbildung ermöglichen</i>	32
<i>V. Chancen bieten: Stärken und Schwächen erkennen</i>	33
<i>VI. Lehrerbildung: Schlüssel für gute Schulen</i>	35
<i>VII. Schulverwaltung modernisieren: Eigenverantwortung stärken</i>	36
<i>VIII. Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen</i>	37
E. Bürgerinnen und Bürger schützen – Freiheit sichern	38
<i>I. Freiheit braucht Sicherheit: Polizei als Partner und Garant</i>	38
<i>II. Extremismus bekämpfen</i>	39
<i>III. Recht und Verfassung</i>	41
<i>IV. Strafvollzug</i>	43
F. Wirtschaft verlässlich begleiten – Zukunft sichern	44
<i>I. Mittelstand und Handwerk fördern</i>	44
<i>II. Industriepolitik: Tradition und Innovation</i>	44
<i>III. Wirtschaftsförderung aktiv gestalten</i>	45
<i>IV. Vergaberecht: Transparent und fair</i>	46
<i>V. Initiativen zur Sicherung von Fachkräften</i>	46
<i>VI. Tourismus: Hessens Vielfalt erleben</i>	47
<i>VII. Kreatives Hessen: Stark und bunt</i>	47

G. Bürgergesellschaft stärken – Auf das Miteinander kommt es an	48
I. Ehrenamt und Bürgerengagement im Mittelpunkt	48
II. Sport: Gemeinsam, fit und gesund	49
III. Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Katastrophenschutz unterstützen	50
IV. Heimatvertriebene und Spätaussiedler: Arbeit anerkennen	51
H. Den Menschen die Wahl lassen – Vielfalt leben	52
I. Familie, Ehe und Lebenspartnerschaften unterstützen	52
II. Kinderbetreuung fördern	53
III. Kinderschutz konsequent umsetzen	55
IV. Frauen fördern und Gleichberechtigung leben	55
I. Migration und Integration – Chancen und Herausforderungen	57
I. Hessische Integrationspolitik: Willkommens- und Anerkennungskultur	57
II. Integration durch Bildung und Ausbildung	58
III. Interkulturelle Öffnung	59
IV. Asyl- und Flüchtlingspolitik	59
J. Mobilität stärken – Vernetzt denken	61
I. Nachhaltig mobil: Schiene, Wasser und Rad	61
II. Öffentlichen Personen-Nahverkehr sichern	62
III. Mobiles Hessen 2020	63
IV. Autobahnen und Straßen	64
V. Straßen- und Schienenlärm reduzieren	65
VI. Flughäfen und Lärmschutz	66
VII. Mobilität durch Breitbandausbau	70
K. Moderne Hochschulen – Innovative Forschung	71
I. Investitionen in die Zukunft	71
II. Zugang zum Studium: Hürden abbauen	72
III. Moderne Hochschulen	73
IV. Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern	76
V. Forschungsland Hessen	76
L. Soziale Sicherheit – Chancen für alle	78
I. Sozialbudget: Verlässlich unterstützen	78
II. Gesundheit: Fördern und erhalten	79
III. Pflege: Zukunftsfest gestalten	80
IV. Menschen mit Behinderungen	81
V. Arbeits- und Ausbildungsmarkt stärken	82
VI. Bezahlbaren Wohnungsraum bieten	83

M. Verbraucherinnen und Verbraucher schützen – Umfassend informieren	84
<i>I. Vorfahrt für Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit</i>	84
<i>II. Finanzprodukte: Verlässlich informieren</i>	85
<i>III. IT-Produkte: Vertrauen stärken</i>	85
<i>IV. Prävention und Schutz: Für den Alltag gerüstet</i>	86
N. Kommunen stärken – Demografischen Wandel gestalten	87
<i>I. Starke Kommunen: Gestaltungskraft erhalten</i>	87
<i>II. Kommunalen Finanzausgleich zeitgemäß ausgestalten</i>	88
<i>III. Herausforderungen des Wandels als Chance begreifen</i>	89
<i>IV. Miteinander der Generationen: Erfahrungen nutzen</i>	90
O. Orientierung geben, Kultur fördern – Hessen in Europa	91
<i>I. Hessen: Land der kulturellen Vielfalt</i>	91
<i>II. Medien, Datenschutz und Netzpolitik</i>	94
<i>III. Orientierung, Identität und politische Bildung</i>	98
<i>IV. Europa gemeinsam gestalten</i>	101
P. Stabil regieren – Vertrauensvoll arbeiten	104
<i>I. Regieren: Fair und transparent</i>	104
<i>II. Arbeitsweise der Koalition</i>	104
<i>III. Ressortverteilung</i>	106

A. Präambel

„Verlässlich gestalten, Perspektiven eröffnen“ – mit diesem Anspruch legen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihr Regierungsprogramm für Hessen in den nächsten fünf Jahren vor.

Im Mittelpunkt unserer Vereinbarungen für die Legislaturperiode 2014 bis 2019 steht die Verbesserung der Lebenssituationen der Menschen in unserem Land. Wir wollen den Wohlstand erhalten, Hessen nachhaltig gestalten und den Menschen Sicherheit bieten. Unser Leitmotiv dafür ist eine ausgewogene Balance aus wirtschaftlichem Wohlstand und ökologischer Vernunft, individueller Freiheit und legitimen Sicherheitsbedürfnissen, der Übernahme von Verantwortung füreinander und für die uns nachfolgenden Generationen. Wir erkennen die Vielfalt der Gesellschaft in unserem Land an und wollen den Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Unterschiedlichkeit gleiche Chancen bieten.

Unsere Vorhaben für die bevorstehenden fünf Jahre sind von dem Gedanken getragen, Hessen gemeinsam weiter voran zu bringen, die sich wandelnden Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen und ihnen zu entsprechen, sowie der Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen einen größeren Stellenwert einzuräumen.

Die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler am 22. September 2013 hat die Regierungsbildung im Hessischen Landtag nicht leicht gemacht. Wir stellen uns diesem Wählervotum und der damit verbundenen Verantwortung. Uns ist bewusst, dass diese ungewöhnliche Koalition aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einerseits mit Argwohn, andererseits aber auch mit Neugier und hohen Erwartungen beobachtet wird.

Wir sind davon überzeugt, auch der politischen Kultur im Lande auf der Grundlage des wechselseitigen Respekts vor unterschiedlichen Sichtweisen und der Wahrung der jeweils eigenen Identität, die in diesem Vertrag niedergeschrieben sind, neue Impulse verleihen zu können. Mit unserem Regierungsprogramm wollen wir die Bürgerinnen und Bürger überzeugen und künftig stärker an der Gestaltung ihres Gemeinwesens beteiligen. Unser Regierungsprogramm ist gleichzeitig Ausdruck des Willens beider Partner, im Interesse der Menschen gute Kompromisse zu schließen. Mit diesem Vertrag legen wir die Schwerpunkte und neuen Akzente der neuen Hessischen Landesregierung fest. Am Ende des Jahrzehnts wollen wir ein Land Hessen, das lebenswert und zukunftsfest, wirtschaftlich und ökologisch stark sowie sozial und generationengerecht ist.

Dazu wollen wir das Land verlässlich gestalten - mit den Menschen, mit den Kreisen, Städten und Gemeinden, mit Wirtschaft und Sozialpartnern, mit Kirchen und Religionsgemeinschaften, mit Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen und all jenen, die sich in Hessen engagieren wollen.

Wir richten unsere Politik an vier Grundgedanken aus:

1. Schöpfung bewahren – Natur schützen

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und wollen die Perspektive für ein gesundes Leben, ein Miteinander von Umwelt und Arbeit, aber auch von Mensch und Tier in praktische Politik umsetzen.

- Wir bewahren die Schöpfung um ihrer selbst willen und räumen dem Schutz von Umwelt und Natur einen hohen Stellenwert ein.
- Wir werden durch die Unterstützung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz auf dem Weg zu einer sicheren, bezahlbaren und zukunftsfähigen Energieversorgung vorangehen und die Energiewende vorantreiben.

- Wir wollen einen fairen Ausgleich zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft schaffen.

2. Wohlstand erhalten – Ressourcen schonen

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür, die soziale und ökologische Marktwirtschaft nachhaltig im Sinne heutiger und zukünftiger Generationen zu gestalten und weiterzuentwickeln, wir wollen den Menschen in Hessen den Wohlstand erhalten und dabei unsere Ressourcen schonen. Wir wollen einen verlässlichen Umgang mit den Staatsfinanzen und damit aufhören, Schulden auf dem Rücken unserer Kinder zu machen. Wir wollen mehr Impulse für Forschung, Innovation und Mobilität. Wir wollen den demografischen Wandel verantwortungsbewusst gestalten und den Wandel als Chance und Herausforderung begreifen.

- Wir haben uns auf unsere Vorhaben in dem Wissen verständigt, dass es klarer Schwerpunkte und hoher finanzpolitischer Disziplin bedarf, um die von den Bürgerinnen und Bürgern mit großer Mehrheit in der Hessischen Verfassung verankerten Schuldenbremse einzuhalten. Wir tun dies in dem Willen, der fortdauernden staatlichen Schuldenaufnahme zulasten unserer Kinder und Kindeskinde ein Ende zu bereiten.
- Wir stärken die Vielfalt der hessischen Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze in Industrie, Mittelstand und Handwerk, indem wir für gute Rahmenbedingungen sorgen. Wir setzen ökonomische Impulse, unterstützen Existenzgründer und die Kreativwirtschaft. So wollen wir Hessen als Innovations- und Forschungsstandort noch stärker aufstellen.
- Wir werden Hessen als bedeutenden Wirtschaftsstandort und Arbeitsplatz vieler tausend Menschen im Herzen Europas weiterentwickeln und zeigen, dass Ökologie und Ökonomie kein Gegensatz sind, sondern im Einklang Fortschritt erbringen. Wir werden einen verlässlichen Verbraucherschutz verwirklichen, der in allen relevanten Lebensbereichen praktische und ausreichende Informationen anbietet.

3. Wahlfreiheit sichern – Vielfalt fördern

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Land, das den Menschen Chancen bietet und Möglichkeiten eröffnet. Das heißt für uns konkret: Wahlfreiheit in der persönlichen Lebensgestaltung und Vielfalt in Bildung und Betreuung. Der von uns angestrebte Schulfrieden wird das Kindeswohl in den Mittelpunkt stellen und dem Elternwillen Rechnung tragen. Die Vielfalt heutiger Familienmodelle und das Miteinander der Generationen sind für uns Verpflichtung für eine Politik des Ermöglichens.

- Wir setzen uns für den Schulfrieden ein und wollen für alle Schülerinnen und Schüler die bestmögliche Förderung erreichen. Wir wollen für alle Grundschülerinnen und Grundschüler mit einem Pakt für den Nachmittag eine Bildungs- und Betreuungsgarantie geben, auch um Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.
- Wir eröffnen in Städten und im ländlichen Raum gleichermaßen lebenswerte Perspektiven zum Wohnen und Arbeiten.
- Wir fördern einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Akzeptanz von verschiedenen Entwürfen zur Lebensgestaltung.

4. Bürgergesellschaft stärken – Freiheit sichern

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die freie, sichere und soziale Bürgergesellschaft. Sicherheit und Prävention, Respekt und Engagement zeichnen diese Bürgergesellschaft aus. Wir wollen Politik mit den Menschen machen und nicht über ihre Köpfe hinweg. Wir wollen ihre Ideen und ihre Kreativität in allen Bereichen der Landespolitik stärker nutzen. Wir wollen eine neue Kultur der Beteiligung für unser Land, in der das Mitmachen und Mitgestalten als Freude empfunden werden.

- Wir schützen die Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und zeigen gleichzeitig, dass Sicherheit und Freiheit keine Gegensätze sind.
- Wir wertschätzen das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger und wollen sie stärker an den politischen Prozessen beteiligen.
- Wir fördern das gesellschaftliche Miteinander in einem Land, das wie kein zweites von seiner Internationalität und Vielfalt und damit von Respekt vor der Unterschiedlichkeit geprägt ist.
- Wir übernehmen Verantwortung für die Schwächeren in unserer Gesellschaft und setzen neue Akzente.

Wir wollen durch unser Regierungshandeln neue Perspektiven eröffnen, Dialog und Beteiligung sowie Kreativität fördern und neuen Ideen ausreichend Raum geben. Wir wollen eine Politik, die gleichermaßen visionär und verlässlich ist.

Hessen ist so vielfältig wie die Menschen, die hier leben. Sie alle sind eingeladen, sich aktiv an der Zukunftsgestaltung unseres Landes zu beteiligen.

B. In Verantwortung für alle Generationen – Nachhaltige Finanzpolitik

Solide Finanzen, nachhaltiges, effizientes und transparentes Haushalten sind für uns unerlässlich. Eine hohe Staatsverschuldung und die damit verbundenen Zahlungsverpflichtungen für Kredite und Zinsen bremsen die wirtschaftliche Entwicklung und senken die staatlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Die Politik verliert ihren Gestaltungsspielraum. Ein Gemeinwesen, das einen großen Teil seiner finanziellen Ressourcen für den Zinsdienst der Vergangenheit leistet, hat keine Möglichkeiten mehr, in die Zukunft und damit in die Bewältigung anstehender großer Herausforderungen zu investieren. Wir wollen ein Land, das seine Zukunft sichern und gestalten kann und das nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt. Nur so werden wir unserer Verantwortung gerecht. Auch gegenüber unseren Kindern und Enkeln.

I. Finanzen: Haushalt ausgleichen, Zukunftsinvestitionen sichern

Die Koalitionspartner bekennen sich zur verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse. Eine verantwortungsvolle Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben ist die Grundlage unserer Haushaltspolitik, die nicht nur den Erfordernissen des Tages gerecht werden und aktuelle Bedürfnisse befriedigen will, sondern auch die Chancen und Risiken künftiger Entwicklungen in den Blick nimmt. Wir werden den Kurs der Haushaltskonsolidierung entschlossen verfolgen und spätestens im Jahr 2019 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Finanzierungsvorbehalt

Wir werden unsere gemeinsamen politischen Ziele für Hessen im Rahmen der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse und des beschriebenen Abbaupfades umsetzen. Folgende Prioritäten stehen nicht unter Finanzierungsvorbehalt: der Pakt für den Nachmittag an Grundschulen, das neue Hessische Sozialbudget, die Sportförderung sowie die 30-Millionen-Euro-Garantie für den Brand- und Katastrophenschutz.

Im Übrigen gilt regelmäßig der Grundsatz einer unmittelbaren, vollständigen und dauerhaften Gegenfinanzierung – primär im gleichen Politikbereich.

Die Konsolidierung des hessischen Landeshaushaltes erfordert eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die in ihrer Gesamtheit die Einhaltung der Regeln der Schuldenbremse ermöglichen werden. Alle Bereiche des Landeshaushaltes werden dazu einen Beitrag leisten.

Wir werden den Anstieg der Personalausgaben begrenzen. Dies geschieht in einer Kombination aus einem Stellenabbau außerhalb des Bereichs der Lehrerstellen um zusätzlich rd. 1.800 Stellen und einem Fortwirken des zum 01.04.2014 beschlossenen Besoldungszuwachses von 2,8 Prozent bis zum 30.06.2016. Ab dem 01.07.2016 steigen die Beamtengehälter um 1 Prozent jährlich. Schließlich werden wir die hessischen Standards bei der Gewährung von Beihilfe anpassen.

Wir werden im Bereich der freiwilligen Leistungen, der Verwaltungsausgaben und der Investitionsausgaben der Ressorts Einsparungen von zunächst 50 Millionen Euro erzielen und diesen Betrag jährlich steigern.

Wir werden auf der Einnahmeseite die Grunderwerbsteuer einmalig um einen Prozentpunkt erhöhen.

Effizienz der staatlichen Leistungserbringung

Wir wollen Aufgaben kritisch überprüfen, Doppelstrukturen zum Beispiel zwischen Regierungspräsidien und Kommunen und Sonderverwaltungen vermeiden und für klare und übersichtliche Verwaltungsstrukturen sorgen. Der gemeinsame Betrieb von Landesbehörden mit anderen Ländern ist anzustreben.

Förderprogramme und Subventionsabbau

Die Förderprogramme des Landes sollen soweit wie möglich von Zuschüssen auf Darlehen umgestellt werden. Für Ausnahmen von diesem Grundsatz muss jeweils nachgewiesen werden, dass die Förderung über ein Darlehen nicht möglich ist.

Moderne Verwaltungssteuerung und Haushaltsaufstellung

Nachdem in den letzten Jahren eine hohe Qualität in den Prozessen der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) erreicht wurde, wird nun der Fokus auf eine deutliche Kostenreduzierung der NVS-Prozesse bei gleichbleibender Qualität gelegt. Für uns gilt hier der Grundsatz „Effizienz vor Perfektion“. Die Projekte sollen einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Wir werden ein zentrales Finanzcontrolling einrichten, um die Kosten der Aufgabenwahrnehmung in der Verwaltung transparent zu machen. Ziel ist es, Ineffizienzen aufzudecken und die Ressorts auf dem Weg zur Verbesserung mit konkreten Vorschlägen zu unterstützen.

Im Hinblick auf die große finanzielle Bedeutung der Finanzhilfen für den Landeshaushalt werden wir ein zentrales Fördercontrolling einrichten. Hierzu werden auch Möglichkeiten einer bürgerfreundlichen Online-Antragstellung vorbereitet.

Die Neuformulierung der Landeshaushaltsordnung mit Blick auf ein Doppisches Rechnungswesen und den Produkthaushalt werden wir weiter vorantreiben. Dabei wird eine größere Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich des Haushaltsaufstellungsverfahrens angestrebt. Der Landeshaushalt ist im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern systematisch zu überprüfen und gegebenenfalls neu auszurichten.

Die derzeit auf europäischer Ebene in Diskussion befindliche Entwicklung einheitlicher Rechnungslegungsstandards (EPSAS) wollen wir mit Blick auf die Vorreiterrolle Hessens bei der Einführung der Doppik in den Ländern aktiv mitgestalten.

Beteiligungen und Privatisierungen

Eine weitere Privatisierung öffentlicher Einrichtungen wird in der Regel nicht angestrebt.

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba) ist als eine der wenigen deutschen Landesbanken gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgegangen und hat sich zu einer der führenden deutschen Landesbanken entwickelt. Die Koalitionspartner befürworten eine weitere Stärkung der Marktposition der Helaba.

Beschaffung

Mit dem Projekt „Hessen: Vorreiter für eine nachhaltige und faire Beschaffung“ wurde begonnen, Aspekte der Nachhaltigkeit im Beschaffungswesen des Landes zu implementieren und Endkonsumenten für die Notwendigkeit eines nachhaltigen Einkaufs zu sensibilisieren. Die in diesem Projekt gesetzten Ziele sind Ausdruck einer strategischen Neuausrichtung des Landes Hessen. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den Anspruch, diesen Weg kontinuierlich fortzuschreiben. Parallel dazu soll der begonnene Prozess zur Zentralisierung der Beschaffung fortgesetzt werden, um dauerhaft für ein transparentes und rechtssicheres Beschaffungswesen zu sorgen.

Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP)

ÖPP stellt eine Beschaffungsalternative dar. Wir stellen sicher, dass eine solche öffentlich-private Partnerschaft nur bei nachgewiesenem Wirtschaftlichkeitsvorteil für das Land eingegangen wird.

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung

Die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Landes Hessen werden zeitnah in 2014 implementiert.

Wir werden auf die Veröffentlichung der Gehälter von Managern und Mitgliedern von Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Sinne des „Corporate Governance-Kodex“ hinwirken. Damit wollen wir dem besonderen Informationsanspruch der Öffentlichkeit Rechnung tragen. Wir streben an, eine entsprechende Regelung für die Kommunen zu erreichen.

II. Länderfinanzausgleich: Gerecht gestalten

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen darin überein, dass für Hessen – unabhängig von der gesetzlich gebotenen Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen nach 2019 – die zeitnahe Neugestaltung des Finanzausgleichs ein vordringliches Anliegen ist. Daher streben wir bereits vor 2019 eine Lösung an, welche die finanzielle Handlungsfähigkeit aller Länder sicherstellt, die Balance zwischen Eigenstaatlichkeit und bundesstaatlicher Solidargemeinschaft wahrt, deutlich höhere finanzielle Anreize zur Stärkung der Wirtschafts- und Steuerkraft aller Länder setzt und zu einer spürbaren Minderung der hohen Belastung Hessens führt.

Der bereits von der Hessischen Landesregierung zusammen mit Bayern eingereichte Normenkontrollantrag untermauert die Position des Landes argumentativ und soll den Verhandlungsprozess befördern.

Wichtige Eckpunkte der Auseinandersetzung sind:

- (1) die Berücksichtigung der gestärkten finanzwirtschaftlichen Unabhängigkeit der Kommunen durch eine Absenkung der Einbeziehungsquote der kommunalen Finanzkraft,
- (2) die grundlegende Reform des Systems der gesonderten Einwohnerwertungen der Stadtstaaten und
- (3) die angemessene Berücksichtigung der Hauptstadtfunction Berlins.

III. Landesbedienstete und Personal

Das Land Hessen hat einen leistungsstarken öffentlichen Dienst. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter prägen mit ihrer Erfahrung, Kompetenz und Bürgernähe maßgeblich das Bild der Landesverwaltung in der Öffentlichkeit. Auf diese Leistungsstärke und Leistungsbereitschaft, engagiert und serviceorientiert im Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten, setzen wir auch zukünftig.

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen Wert auf gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Deshalb wollen wir sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen überprüfen und zurückführen.

Im Wettbewerb um die besten Köpfe in Hessen werden wir zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes durch geeignete Maßnahmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigern, indem wir die Möglichkeiten der Bediensteten zur Freistellung in besonderen Lebenssituationen, wie etwa der Pflege von Angehörigen, oder die Flexibilisierung für Teilzeitbeschäftigung verbessern.

Eine familienbewusste Personalpolitik in der Organisation sowie der Verwaltungskultur muss systematisch verankert werden und sich in den eingesetzten Instrumenten widerspiegeln. Daher werden wir das Gütesiegel „familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ weiterentwickeln und an allen Dienststellen des Landes Hessen ermöglichen.

Ein wesentlicher Faktor bei der Beschäftigungspolitik ist die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gesundheitsbewusstsein im Dienst schafft Zufriedenheit, und Zufriedenheit im Beruf steigert die Gesundheit. Wir werden deshalb weiterhin ein besonderes Augenmerk auf unser Gesundheitsmanagement und die gesundheitliche Prävention der Landesbeschäftigten legen.

Die Antikorruptionsstrategie der Hessischen Landesverwaltung werden wir überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Auftretende Korruptionsfälle werden wir nachhaltig und konsequent verfolgen, sowie ihnen mithilfe vorbeugender Maßnahmen der Korruption rechtzeitig entgegenwirken. Korruptionsprävention dient dem Schutz und der Sicherheit der Beschäftigten im Umgang mit Korruptionsgefahren sowie ihrer Sensibilisierung hinsichtlich dieser Gefahren. Wir verbessern die Handlungsanleitung, um die notwendigen Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung der Korruption treffen zu können.

Uns ist bewusst, dass wir von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere aber auch von den Beamtinnen und Beamten einen dauerhaften Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes verlangen. Deshalb werden wir im Gegenzug die wöchentliche Arbeitszeit im Beamtenbereich im Jahr 2017 auf 41 Stunden absenken.

Pensions- und Versorgungsleistungen

Die Pensions- und Versorgungsleistungen nehmen aufgrund der demografischen Veränderungen und des Anstiegs der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu. Das Land Hessen wird daher auch weiterhin die Versorgungsrücklage stärken und damit Vorsorge für die Zukunft treffen. Zu diesem Zweck werden wir die gesetzlichen Rücklagen (Bundesbesoldungsgesetz und Hessisches Versorgungsrücklagengesetz) sowie die Rücklage auf Grundlage des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 vom 20.12.2001 weiter dotieren. Den Weg anderer Länder, die Zuführung zu beenden oder Mittel aus den Rücklagen zu entnehmen, wird Hessen nicht gehen. Die gesetzlichen Zuführungen werden auf dem Niveau des Jahres 2014 fortgesetzt. Die freiwillige Versorgungsrücklage wird nach dem Vorbild des Jahres 2013 nachschüssig dotiert.

IV. Steuerkriminalität: Konsequenz bekämpfen

Die Bekämpfung der Steuerkriminalität ist eine der wichtigsten Aufgaben der hessischen Steuerverwaltung, der hessischen Polizei und der Staatsanwaltschaften. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliärsdelikt, sondern eine Straftat. Sie schädigt das Steueraufkommen und damit das Gemeinwesen. Die Koalition begreift Steuerhinterziehung als einen Akt fehlender Solidarität mit der Gesellschaft. Darüber hinaus führt Steuerhinterziehung nicht erst seit der Finanzmarktkrise zu erheblichen Schäden für die Volkswirtschaft. Die konsequente Durchsetzung des Besteuerungsanspruchs führt zu Steuergerechtigkeit, sichert die notwendigen Einnahmen für den Staat und ermöglicht die Begrenzung der Steuerlast.

Die effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist auch im internationalen Bereich ein wichtiges Mittel für das Ziel der Steuergerechtigkeit. Die Koalitionspartner unterstützen daher die Einführung des automatischen internationalen Informationsaustausches als neuen internationalen Standard. Bilaterale und multilaterale Abkommen in Steuersachen müssen danach ausgerichtet werden.

Mit der Verbesserung der Schlagkraft der Ermittlerinnen und Ermittler sowie der Strafverfolgerinnen und Strafverfolger, der deutlich verstärkten Außendienstleistungen der hessischen Finanzämter, der Erhöhung der Ausbildungszahlen im gehobenen Dienst der hessischen Steuerverwaltung, dem konsequenten Schließen von Steuerschlupflöchern und der Verhinderung ungewollter Steuergestaltungen ist der Weg zur verstärkten Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität aufgezeigt. Wir werden die Betriebsprüfung weiter intensivieren und den Einsatz von Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder weiter verstärken. Es gilt, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität weiter auszunutzen. Es muss im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichergestellt werden, dass sie im Zusammenhang mit dem Ankauf von Steuerdaten nicht strafrechtlich belangt werden können. Die Beteiligung Hessens an Ankäufen von Steuerdaten durch andere Länder kann unter dieser Maßgabe, ebenso wie ein Ankauf federführend durch Hessen selbst, erfolgen.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die erfolgreiche Arbeit der hessischen Steuerverwaltung auf der richtigen Balance zwischen Außen- und Innendienst beruht. Diese Balance gilt es auch zukünftig sicherzustellen.

V. Finanzplatz Frankfurt

Hessische Politik hat eine besondere Verantwortung für den Finanzsektor als Ganzes. Mit der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Bankenaufsicht, der Europäischen Versicherungsaufsichtsbehörde EIOPA, dem Europäischen Systemrisikokorridor, der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen verstehen wir den Finanzplatz Frankfurt auch in Zukunft als internationalen Regulierungs- und Aufsichtsstandort und setzen uns für dessen Erhalt und Ausbau ein. Aufgrund der besonderen Verantwortung Hessens für die Finanzwirtschaft und deren Bedeutung für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wollen wir den gesellschaftlichen Dialog zur Rolle und Zukunft der Finanzmärkte stärken.

Zu den besonderen Vorteilen des Finanzplatzes Frankfurt zählt die Nähe zur Realwirtschaft in der größten Volkswirtschaft Europas. Von daher werden wir uns dafür einsetzen, dass auch in Zukunft bei allen Regulierungsvorhaben die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten als zentrale Aufgabe der Finanzbranche umfassend berücksichtigt wird.

Die Stärken des Finanzplatzes Frankfurt müssen aufbauend auf den vorhandenen Strukturen und Institutionen qualitativ ausgebaut werden. Dabei wollen wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Finanzplatz Frankfurt international als Brücke zur heimischen Wirtschaft fungieren kann.

Wir unterstützen Entwicklungen in Richtung „Green Finance“. Die Energiewende ist eine historische Chance für den Finanzplatz Frankfurt. Wir wollen deshalb gemeinsam mit Banken, der Deutschen Börse, den Förderbanken, Investoren, Privatanlegern und Unternehmen Möglichkeiten eruieren, wie entsprechende Strukturen, Produkte und Wissen ausgebaut werden können.

Der Finanzplatz Frankfurt hat eine internationale Vorreiterrolle in der Entwicklungs- und Mikrofinanzierung. Diese Position wollen wir stärken. Zudem sind wir offen für weitergehende Überlegungen in Richtung „Social Banking“.

Finanzmarktregulierung

Zur Notwendigkeit und Ausgestaltung einer Finanztransaktionssteuer verfolgen CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Bundesebene einen unterschiedlichen Ansatz. Für die Arbeit der Hessischen Landesregierung wird festgehalten: Es ist zu berücksichtigen, dass sich die weit überwiegende Mehrheit des Deutschen Bundestages im Rahmen der Verhandlungen zur nationalen Umsetzung des Europäischen Fiskalpaktes darauf verständigt hat, die Einführung einer solchen Steuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz voranzutreiben. Die Bundesregierung hat sich daraufhin auf den Weg gemacht, die Einführung der Steuer im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit in der Europäischen Union zu verwirklichen. Die Koalitionspartner werden diesen Prozess intensiv begleiten mit dem Ziel, eine Ausgestaltung zu erreichen, die alle Finanzinstrumente umfasst. Ausweichreaktionen müssen im Interesse des Finanzplatzes Frankfurt vermieden werden, ebenso relevante negative Folgen der Steuer auf Instrumente der Altersversorgung, auf die Kleinanlegerinnen und Kleinanleger und auf die Realwirtschaft.

Die Bankenunion schafft neue Aufsichtsstrukturen in Europa für eine Gruppe besonders großer und bedeutender Banken. Hierbei muss die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank am Finanzplatz Frankfurt auch in Zukunft gewährleistet und die Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht beim Aufbau der EU-Bankenaufsicht sichergestellt sein.

Wir setzen uns weiterhin für international abgestimmte und EU-weit einheitliche Regulierungsmaßnahmen ein, um insoweit einen Wettbewerb unter den Finanzplätzen zu vermeiden. Dabei müssen die Aufsicht, die Regulierung und die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte noch stärker aufeinander abgestimmt werden.

Öffentlich-rechtliche Banken

In unserem deutschen Bankenmodell der 3 Säulen sind die öffentlich-rechtlichen Banken nicht wegzudenken. Wir halten am bewährten Dreisäulenmodell (Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken) fest und werden uns dafür einsetzen, dass seine Besonderheiten angemessen berücksichtigt werden.

Die öffentlich-rechtlichen Banken sind durch ihr konservatives Geschäftsmodell und ihre vorsichtige Anlagestrategie zumeist relativ gut durch die Finanzkrise der letzten Jahre gekommen. Sie schaffen Zukunftsperspektiven für die regionale Wirtschaft. Wir bekennen uns zur Reform des Sparkassengesetzes im Jahre 2008.

Wir wollen den Finanzplatz Frankfurt mit den Hauptsitzen vieler bundesweit bedeutender öffentlich-rechtlicher Banken zu einem Vorbild in der Zinspolitik machen. Hierzu werden wir in den Dialog mit Sparkassen und Genossenschaften zu einer angemessenen Dispo-Zinspolitik eintreten.

VI. Steuerpolitik

Hinsichtlich einzelner auf Bundesebene zu entscheidender Fragestellungen im Bereich der Steuerpolitik bestehen unterschiedliche Auffassungen zwischen den Koalitionspartnern. Auf Landesebene besteht Übereinstimmung, dass die Positionierung des Landes in der steuerlichen Gesetzgebung unter Berücksichtigung der Einnahmeverantwortung und der verfassungsmäßig verankerten Schuldenbremse erfolgen muss. Übereinstimmung besteht zudem, dass weitere Initiativen zur Steuervereinfachung zentrale steuerpolitische Aufgaben sind. Auf der Basis der bisherigen hessischen Initiativen zur Steuervereinfachung wollen wir Schritt für Schritt eine Verbesserung insbesondere für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, aber auch für die Steuerverwaltung und die steuerberatenden Berufe erreichen.

Die Gewerbesteuer muss beibehalten bleiben, sie stellt insbesondere für die hessischen Kommunen eine unverzichtbare Einnahmequelle dar. Mit ihrer anstehenden Reform muss eine verfassungsfeste Erhebung der Grundsteuer ermöglicht werden. Dabei darf das Erhebungsverfahren nicht unnötig verkompliziert werden.

Die Erbschaftsteuer als allein den Ländern zustehende Steuereinnahmequelle muss auf Dauer erhalten bleiben.

C. Umwelt schützen – Schöpfung bewahren

Die Bewahrung der Schöpfung und der Schutz von Natur und Umwelt sind unsere Grundanliegen in der Verantwortung für kommende Generationen. Wir wollen unsere Heimat Hessen mit den zahlreichen wertvollen Landschaftsstrukturen und unseren wichtigen Lebensgrundlagen erhalten. Sauberes Wasser, gesunde Luft, intakte Böden, eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt, unsere Wälder und der sparsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind Kernpunkte der Umweltpolitik von CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Hessen. Sie bedeutet für uns ökologische, ökonomische und soziale Zukunftsfähigkeit. Dieser Verantwortung wollen wir uns gemeinsam stellen.

I. Umwelt- und Klimaschutz: Lebensgrundlagen erhalten

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung und erfordert größte Anstrengungen aller. Die Auswirkungen sind auch in Hessen erkennbar und spürbar. Wir stellen uns der gemeinsamen Herausforderung für eine deutliche Verminderung der klimaschädlichen Treibhausgase. Deshalb werden wir uns auf allen politischen Ebenen für den Klimaschutz einsetzen.

Wir unterstützen auch in Zukunft gemeinsame Initiativen von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zum Klimaschutz. Wir werden die bestehende Strategie zur Anpassung an den Klimawandel weiterentwickeln. Darüber hinaus werden wir ein hessisches Klimaschutzkonzept mit Klimaschutzzielen sowie konkreten Maßnahmen erarbeiten.

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten darüber hinaus für einen konsequenten Klimaschutz auf Bundesebene ein, so wie sie sich gleichfalls für verbindliche Klimaschutzziele auf EU-Ebene und nationaler Ebene einsetzen werden. Der europäische Emissionshandel ist ein sinnvolles Instrument der EU-Klimapolitik mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen wie CO₂ unter möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten zu senken. Wir werden uns für einen funktionierenden Emissionshandel einsetzen, der dauerhaft das Problem überschüssiger CO₂-Zertifikate auf dem Markt löst.

Schutz unserer Lebensgrundlagen

Eine große Herausforderung liegt darin, wie wir mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen umgehen und wie wir dies in Verantwortung auch für kommende Generationen tun. In der „Nachhaltigkeitsstrategie Hessen“ arbeiten viele Akteure über Ressort-, Politik- und Fachgrenzen hinweg gemeinsam daran, die ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen der Gegenwart in Chancen für eine lebenswerte Zukunft zu verwandeln. Die Nachhaltigkeitskonferenz hat wichtige Impulse geliefert. Wir werden sie daher fortsetzen und zielgerichtet weiterentwickeln. Wir sehen auch bei uns in Hessen im Zusammenwirken mit der Wirtschaft besondere Chancen bei Ressourcenschonung und Ressourceneffizienz. Wir werden deshalb eine Ressourcenschutzstrategie für Hessen entwickeln, welche die Aktivitäten der Landesregierung bündelt und dabei die Wissenschaft, die Wirtschaft und die Verbände mit einbezieht.

Gewässer- und Hochwasserschutz

Ohne Wasser gibt es kein Leben. Deshalb ist ein umfassender Schutz aller Gewässer und des Grundwassers ein wichtiges Anliegen der Koalition. Wir wollen unsere Gewässer mit vielfältigen Maßnahmen in einem guten ökologischen Zustand erhalten beziehungsweise versetzen. Zum Erhalt und zur Schaffung natürlicher Lebensräume werden wir die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie engagiert voran bringen. Für Maßnahmen wie beispielsweise Verbesserung der Durchlässigkeit, Renaturierungen, Kauf oder freiwilligen Flächentausch, Schaffung von Anreizen zur extensiven Bewirtschaftung für Landwirte sowie Beratung kombinieren wir die bereitstehenden Fördermittel von Bund und EU.

Im Sinne eines vorsorgenden Hochwasserschutzes wollen wir unseren Flüssen wieder mehr Raum geben. Dafür werden wir das hessische Hochwasserschutzkonzept, das auf einer Vielzahl von Maßnahmen und Projekten basiert, hinsichtlich des vorbeugenden Hochwasserschutzes, des baulichen Hochwasserschutzes sowie der Eigenvorsorge der Betroffenen evaluieren und weiterentwickeln. Sommerdeiche werden wir grundsätzlich erhalten.

Verbesserung der Grundwassersituation im Hessischen Ried

Wir werden den "Runden Tisch" bei der Erarbeitung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Grundwassersituation im Hessischen Ried im Hinblick auf eine für alle Seiten tragfähige Lösung begleiten und unterstützen. Ebenso sehen wir uns der Mitwirkung an der Umsetzung der Ergebnisse verpflichtet.

Schutz von Werra und Weser

Die Koalition verfolgt das Ziel, die Belastung des Grundwassers und des Oberflächenwassers im Naturraum Werra-Weser durch Salzabwässer dauerhaft zu beenden. Dies wollen wir im Einklang mit der Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Kali-Standortes in Nordhessen und der vielen tausend Arbeitsplätze erreichen. Grundlage für unser Handeln sind die Empfehlungen des Runden Tisches ‚Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion‘. Dabei unterstützen die Koalitionspartner auf der Grundlage der bestehenden Genehmigungen alle Maßnahmen, die zu einer schnellstmöglichen Beendigung der Salzabwassereinleitung in die Werra führen. Hier erwarten wir – auch aufgrund der absehbaren Beendigung der Versenkung – seitens des Unternehmens K+S weiterhin entsprechende Anstrengungen. Die Hessische Landesregierung wird ihrerseits in Verhandlungen mit den Anrainerländern alles tun, um die Voraussetzungen für eine zügige umweltgerechte Entsorgung der Salzabwässer zu schaffen (u.a. Pipeline an die Oberweser oder an die Nordsee).

Boden- und Flächenschutz

Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch zu senken und die Ziele der Nachhaltigkeitskonferenz ehrgeizig weiterzuentwickeln. Zum Erhalt dieser natürlichen Lebensgrundlagen setzen wir uns für die schonende, effiziente Nutzung von Flächen und Böden ein. Deshalb werden wir einem übermäßigen Flächen- und Bodenverbrauch entgegenwirken. Daher wollen wir ein Aktionsbündnis ‚Flächen gewinnen in Hessen‘ mit allen relevanten Akteuren gründen.

Luftreinhaltung

Saubere Luft bedeutet Lebensqualität, Gesundheitsvorsorge und Umweltschutz. Dafür sind effiziente und gleichzeitig verhältnismäßige Maßnahmen erforderlich. Für eine gute Luftqualität zu sorgen, ist eine besondere Herausforderung für Stadt und Umland. Wir werden deshalb zwischen Land und Kommunen einen Dialog initiieren, um ein abgestimmtes Maßnahmenpaket zur Senkung der Luftschadstoffbelastung zu erarbeiten. Dazu wollen wir unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips Luftreinhaltepläne aufstellen bzw. fortschreiben und gemeinsam mit betroffenen Kommunen Maßnahmen festlegen.

Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für die Reduzierung der Stickstoffdioxid-Belastung verbessert werden. Zu diesen Maßnahmen gehören die Einführung von Umweltzonen, die Aufstellung von Pfortnerampeln, LKW-Durchfahrverbote, verkehrssensitive Ampelschaltungen und die Einrichtung von Park+Ride-Parkplätzen sowie die Verbesserung des ÖPNV und ein attraktives Radwegenetz.

Abfallwirtschaft

Die Kreislaufwirtschaft in Hessen soll weiterhin zur Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit beitragen. Abfälle sind weiterhin, in Abstufung, vorrangig zu vermeiden, wieder zu verwenden, zu recyceln, anderweitig – auch energetisch – zu verwerten und zuletzt zu beseitigen. Kreislaufwirtschaft wird auch weiterhin konsequent auf die Abfallvermeidung und das Recycling ausgerichtet, ohne das ökologisch hochwertige Entsorgungsverfahren zu gefährden.

Wir werden weiterhin „Sauberhaftes Hessen“ als etablierte und bewährte Umweltschutzkampagne gegen das Wegwerfen von Abfällen auf öffentlichen Plätzen und in der Natur fortsetzen.

II. Natur- und Artenschutz: Reichtum und Lebendigkeit

Wir wollen Hessens einzigartige Landschaft und Natur um ihrer selbst willen und für uns Menschen erhalten. Der Schutz der Artenvielfalt und Lebensräume ist von besonderer Bedeutung. Die naturraumtypische Vielfalt von Lebensräumen soll im Rahmen eines funktionsfähigen, auch Länder übergreifenden ökologischen Netzwerkes (z.B. Nationalparks, Biosphärenreservate, Naturschutzgebiete, ausgewiesene Landschaftsschutzgebiete im Wald und Offenland) dauerhaft gesichert werden. Zur besseren Vernetzung kann auch die Neuausweisung von Schutzgebieten gehören. Dabei bleibt auch zukünftig der erfolgreiche Vertragsnaturschutz Ziel unserer Politik.

Schutz und Vernetzung von Naturräumen

Das Land Hessen bekennt sich zu den internationalen und europäischen Vereinbarungen im Naturschutz und deren Umsetzung auf Landesebene. Dazu zählen das europäische Netzwerk Natura 2000 sowie die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Ein Dialog zwischen den Kommunen, der Land- und Forstwirtschaft und den Naturschutzverbänden soll die Grundlage für die Erstellung von Managementplänen und die Sicherung von Schutzgebieten nach Natura 2000 sein.

Wir wollen dem Artenverlust auch in Hessen Einhalt gebieten. Wir werden deshalb die vorhandenen Artenschutzprogramme nutzen, um die Gefährdungssituation für Rote-Liste-Arten deutlich zu senken.

Naturschutzprojekte

Die bedeutenden regionalen Naturschutzprojekte wie der Nationalpark Kellerwald- Edersee, das Biosphärenreservat Rhön, der Naturpark Hoher Vogelsberg, aber auch das Grüne Band Deutschland sowie die Geoparks Odenwald-Bergstraße, Westerwald-Lahn-Taunus und die Grenzwelten in Waldeck-Frankenberg sollen weiterentwickelt werden. Das UNESCO-Biosphärenreservat in der Rhön wollen wir als einzigartigen Natur- und Lebensraum erhalten und weiter entwickeln. Wir werden darüber hinaus im Dialog mit den betroffenen Landkreisen und der Stadt Wiesbaden die Möglichkeit einer Machbarkeitsstudie über ein Biosphärengebiet Rheingau-Taunus/ Wiesbaden/ Mainspitze erörtern.

Biodiversitätsstrategie

Zum Erhalt der biologischen Vielfalt und der Schönheit der in unseren Regionen charakteristischen Tier- und Pflanzenwelt wird die Hessische Biodiversitätsstrategie umgesetzt und weiterentwickelt. Dies soll im Dialog mit den Verbänden auf der Basis der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt ressortübergreifend im Rahmen einer hessischen Nachhaltigkeitspolitik geschehen.

Das Hessische Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HNatSchG) wird im Hinblick auf die Biodiversitätsstrategie des Landes überprüft.

Naturschutzarbeit, Umweltbildung und Finanzierung

Wir sehen die Umwelt- und Naturschutzverbände als wichtige Partner an und schätzen deren ehrenamtliche Tätigkeit. In naturschutz- und umweltpolitischen Fragestellungen werden wir auf den verschiedenen Ebenen deren Einbindung verstärken. Fachbeiräte für Naturschutz können für viele Fragen auf Ebene der Regierungspräsidien für alle Seiten hilfreich sein. Deshalb empfehlen wir dort deren Einbindung.

Wir werden die Umweltbildung und nachhaltiges Handeln bei Kindern und Jugendlichen weiter fördern. Dabei ist dem Umweltbildungsangebot des Landesbetriebs Hessen Forst, der Jugendwaldheime, der Waldkindergärten und weiteren Akteuren eine hohe Bedeutung beizumessen.

Projekte im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes benötigen entsprechende finanzielle und vor allem zielgerichtete Unterstützung. Daher setzen wir uns unter Einbeziehung der Erfahrungen anderer deutscher Länder bei der Landeslotteriegesellschaft für die Wiedereinführung einer neugestalteten Umweltlotterie ein.

Waldwirtschaft, Jagd und Fischerei

Der Wald, als größter weitgehend naturnaher Lebensraum in Hessen hat vielfältige ökologische und soziale Funktionen. Gleichzeitig ist er Energie- und Rohstofflieferant und Arbeitsplatz für viele Menschen sowie Grundlage für einen bedeutenden Wirtschaftszweig. Wir wollen einen gesunden Wald mit einer naturgemäßen und nachhaltigen Waldwirtschaft auf Grundlage strukturreicher, altersgemischter Wälder. Dabei sollen die Wildbestände in einem fairen Interessenausgleich von Wald und Wild an die Tragfähigkeit des Ökosystems angepasst werden. Zur Sicherung und Verbesserung des Natur- und Artenreichtums unseres Waldes sollen die Schutzziele der nationalen und der hessischen Biodiversitätsstrategie und die Naturschutzleitlinie für den hessischen Staatswald beitragen.

Naturschutz im Wald

Es ist unser Ansatz in der Waldpolitik, Naturschutzziele in die Bewirtschaftungsstrategie einzubinden. Dazu zählt auch, dass auf Kahlschläge sowie den Einsatz von Pestiziden in unseren Wäldern möglichst verzichtet werden soll. Dabei soll aber auch gewährleistet werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Land- und Forstwirtschaft zum einen gesichert und zum anderen gefördert wird. Neben einer ganzheitlichen Forstwirtschaft und Naturschutzmaßnahmen im bewirtschafteten Wald wollen wir erreichen, dass gemäß der Nationalen Biodiversitätsstrategie der Anteil ungenutzter Wälder bei der gesamten hessischen Waldfläche auf fünf Prozent gesteigert wird. Der hessische Staatswald soll dabei verantwortungsvoll und vorbildlich vorgehen und acht Prozent seiner Flächen aus der wirtschaftlichen Nutzung nehmen.

Zertifizierte Waldwirtschaft

Eine nachhaltige Holzwirtschaft wird durch das Zertifizierungssystem Forest Stewardship Council (FSC) abgesichert. Dahinter stehen die Förderung einer umweltfreundlichen, sozialförderlichen und ökonomisch tragfähigen Bewirtschaftung von Wäldern und ein verantwortungsvoller Umgang mit den globalen Waldressourcen. Wir wollen eine schrittweise Zertifizierung des hessischen Staatsforstes nach den Kriterien des „FSC Deutschland“. Dabei werden wir so vorgehen, dass die ökologischen und ökonomischen Ergebnisse bei den Umsetzungsschritten berücksichtigt werden.

Bannwaldschutz

Besonders Wälder in städtischen Gebieten erfüllen vielfältige Funktionen. Sie absorbieren schädliche Emissionen und dienen der Erholung. Deshalb muss die Rodung und Umwandlung von mit dem Schutzstatus „Bannwald“ gekennzeichneten Gebieten in eine andere Nutzungsart grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Schutz alter Buchenwälder

Die wertvollsten Waldbereiche des Nationalparks Kellerwald Edersee gehören zur UNESCO-Welterbestätte „Buchenurwälder der Karpaten und Alte Buchenwälder Deutschlands“. Dieser Status ist ein bedeutender Schritt für den Naturschutz in Deutschland und in Hessen. Das Land Hessen sieht es als seine Verpflichtung an, das Welterbe zu schützen und zu erhalten. Um den Schutz alter Buchenwälder weiter auszubauen, setzt sich Hessen dafür ein, dass die Welterbestätte ergänzt und vervollständigt wird. Weiterhin sollen das Management-System für die Welterbestätte eingerichtet und ein transnationaler Forschungs- und Monitoringplan erstellt werden.

Landesbetrieb Hessen Forst

Der Landesbetrieb Hessen-Forst leistet einen wertvollen Beitrag zum Erhalt unserer Wälder. Daher werden wir weiterhin gewährleisten, dass gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine qualitätsvolle Arbeit leisten können.

Wir werden das auf breiter Grundlage erarbeitete Personalentwicklungskonzept 2025 des Landesbetriebs Hessen-Forst umsetzen. Durch die vorgesehenen Einstellungskorridore werden Nachwuchskräften Chancen geboten und gleichzeitig der Überalterung des Personals entgegen gewirkt. Die Angebote zur Weiterqualifizierung von Forstwirtinnen und Forstwirten zu Forstwirtschaftsmeistern schaffen zusätzliche Perspektiven für engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies dient sowohl der Beschäftigungssicherung und Personalqualifizierung als auch der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes.

Jagd und Fischerei

Das Hessische Jagdgesetz hat in seiner derzeitigen Fassung Bestand. Wir werden die Regelungen zur Tötung wildernder Hunde und Katzen einer wissenschaftlichen Bewertung unterziehen und gegebenenfalls ändern. Wir wollen die Liste der jagdbaren Tierarten auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüfen. Dazu gehört für uns auch, dass der Jagdschutz auf bestandsbedrohte Tierarten ausgeweitet wird.

Wir unterstützen den wissenschaftsbasierten Prozess auf Bundesebene zur Verwendung bleifreier Munition. Gleichzeitig wollen wir den Einsatz bleifreier Munition im Staatswald anstreben, wo es ohne Einschränkung der Wirkung möglich ist.

Noch vor einigen Jahrzehnten galten viele Fischarten in hessischen Flüssen als ausgestorben. Inzwischen hat sich die Bestandsituation zum Positiven hin verändert. Doch noch immer bedarf es umfangreicher Aktionen, um die hessische Fischfauna und die Biodiversität in den hessischen Gewässern auszuweiten und zu schützen. Wir fördern beispielsweise die Wiederansiedlung ehemaliger Arten wie des Maifisches.

Die Belange hessischer Fischerinnen und Fischer werden wir beim Interessenausgleich mit der Energieerzeugung durch Wasserkraftwerke und mit dem Gewässertourismus berücksichtigen.

III. Energiewende: Das Zeitalter der Erneuerbaren Energien beginnen

Die Energiewende und der Klimaschutz sind zentrale Vorhaben der Koalition in dieser Legislaturperiode. Die Landesregierung wird mit ganzer Kraft für die Umsetzung der Energiewende arbeiten. Über eine nachhaltige Umsetzung unter Berücksichtigung sozialer und wirtschaftlicher Aspekte sowie im Einklang mit dem Erhalt der biologischen Vielfalt werden wir auch in Hessen entscheidende Weichen stellen. Grundlage ist eine sichere, umweltschonende, bezahlbare und gesellschaftlich akzeptierte Energieversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für Mittelstand und Industrie. Darüber hinaus liegt in der Energiewende auch eine große Chance für Innovationen und neue Technologien. Dies kann die führende Rolle Deutschlands und Hessens im Bereich der Technologie stärken und neue Arbeitsplätze schaffen.

Umsetzung und Weiterentwicklung des hessischen Energiegipfels

Die Basis der Umsetzung sind die im Hessischen Energiegipfel getroffenen Vereinbarungen. CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bekräftigen das Ziel einer 100-prozentigen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien bis 2050. Im Strombereich wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien in Hessen in dieser Legislaturperiode verdoppeln. Wir werden dieses Ziel mit aller Kraft umsetzen.

Zur Überprüfung der Zielerreichung des Energiegipfels wird die neue Monitoringstelle des Landes nach dem Energiezukunftsgesetz eingerichtet. Sie erarbeitet Handlungsempfehlungen für die weitere Umsetzung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, der jährlichen Sanierungsrate und der Energieeffizienz. Die Landesregierung wird außerdem jährlich in einem Energie- und Klimaschutzbericht über die erreichten Erfolge berichten.

Für eine erfolgreiche Energiewende muss der Verkehrssektor mitbetrachtet werden. Aus diesem Grund setzen wir den Energiegipfel für den Verkehrsbereich fort.

Ausbau der Erneuerbaren Energien

Die Koalition unternimmt ambitionierte Schritte im Rahmen der Umsetzung der Ziele des Energiegipfels beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und strebt an, den Anteil der Erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung bis zum Ende der Legislaturperiode zu verdoppeln. Dazu werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

- Ausbau der Windenergie

Das größte Potenzial der Erneuerbaren Energien in Hessen liegt in der Nutzung der Windkraft. Wir wollen die Windenergie in Hessen deutlich ausbauen und haben uns daher zum Ziel gesetzt, 2 Prozent der Landesfläche zu Vorrangflächen für den Ausbau von Windenergie auszuweisen. Aktuell werden in allen drei Regionalversammlungen Hessens entsprechende Regionalpläne mit diesem Ziel aufgestellt. Sollte dieses Ziel auch nach der Beschlusslage nicht realisiert werden können, wird die Koalition den Sachverhalt neu bewerten und zeitnah geeignete Maßnahmen zur Erreichung des 2-Prozent-Ziels ergreifen. Dazu gehört gegebenenfalls auch eine Änderung des Landesentwicklungsplans. Auch in diesem Fall soll die Abstandsvorgabe von 1.000 Metern beibehalten werden.

Der Ausbau der Windkraft erfolgt an hierfür geeigneten Standorten mit möglichst geringen Auswirkungen auf die natürliche Umgebung und nach den Vorgaben der Landesplanung. Interessen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Aspekte des Kultur- und Landschaftsschutzes werden bei der Errichtung von Windkraftanlagen berücksichtigt. Unter der Maßgabe eines möglichst geringen Flächenverbrauchs sollen Windkraftanlagen an bereits vorhandenen Standorten modernisiert werden („Repowering“).

Zur Erleichterung der Akzeptanz der Entwicklung von Windparks an geeigneten Standorten unterstützen wir eine Solidargemeinschaft zwischen dem Land und Kommunen einerseits und von Kommunen untereinander andererseits. Wir wollen die Kommunen an einem Teil des wirtschaftlichen Ertrags aus landeseigenen Flächen (Pachteinnahmen) beteiligen, unter der Voraussetzung, dass auch unter den Kommunen ein solidarischer Ausgleich erfolgt. Innerhalb der jeweiligen Solidargemeinschaft für ein konkretes Projekt gelten für das Land die gleichen Konditionen wie für die übrigen kommunalen Beteiligten.

Wir unterstützen die Forderung der 81. Umweltministerkonferenz, nach der die Deutsche Flugsicherung gemeinsam mit den Ländern ein Konzept zur Einzelfallprüfung bezüglich der Abstände von Windkraftanlagen zu Funkfeuern erarbeiten soll.

- Nachhaltige Nutzung der Biomasse

Wir wollen die Potenziale von Biomasse zur Energiegewinnung effizient nutzen. Biomasse, zum Beispiel aus energiereichen Pflanzen, soll in Zukunft gerade als flexible Erzeugungskapazität eingesetzt werden können. Statt auf Quantität setzen wir dabei auf Qualität. Wir wollen die Biomassenutzung aus der Landwirtschaft und dem Wald im Einklang mit dem Erhalt der biologischen Vielfalt bringen. Vorrangig sollen Abfall- und Reststoffe zur Energieerzeugung verwendet werden. Die notwendige Anpassung des Biomasseaktionsplanes werden wir vornehmen.

- Wasser und Geothermie

Wasserkraftanlagen sollen im Rahmen der neuen europäischen Wasserrichtlinien und im Einklang mit dem Erhalt der biologischen Vielfalt bestehen bleiben und ausgebaut werden.

Die Erforschung und praktische Anwendbarkeit der Energiegewinnung durch Tiefengeothermie werden wir weiter fördern, sofern der Umweltschutz dabei berücksichtigt bleibt.

- Gute Rahmenbedingungen auf Bundesebene schaffen

Wir setzen uns für eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzes über die Erneuerbaren Energien (EEG) mit dem Ziel ein, die Förderung Erneuerbarer Energien marktwirtschaftlich auszugestalten und die Stromversorgung bezahlbar, verlässlich und in einem abgestimmten System sicherzustellen. Hierbei streben wir nach Lösungen, mit denen die Ziele des Hessischen Energiegipfels erreicht werden. Befreiungen im EEG sollen dabei auf stromintensive, im internationalen Wettbewerb stehende Industrien begrenzt werden.

Wir treten für die Entwicklung eines Kapazitätsmarktes auf dem Energiemarkt mit Anreizen für hocheffiziente, flexible und emissionsarme Kraftwerke ein. Es ist für den Umbau des Energiesystems hin auf Erneuerbare Energien notwendig, dass nicht mehr nur die Einspeisung von Strom in das Netz vergütet wird, sondern auch die Vorhaltung von Leistung, die schnell und flexibel bereitgestellt wird, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.

Eine Energiewende für und mit den Bürgerinnen und Bürgern

Eine hohe Akzeptanz entsteht durch die Einbindung und Beteiligung der Menschen vor Ort. Aus diesem Grund werden wir neue Beteiligungsformen wie Energiegenossenschaften oder Netzbeteiligungen bei Investitionen der Bürgerschaft ermöglichen. Außerdem wollen wir einen frühzeitigen Dialog mit der Bevölkerung und Interessenverbänden vor Ort mit den Projektentwicklern von Energie- und Infrastrukturvorhaben anstoßen. Wir werden das Mediationsangebot für den Ausbau Erneuerbarer Energien insbesondere im Bereich Windkraft verstetigen und weiterentwickeln. Durch

frühzeitige Einbindung, Information und breite Vernetzung von Politik, Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft werden wir aktiv für die Akzeptanz werben.

Überdies werden wir Kommunen und Kreise weiterhin bei der Erarbeitung von Klimaschutzkonzepten sowie deren Umsetzung unterstützen. Eine energiewirtschaftliche Betätigung der Kommunen wollen wir durch eine Änderung des § 121 HGO ermöglichen, wenn die Betätigung in den Bereichen der Erzeugung und Speicherung regenerativer Energien sowie der Verteilung von Strom und thermischer Energie bis zum Hausanschluss erfolgt, sie innerhalb der Kommune oder im regionalen Umfeld in Form einer interkommunalen Zusammenarbeit stattfindet, und wenn sie in Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Kommune und dem voraussichtlichen Bedarf steht.

Energieeinsparung und Energieeffizienz

In der Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz liegen die größten Potenziale für Verbesserungen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Sanierungsrate im Gebäudebestand zu. Für CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ist das Ziel des Energiegipfels einer Sanierungsquote von 2,5 bis 3 Prozent im Jahr der Maßstab unseres Handelns. Deswegen streben wir eine Reihe von Maßnahmen an und wollen auch das Energiezukunftsgesetz entsprechend fortentwickeln.

Wir sehen eine Schlüsselfunktion in der Information und in attraktiven Anreizen für Bürgerinnen und Bürger sowie in der Motivation und Einbindung der heimischen Wirtschaft. Gerade unserer eigenen Verantwortung wollen wir dabei gerecht werden.

Wir wollen die Vorbildfunktion des Landes bei Neubauten und Sanierungen von landeseigenen Liegenschaften oder bei Beschaffungen stärken. Unser tragendes Ziel ist die CO₂-neutrale Landesverwaltung. Deshalb setzen wir das Aktionsprogramm zur Energieeinsparung und Energieeffizienz bei Liegenschaften des Landes fort. Eine besondere Bedeutung für die CO₂-neutrale Landesverwaltung kommt unseren Hochschulen zu. Durch eigene Haushaltsbudgets wollen wir bei den Hochschulen Anreize zum Energiesparen setzen und durch Extraprämien besonderes Engagement bei der Energieeinsparung belohnen. Im Hochschulbauprogramm HEUREKA wird zukünftig ein Schwerpunkt auf dem Thema Energieeffizienz liegen. Die Nutzung der Förderprogramme „EnEffStadt“ und „EnEffCampus“ werden wir initiieren.

Wir werden die Energieberatung für die Kommunen, für Privathaushalte und die mittelständische Wirtschaft ausbauen. Durch die Unterstützung bei der Gründung von lokalen Energieagenturen werden wir das Energiesparen flächendeckend auch bei Kreisen, Städten und Gemeinden verankern. Die Mittel für die Hessische Energiesparaktion „HESA“ werden aufgestockt, um verstärkt für das Energiesparen in Privathaushalten und Unternehmen zu werben. Die Hessische Initiative für Energieberatung im Mittelstand wird fortgeführt.

Eine einheitliche Qualifizierung von Energieberatern trägt zu einer guten Qualität der Beratung und einem hohen Maß an Transparenz für die Verbraucher bei. Wir unterstützen daher alle Maßnahmen, die dies fördern. In Kooperation mit den Kammern werden die Weiterbildungsangebote für Energieberater optimiert.

Durch eine Vielzahl von Maßnahmen werden wir Anreize zur energetischen Sanierung und zum Einsparen von Energie setzen. In einem ersten Schritt werden wir eine Studie zur Ermittlung der Sanierungsrate in Hessen in Auftrag geben, um das Potenzial der energetischen Sanierung nutzbar zu machen.

Gemeinsam mit Handwerkern und Stadtwerken wollen wir für intelligente Austauschprogramme für Heizungsumwälzpumpen in Ein- und Zweifamilienhäusern werben (z.B. Ratenzahlung der Kosten der

neuen Heizungspumpe anhand der errechneten Stromeinsparung auf der Stromrechnung). Den Etat des hessischen Programms „Energieeffizienz im Mietwohnungsbau“ werden wir aufstocken.

Um die Rahmenbedingungen bei Sanierung und Neubau zu verbessern, wird die Hessische Bauordnung im Hinblick auf Erneuerbare Energien und Energieeffizienz überprüft. Im Dorfentwicklungsprogramm sollen Maßnahmen der energetischen Sanierung stärker berücksichtigt werden.

Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass bei der Förderung der wärmetechnischen Gebäudesanierung ein Schwerpunkt auf Quartierssanierung gelegt wird, wobei Sanierung und effizienteste Wärmeversorgung kombiniert angegangen werden. Auf Bundesebene werden wir uns für die steuerliche Absetzbarkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen bei selbstgenutztem Wohneigentum einsetzen.

Atomkraft

Wir werden den Rückbau des Kernkraftwerks Biblis unter Wahrung höchster Sicherheitsmaßstäbe vorantreiben. Dabei werden wir die Bevölkerung weiterhin durch einen transparenten Beteiligungsprozess informieren.

Die Lagerung zusätzlicher Castoren aus La Hague und Sellafield sollte unter dem Vorrang fachlicher Gesichtspunkte erfolgen. Sollte es nach sorgfältiger Prüfung erforderlich sein, auch in Biblis zwischenzulagern, weil es in Deutschland keine anderen Möglichkeiten gibt, so werden wir eine Lagerung in Biblis dulden.

Fracking

Die Landesregierung lehnt die Förderung von Schiefergas aus tieferen Gesteinsschichten, das so genannte Fracking, ab. Dies geschieht auf der Grundlage, dass Gesundheits- und Umweltrisiken nicht ausgeschlossen werden können. Wir wollen deshalb bereits die Aufsuchung rechtssicher unterbinden.

Auf Bundesebene wollen wir uns für eine Änderung des Bundesbergrechts im folgenden Sinne einsetzen: Der Einsatz von umwelttoxischen Substanzen beim Fracking muss ausgeschlossen sein. Auch die Entsorgung des Flow-Back bei Frack-Vorgängen mit Einsatz umwelttoxischer Chemikalien ist wegen nicht auszuschließender Risiken nicht verantwortlich. Darüber hinaus wollen wir eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung mit Öffentlichkeitsbeteiligung einführen und das Wasserhaushaltsgesetz ändern.

Netzausbau

Die Energiewende macht einen Netzausbau nötig, sowohl der Übertragungsnetze, als auch der Verteilnetze. Diese große Herausforderung wollen wir anpacken und dabei die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in den Blick nehmen. Wir werden uns mit dem Bund und den anderen Ländern abstimmen und die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig beteiligen. Der Netzausbau muss so kosteneffizient und umweltverträglich wie möglich erfolgen. Dabei gilt für uns das Prinzip „NOVA“ (Netz-Optimierung vor Verstärkung).

Wir werden vorab eine Studie zur Leistungsfähigkeit der Verteilnetze in Auftrag geben, um die Grenzen und Anpassungsoptionen für die Einspeisung Erneuerbarer Energien in Verteilnetze zu ermitteln.

Der Erdverkabelung wird in besonderen Fällen, wie in ökologisch sensiblen Bereichen oder bei Konflikten mit Siedlungsgebieten, der Vorzug von Freileitungen gegeben.

Wir engagieren uns bei der Weiterentwicklung intelligenter Stromnetze, so genannter „smart grids“, um die Energieversorgung von der Stromgewinnung bis zur Stromnutzung im Haushalt so effizient und kostengünstig wie möglich zu gestalten, insbesondere auf der Mittelspannungsebene, wo Windparks und Photovoltaik-Freiflächen angeschlossen sind.

IV. Zukunftsfähige Landwirtschaft: Verträglich für Mensch und Natur

Weit über die Produktion von Lebensmitteln hinaus erbringt die Land- und Forstwirtschaft in Hessen wichtige gesellschaftliche Leistungen gerade im Hinblick auf den Erhalt unserer Kulturlandschaft. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben das Ziel, die familiengeprägte, bäuerliche Landwirtschaft in Hessen mit einem Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Erzeugung zu erhalten. Zu deren Zukunftssicherung brauchen wir eine ressourcen- und umweltschonende, qualitativ hochwertige und multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft, die gute Arbeitsplätze und Einkommen im ländlichen Raum erhält.

Wir wollen eine Politik für und mit den Landwirtinnen und Landwirten und setzen auf Dialog. Wir wollen die Chance nutzen, dass die Landwirtschaft die ökologischen und sozialen Anforderungen der Zukunft erfüllen kann. Klimaschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt und die nachhaltige Sicherung des Boden- und Wasserhaushaltes sind dabei wesentlich. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für eine verlässliche, nachhaltige und tragfähige Förderung der Land- und Forstwirtschaft auf allen politischen Ebenen ein.

Perspektiven für die Landwirtschaft sichern

Die Landwirtschaft in Hessen ist Teil nachhaltigen Wirtschaftens und wird auch in Zukunft ein wichtiger Gesellschafts- und Wirtschaftsfaktor bleiben – insbesondere in den ländlichen Regionen. Die landwirtschaftlich genutzten Flächen wollen wir mit den Landwirtinnen und Landwirten erhalten und weiterentwickeln.

Der „Zukunftspakt hessische Landwirtschaft“ hat Bestand. Wir streben an, diesen Zukunftspakt auf eine breitere Basis zu stellen und weitere gesellschaftliche Akteure einzubeziehen.

Die ländlichen Gebiete Hessens sind durch zahlreiche familiengeführte landwirtschaftliche Betriebe geprägt. Um diese Struktur auch in Zukunft zu erhalten, werden wir die hessischen Landwirtinnen und Landwirte bei der Hofnachfolge beratend unterstützen.

Förderung

Der in Aufstellung befindliche neue hessische Entwicklungsplan für die EU-Förderperiode von 2014 bis 2020 muss den festgelegten Zukunftsanforderungen der EU (u.a. Klimawandel, Biodiversität, Umweltschutz und artgerechte Tierhaltung) entsprechen. Der Entwicklungsplan zur neuen Verteilung der Fördermittel beruht auf der von der 81. Agrarministerkonferenz beschlossenen Ausstattung mit Bundesmitteln sowie deren Verteilungsschlüssel und -kriterien.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz um 200 Millionen Euro aufgestockt werden. Falls sich die Bedingungen ändern, wird der Entwicklungsplan überprüft und gegebenenfalls inhaltlich sowie bei der Mittelverteilung angepasst.

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bildet den Rahmen für die finanzielle Förderung der Ländlichen Entwicklung als sogenannte „Zweite Säule“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Der Anteil der Agrarumwelt- und Naturschutzprogramme im Rahmen von ELER wird in der neuen Förderperiode erhöht. Dafür werden zusätzliche Mittel durch die

Umverteilung der GAP genutzt.

Wir wollen, dass die Agrarförderung an die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen geknüpft wird, und werden Agrarmaßnahmen aufwerten, die gleichzeitig mehreren umweltpolitischen Zielen dienen.

Bei zukünftigen Verhandlungen über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union und der Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder wird sich Hessen dafür einsetzen, dass die Mittel in der „Zweiten Säule“ mindestens im heutigen Umfang erhalten bleiben.

Zum Ausgleich von natürlichen, aber ungünstigen Standortbedingungen oder Produktionsnachteilen werden wir die Landwirtschaft auch künftig mit der Ausgleichszulage fördern.

Die Abwicklung der Agrarförderprogramme werden wir auf ihre Effizienz und Effektivität hin überprüfen und weiterentwickeln.

Die naturschutzfachlichen Sonderleistungen von Schaf- und Ziegenhaltern werden wir gesondert fördern.

Wir werden die einzelbetriebliche Investitionsförderung beibehalten und diese weiterentwickeln. Besondere Förderungen werden geleistet, wenn Haltungsbedingungen über den gesetzlichen Standards der Tierhaltung liegen.

Bienen

Imkerinnen und Imker tragen mit ihren Bienenvölkern wesentlich zum Erhalt unserer Kulturlandschaft bei. Die Bestäubungsleistung von Bienen und anderen Insekten ist unersetzbar, trägt zur Artenvielfalt bei und ist für einen Großteil des Ernteertrags unerlässlich. Daher unterstützen wir und setzen uns für eine bienenfreundliche Landwirtschaft ein (z.B. Förderung von Blühstreifen).

Das Bieneninstitut in Kirchhain beim Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen leistet hierbei wertvolle Arbeit und wird weiterhin unterstützt.

Ökolandbau stärken

Wir erkennen die besonderen Leistungen der ökologischen Landwirtschaft für Natur und Umwelt an. CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN nehmen es als Ansporn, dass Hessen mit über 10 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche schon heute zu den führenden deutschen Flächenländern bei der ökologischen Nutzung des Agrarlandes zählt. Um den Anteil der ökologischen Landwirtschaft weiter deutlich zu steigern, werden wir den Ökolandbau verlässlich und dauerhaft fördern.

Hierzu werden wir einen Ökoaktionsplan erarbeiten. Dieser soll auch Ausbildung, Wissenstransfer und Forschung berücksichtigen. Er ist mit der Absicht verbunden, Vertriebs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu stärken und eine Informations- und Motivationskampagne aufzulegen.

Unser Ziel ist es, den Anteil von hessischen Bioprodukten im Markt deutlich zu steigern. Hierbei ist uns sowohl die quantitative als auch die qualitative Erweiterung des ökologischen Landbaus wichtig.

Die Entwicklung der Steigerung des ökologischen Landbaus ist zu evaluieren, die Maßnahmen und der Mitteleinsatz sind auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.

Weinbau

Die Winzerinnen und Winzer im Rheingau und an der Hessischen Bergstraße leisten mit dem Weinbau einen besonderen Beitrag zu einer einzigartigen Kulturlandschaft. In Zeiten globalisierten Wettbewerbs werden wir Absatzchancen und Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Weinbaubetriebe stärken und sichern.

Wir werden prüfen, wie die Reaktivierung von stillgelegten Weinbauflächen erleichtert werden kann. Der Steillagenweinbau, der die Landschaften gerade im Weltkulturerbe „Mittelrheintal“ maßgeblich prägt, erfährt auch weiterhin unsere Förderung.

Ausbildung, Beratung und Forschung

Die Beratung für die Landwirtschaft sollte insbesondere aufgrund ihrer Bedeutung und Verantwortung für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz weiter intensiviert und gefördert werden. Dies gilt vor allem auch für Informationen und Beratung über umweltschonende und nachhaltige Flächenbewirtschaftung sowie tiergerechte Haltung. Die flächendeckende Officialberatung durch den Landesbetrieb Landwirtschaft auf Grundlage der Vorgaben des Kuratoriums für das landwirtschaftliche und gartenbauliche Beratungswesen Hessen ist hier ein wichtiger Baustein. Die Zusammensetzung des Kuratoriums wird im Hinblick auf die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union überprüft.

In der landwirtschaftlichen Beratung wollen wir die partnerschaftlichen Aus- und Weiterbildungsstrukturen mit Landwirtinnen und Landwirten sowie den landwirtschaftlichen Verbänden beibehalten und weiterentwickeln, insbesondere unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und des Tierwohls.

Die Ausbildung in der Landwirtschaft muss sich an den Erfordernissen einer zukunftsgerichteten, nachhaltigen Landwirtschaft orientieren. Deshalb werden wir das Fachgebiet Ökolandbau wieder in den Lehrplan für angehende Landwirtinnen und Landwirte in den landwirtschaftlichen Berufsschulen und Technikerschulen aufnehmen.

Die globalen Herausforderungen der Ernährungssicherheit, der nachhaltigen Ressourcennutzung, des Klimawandels und der Biodiversität können wir nur dann verantwortungsvoll angehen, wenn wir dabei auch die wertvollen Beiträge der Agrarforschung berücksichtigen. Deshalb wollen wir die Agrarforschung als wichtigen Bestandteil einer starken Landwirtschaft weiter unterstützen.

Gentechnik

Wir wollen die Land- und Forstwirtschaft Hessens gentechnikfrei erhalten. Um diesen Anspruch zu verdeutlichen, wird Hessen dem „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ beitreten. Damit unterstützen wir die Gentechnikfreiheit auf europäischer Ebene. Darüber hinaus verpflichten wir uns zur Gentechnikfreiheit auf allen landeseigenen Flächen und werden eine eigene Eiweißstrategie für Hessen erstellen, um Landwirte und Züchter zu unterstützen, die gentechnikfreies Futter beziehen bzw. vermehren wollen.

Wertschöpfung stärken – Faire Preise für gute Produkte aus der Region

Direkte Vermarktung aus der Region gewinnt sowohl für die Verbraucherinnen und Verbraucher als auch die Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte immer mehr an Bedeutung. Für die hessische Landwirtschaft ergeben sich durch Erzeugergemeinschaften und Hofläden vielfältige Chancen, gerade weil sie einen Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raumes leisten. Sie ermöglichen eine für Kunden und Erzeuger gleichermaßen faire Preisgestaltung, darüber hinaus werden die Nachteile

einer langen Lieferkette vermieden. Der direkte Kontakt von Erzeugern und Kunden stärkt das Vertrauen in sichere und gesunde heimische Agrarprodukte, können sich die Kunden doch direkt vor Ort darüber informieren, wie ihre Lebensmittel hergestellt und wie Tiere gehalten werden.

Wir unterstützen Landwirtinnen und Landwirte, die sich in Erzeugergemeinschaften für regionale Produkte zusammenschließen oder als Direktvermarkter arbeiten. Ziel ist es, ihre Marktstellung zu verbessern, einen fairen Preis für ihre Produkte zu erzielen und die regionalen Wertschöpfungsketten zu stärken. Die hessischen Milchbauern werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Landes-, Bundes- und Europaebene bei der Erzielung fairer Preise unterstützen.

Mit der Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“ als leistungsstarkem Partner wollen wir die Vermarktung regionaler und saisonaler Produkte mit geprüfter Qualität stärken und somit zu deren Erhalt beitragen. Dabei soll sich das wachsende Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an regionalen, ökologischen Erzeugnissen und Tierschutz auch im Agrarmarketing wiederfinden.

Unsere hessischen Produkte wollen wir durch Markenschutz, insbesondere auch auf europäischer Ebene (geschützte geografische Angabe und geschützte Ursprungsbezeichnung), sichern.

Schutz von Böden und Gewässern in der Landwirtschaft

Der Boden und die Gewässer stellen nicht nur für die hessische Landwirtschaft die wertvollste Grundlage dar, sie sind unser aller Lebensraum. Rund 43 Prozent der Fläche in Hessen werden landwirtschaftlich genutzt. Es gilt, die Nutzung dieser Flächen gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten nachhaltig und vielfältig weiterzuentwickeln.

Auf Grundlage des Beschlusses der Nachhaltigkeitskonferenz wird das Ziel der Reduzierung des Verbrauchs landwirtschaftlicher Flächen weiter verfolgt.

Zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen werden wir die Agrarfachplanungen bei den Regierungspräsidien bei flächenbedeutsamen Vorhaben als Fachplanung für diese berücksichtigen und bei Bedarf fortschreiben.

Bei der Neuverpachtung landwirtschaftlicher Flächen im Eigentum des Landes werden wir die Vergaberichtlinien der mit der Verpachtung beauftragten Hessischen Landesgesellschaft weiterentwickeln, um eine nachhaltige Flächenbewirtschaftung und eine tiergerechte Haltung sicherzustellen und den Belangen der Biodiversität gerecht zu werden.

Unser Ziel ist es, zum Schutz der Böden, des Wassers und der Artenvielfalt den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln in der Landwirtschaft zu reduzieren.

Im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen wird der Einsatz von Totalherbiziden nicht gefördert. Sobald wissenschaftlich anerkannte Ergebnisse über negative Folgen der Verwendung vorliegen, bewerten wir den Einsatz von Totalherbiziden rechtlich neu.

V. Zum Wohl der Tiere: Rücksicht nehmen

Seit der Aufnahme des Staatsziels Tierschutz in das Grundgesetz vor mehr als zehn Jahren hat das Tierwohl Verfassungsrang. Dieser Auftrag verpflichtet uns, den Tierschutz kontinuierlich zu verbessern. Das gilt von der Zucht über die Haltung bis hin zu Transport und Schlachtung. Für uns zählt ein aktiver Tierschutz ganz selbstverständlich zu einer nachhaltigen Politik, die die Schöpfung bewahrt. Wir werden daher unsere Spielräume auf Landesebene nutzen und eine aktive Politik zum Schutz der Tiere betreiben. Dazu zählen Maßnahmen gegen nicht artgerechte Tierhaltung und Tierquälerei, Informationen zum artgerechten Umgang mit Haustieren sowie Maßnahmen gegen die

Vernachlässigung von Tieren und die Unterstützung der wichtigen Arbeit der Tierheime in Hessen. Durch die Arbeit der Landesregierung und der Hessischen Tierschutzbeauftragten sind zahlreiche Verbesserungen, auch im Zusammenspiel mit anderen deutschen Ländern, zugunsten der Tiere umgesetzt worden. Im Laufe der Wahlperiode werden CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitere Initiativen zur Stärkung des Tierschutzes anstoßen und umsetzen.

Unter Beteiligung des landwirtschaftlichen Berufsstandes werden wir einen Runden Tisch einrichten, der Fragen zum Tierwohl, zu artgerechter Tierhaltung und Tiergesundheit (u.a. Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes) berät, und eine Tierschutzoffensive mit konkreten Handlungsmaßnahmen erarbeitet.

Wir streben die Gründung einer „Stiftung Hessischer Tierschutz“ an, die unter anderem zur Unterstützung von Tierheimen in schwierigen Finanzsituationen beitragen soll, um deren wichtige Arbeit zukunftssicher zu machen.

Wir sprechen uns dagegen aus, Pflanzen und Tiere als Bestandteile der Natur zu patentieren. Aus diesem Grunde lehnen wir Patente in diesem Bereich ganz entschieden ab.

Haltung und Transport von Haus- und Nutztieren

Wir werden uns der Problematik der Fundtierregelung annehmen, um die engagierte Arbeit der Tierheime nicht dauerhaft zu gefährden, und wollen Halterinnen und Halter von Haustieren besser über den artgerechten Umgang informieren. Zur Verbesserung der Sachkunde von Hundehalterinnen und -haltern ist aus unserer Sicht eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht der Hunde notwendig.

Überdies werden wir die „Rasseliste“, in der Hunderassen aufgeführt sind, die rassebedingt als gefährlich angesehen werden oder deren Gefährlichkeit vermutet wird, weiterhin überprüfen und kontinuierlich weiterentwickeln.

Wir wollen die Kontrolle der Tierschutzbestimmungen bei Transport und Schlachtung verstärken. Qualvolle Tiertransporte müssen vermieden werden, deshalb setzen wir uns für den Erhalt von Schlachtstätten in Hessen ein. Regionale Nähe und die Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher Tierschutzstandards verhindern unnötiges Leid der Tiere. Für diese Maßstäbe werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.

Einrichtungen der industriellen Landwirtschaft, wie Mastställe mit Massentierhaltung, sollen über eine nachhaltige Bauleitplanung reguliert werden. Dazu sollen die Kommunen zukünftig mehr Mitspracherecht erhalten. Die Regionalversammlung soll dabei lenkend mitwirken.

Wir wollen darauf hinwirken, dass es besondere Investitionsbeihilfen nach dem Hessischen Ländlichen Entwicklungsprogramm nur noch für solche Ställe gibt, die nach den Grundsätzen der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz deutlich über den gesetzlichen Standards der Tierhaltung liegen.

Situation von Wildtieren

Wir werden die Situation der Wildtierauffangstationen überprüfen, um eine bedarfs- und artgerechte Haltung der Tiere zu gewährleisten. Außerdem werden wir zur Frage, welche Wildtiere im Zirkus künftig zugelassen werden sollen (Positivliste), einen Vorschlag in den Bundesrat einbringen. Überdies unterstützen wir Maßnahmen des Bundes zum Verbot von gewerblichen Tierbörsen für exotische Tiere.

Tierversuche

Wir streben an, Tierversuche langfristig durch alternative Verfahren zu ersetzen. Weitere Maßnahmen zur Reduzierung von Tierversuchen werden wir prüfen.

Die ehrenamtliche Arbeit in den Ethikkommissionen für Tierversuche soll eine besondere Wertschätzung erhalten. So wollen wir uns dafür einsetzen, die Rechte der Tierversuchskommission gegenüber den Genehmigungsbehörden zu stärken.

D. Schule verlässlich gestalten – Wahlfreiheit sichern

Gute Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen entscheidet maßgeblich über die Möglichkeiten zur Teilhabe in unserer Gesellschaft. Bildung ist eine unserer zentralen Zukunftsaufgaben. Wir haben uns daher zum Ziel gesetzt, jedes Kind zum bestmöglichen Bildungserfolg zu führen. Unser Land ist dann zukunftsfähig, wenn es uns gelingt, die vorhandenen Begabungen zu fördern und Fähigkeiten zu entwickeln. Deshalb ist Bildung ein Schwerpunkt unserer Politik.

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden gemeinsam Neues auf den Weg bringen, Bewährtes erhalten und Notwendiges verlässlich absichern. Wir haben uns vorgenommen, unsere Bildungspolitik nicht an Ideologien zu orientieren, sondern die Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen – in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit. Wir wollen ihnen differenzierte Bildungsangebote machen, die ihre unterschiedlichen Begabungen, Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal fördern. Der Elternwille ist uns eine maßgebliche Richtschnur. Daher werden wir auch Bildungsformen nicht von oben verordnen und bei der Umsetzung besserer Bildungschancen verschiedene Wege ermöglichen.

I. Schulfrieden erreichen: Angebot an alle

Hessen braucht neue Antworten auf die wichtige Frage, wie sich Bildungspolitik verlässlich und gleichzeitig innovationsfähig gestalten lässt. Jahrzehntlang wurde in Hessen ein unproduktiver und ideologisch aufgeladener „Schulkampf“ geführt – mit der Folge, dass unser Schulsystem permanent umgekrempelt wurde. Unsere Schulen brauchen das Gegenteil davon: Eine langfristige, verlässliche Grundlage und klare Ziele für ihre Arbeit. Den Weg dahin wollen CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in der kommenden Legislaturperiode ebnen. Wir werden ihn damit beginnen, dass wir alle an Schule Beteiligten sowie die Fraktionen im Landtag zu einem Bildungsgipfel einladen, um mit ihnen eine Vereinbarung über die Schulentwicklung in Hessen für die nächsten zehn Jahre zu erreichen. Uns ist es wichtig, auf diese Weise den Schulen, Schulträgern und Eltern Planungssicherheit zu geben.

Wir werden unseren Schulen Verlässlichkeit in der Lehrerausstattung geben und Schulen, die im Landesvergleich unter besonders herausfordernden Bedingungen arbeiten, besonders unterstützen. Wir halten an der 105prozentigen Lehrerversorgung im Landesschnitt fest. Die infolge des Rückgangs der Schülerzahlen um 6 bis 8 Prozent bis zum Jahr 2019 frei werdenden Lehrerstellen werden wir im Bildungssystem belassen und nutzen, um die nachfolgenden Verbesserungen zu erreichen.

Schulvielfalt, gegliedertes Schulwesen, längeres gemeinsames Lernen

Die Koalition trägt dem Elternwillen nach einem vielfältigen Schulsystem Rechnung. Wir werden keine Schulform abschaffen, die von den Eltern vor Ort akzeptiert wird. Daher werden wir sowohl Schulen des gegliederten Schulwesens als auch Schulen, in denen länger gemeinsam gelernt wird, verlässlich ausstatten und ihnen pädagogische Weiterentwicklungen ermöglichen. Die integrierten Gesamtschulen können künftig im Rahmen ihrer pädagogischen Konzeption auch vollständig binnendifferenziert (ohne Aufteilung in Kursen) unterrichten. Konkret können sie entscheiden, ob sie den Unterricht ganz oder in einzelnen Jahrgangstufen vollständig binnendifferenziert, in Kursen oder in abschlussbezogenen Klassen organisieren. Für Klassen, die ausschließlich binnendifferenziert unterrichtet werden, wird die Klassenhöchstgrenze auf 25 Schülerinnen und Schüler gesenkt. Diese neue Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 garantieren – Elternwillen ernst nehmen

Neben den kooperativen Gesamtschulen können seit dem Schuljahr 2013/2014 auch die Gymnasien wählen, ob sie in der Mittelstufe G8 oder G9 anbieten wollen. Diese Wahlfreiheit wollen wir weiter stärken. Den begonnenen Schulversuch für das parallele Angebot von G8 und G9 an einer Schule

werden wir dergestalt weiterentwickeln, dass auch die Bildung einzelner G8-Klassen an einer Schule erleichtert wird (Turboklassen). Wir sehen das Kultusministerium in einer moderierenden Rolle zwischen dem Elternwunsch nach G8 bzw. G9 und dem vorhandenen schulischen Angebot. Unser Ziel ist, gemeinsam mit den Schulträgern zu einem bedarfsgerechten Angebot an G8 und G9 zu kommen. Durch eine zeitnahe Änderung des Schulgesetzes werden wir für Schulen, die zu G9 zurückkehren, die Möglichkeit schaffen, auch ihre jetzigen 5. und 6. Klassen in diesen Prozess einzubeziehen. An Schulen, die ab Beginn des Schuljahres 2014/15 von G8 zu G9 zurückkehren, wird auch für die jeweils laufenden 5. und 6. Klassen ein Wechsel zu G9 möglich sein. Voraussetzung hierfür ist ein entsprechender Beschluss der Schulkonferenz sowie eine anonymisierte Befragung der Eltern durch das Staatliche Schulamt, ob sie G8 oder G9 für ihr Kind wollen. Bei einem einstimmigen Ergebnis oder bei Erreichen der notwendigen Schülerzahl zur Bildung mindestens einer G8-Klasse ist die Rückkehr möglich. In dieses Verfahren sind auch die laufenden 6. Klassen an Schulen, die mit Beginn des Schuljahres 2013/14 von G8 zu G9 zurückgekehrt sind, einzubeziehen.

Schulen in freier Trägerschaft angemessen ausstatten

Die Koalition bekennt sich ausdrücklich zu den Schulen in freier Trägerschaft, denn diese bereichern das schulische Angebot in Hessen. Sie trägt dafür Sorge, dass diese auch in Zukunft angemessen und verlässlich auf Grundlage des in der 18. Wahlperiode novellierten Ersatzschulfinanzierungsgesetzes (ESchFG) finanziert werden. Auf die Einhaltung der in der Verfassung verbrieften Bestimmungen zur Höhe der Schulgelder werden wir achten.

Bildungspolitische Zusammenarbeit

Hessen steht in Bildungsfragen nicht allein, sondern ist Teil einer bildungspolitischen Landschaft. Es gibt in vielen Bereichen des schulischen Lebens Schnittmengen zwischen den Aufgaben der verschiedenen staatlichen Ebenen. Daher wollen wir gezielt die Zusammenarbeit mit den Kommunen, den anderen deutschen Ländern und dem Bund suchen und die Abstimmungs- und Koordinationsprozesse fortsetzen und intensivieren.

Bei der Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften zeigen sich Notwendigkeiten und positive Wirkungen einer gemeinsam getragenen Verantwortung für die Bildung von Land und Kommunen: Gemeinsam können die Übergänge zwischen Kindertagesstätte, Schule, Ausbildungs- und Arbeitswelt und lebensbegleitendem Lernen besser organisiert und schulische Angebote mit der Jugendhilfe verschränkt werden.

In der Zusammenarbeit mit anderen Ländern und dem Bund streben wir die Fortsetzung der Abstimmungs- und Koordinationsprozesse insbesondere in Bezug auf die Unterrichtsinhalte und die Lehrerausbildung an. Ländergrenzen innerhalb Deutschlands sollten bei einem Umzug weder für Eltern und ihre Kinder noch für Lehrerinnen und Lehrer eine Hürde sein. Wir unterstützen die Entwicklung von bundesweit einheitlichen Abiturstandards und generell die höhere Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen.

II. Unsere Grundschulen: Auf den Anfang kommt es an

Das Fundament für den Bildungsweg unserer Kinder wird insbesondere in den Familien, Kindertagesstätten und Grundschulen gelegt. Für die Zukunft unseres Landes ist es unabdingbar, dass allen Kindern von Anfang an das richtige Rüstzeug mitgegeben wird. Als Landesregierung sehen wir uns gemeinsam mit den Elternhäusern und der kommunalen Ebene in der Verantwortung. Wir wollen mit der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass Bildungsprozesse von Anfang an gelingen.

Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans

Der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan rückt die ersten zehn Lebensjahre in den Blickpunkt aller, die Kinder erziehen und bilden. Er gibt Anregungen, wie die Aktivitäten und Konzepte der an Bildung und Erziehung beteiligten Personen und Institutionen so miteinander verknüpft und vernetzt werden können, dass sich ihre Wirksamkeit erhöht. Mit dem Bildungs- und Erziehungsplan wurde eine Grundlage zur Verfügung gestellt, um jedes Kind in seinen individuellen Lernvoraussetzungen, seiner Persönlichkeit und seinem Entwicklungsstand anzunehmen, angemessen zu begleiten und zu unterstützen. Ein besonders wichtiger Bereich ist die gemeinsame Gestaltung des Übergangs zwischen Elternhaus, Kindertageseinrichtungen und Grundschulen in deren gemeinsamer Verantwortung.

Wir wollen Kindertagesstätten und Grundschulen dabei unterstützen, ihre Zusammenarbeit in Tandems zu intensivieren, um die Chancen des Bildungs- und Erziehungsplans (BEP) auch nutzen zu können. Wir werden uns zudem für die Verankerung einer niedrigschwelligen Elternbildung und eine stärkere Einbindung der Eltern in Kitas und Schulen einsetzen. Im Rahmen der Umsetzung des BEP soll auch die Gesundheits- und Mobilitätserziehung stärker an Grundschulen verankert werden. Um im Sinne einer zusammenhängenden Bildungskette für Kinder von 0-10 Jahren den Wechsel zwischen den altersspezifisch unterschiedlichen Bildungsorten möglichst bruchlos zu gestalten, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen dem Hessischen Kultusministerium und dem Hessischen Sozialministerium intensivieren.

Kleine Grundschulen im ländlichen Raum

Wir wollen gemäß dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“ wie bereits in der Vergangenheit kleine Grundschulen im ländlichen Raum nach Möglichkeit erhalten. Wir setzen auf die bereits erfolgreich angewendeten Instrumente des jahrgangsübergreifenden Unterrichts und der Verbundlösungen.

Ausbau des flexiblen Schulanfangs an Grundschulen

Wir werden es mindestens 100 zusätzlichen Grundschulen, die dies wünschen, ermöglichen, den flexiblen Schulanfang umzusetzen. Das ist eine Verdoppelung der bisherigen Anzahl. Dabei werden die ersten beiden Jahrgänge zu einer pädagogischen Einheit zusammengefasst, die je nach Entwicklungsstand des Kindes in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden kann. Lehrkräfte werden dabei durch sozialpädagogische Kräfte unterstützt. Kinder, die mehr Förderung benötigen, erhalten die Lernzeit, die sie brauchen, und Schülerinnen und Schüler, die ein höheres Tempo haben, werden nicht unterfordert.

Außerdem werden wir eine Erweiterung der Grundschul-Studentafel in den Fächern Deutsch und Mathematik prüfen.

III. Pakt für den Nachmittag: Bildungs- und Betreuungsgarantie schaffen, Ganztagsschulprogramm ausweiten

Kinder brauchen Zeit, Raum und Anregungen, um ihre Talente voll entfalten zu können. Nicht nur das Elternhaus, sondern auch unsere Bildungseinrichtungen spielen dafür eine wichtige Rolle. Wir wollen durch eine Ausweitung des Ganztagsschulprogramms unsere Schulen dabei unterstützen, im Unterricht und darüber hinaus Kindern vielfältige Lernanregungen zu geben – mit Angeboten, die sie fördern, bereichern und ihr Interesse wecken. Gerade Kinder aus bildungsfernen Haushalten sind auf diese Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Bildungschancen besonders angewiesen. Qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote sind zudem Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses Bedürfnis vieler Eltern endet nicht mit dem Übergang vom Kindergarten in die Schule. Unser „Pakt für den Nachmittag“ will eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für

Grundschulkindern verwirklichen. So leisten wir sowohl einen Beitrag für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern, als auch für mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe.

Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir allen Eltern, die dies für ihre Grundschulkindern wollen oder für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen, ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr machen. Dafür sind wir als Land bereit, alle Grundschulen auf freiwilliger Basis in das Ganztagschulprogramm des Landes aufzunehmen und an fünf Tagen in der Woche bis 14.30 Uhr unseren Beitrag für den „Pakt für den Nachmittag“ zu leisten. Im Gegenzug streben wir an, mit den Kommunen Vereinbarungen zu schließen, mit denen sie ihrerseits für den Zeitraum von 14.30 Uhr bis 17.00 Uhr und in den Schulferien verlässlich die weiteren Bildungs- und Betreuungsangebote derjenigen Kinder sicherstellen, deren Eltern dies wünschen. Vorhandene Träger bewährter Betreuungsangebote vor Ort sollen in die Konzeption einbezogen werden. Im Zusammenwirken von Land, Kommunen, Eltern und den bereits jetzt im Bereich der Betreuung aktiven Initiativen entsteht so eine bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungsgarantie für alle Grundschulkindern.

Mit dem Angebot, durch den „Pakt für den Nachmittag“ alle Grundschulen in das Ganztagschulprogramm des Landes aufzunehmen, wird der Ausbau des Ganztagschulprogramms weiter beschleunigt und intensiviert. Nach Möglichkeit wollen wir darüber hinaus auch die Weiterentwicklung vorhandener Ganztagsangebote von Profil 1 zu Profil 2 oder zu Ganztagschulen nach Profil 3 fördern. Wir geben aber der Schaffung eines landesweiten Angebots für alle Grundschulen Priorität.

IV. Junge Menschen: Jedem eine Berufsausbildung ermöglichen

Der beste Abschluss nutzt den hessischen Schülerinnen und Schülern nichts, wenn sie ihre Schulzeit nicht auch dafür nutzen konnten, sich von den vielfältigen Arbeitsfeldern und Berufen ein Bild zu machen und sich ihrer berufsbezogenen Kompetenzen und Präferenzen bewusst zu werden. Vor allem junge Menschen mit schlechtem oder ohne Abschluss landen häufig in unproduktiven „Warteschleifen“. Daher setzt die Koalition auf eine Reform des Übergangs von Schule und Beruf, der bereits in der Mittelstufe mit der Berufsorientierung und einem verstärkten Praxisbezug beginnt und mit dem erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung und der Einmündung in den Beruf enden sollte.

Schülerinnen und Schüler in Kontakt mit der Berufswelt bringen

Die Koalition setzt darauf, in den allgemeinbildenden Schulen den Bezug zur beruflichen Praxis zu verstärken und Schülerinnen und Schülern die Berufsorientierung zu erleichtern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schülerinnen und Schüler schon ab Klasse 7 eine systematische Lebens- und Arbeitsweltberatung erhalten. In enger Kooperation mit den Schulträgern wollen wir eine bessere Verzahnung und Koordinierung der Maßnahmen im Bereich Berufsorientierung schaffen und dadurch die Ausbildungsreife verbessern. Wir schlagen die Einrichtung einer schulinternen Koordination und fester schulischer Ansprechpartner vor. Die Koalition orientiert sich dabei an positiven Beispielen unter anderem an den hessischen Schulen, die mit dem Gütesiegel „Berufs- und Studienorientierung Hessen“ ausgezeichnet wurden. Die Landesregierung wird die Einrichtungen und Akteure im Umfeld der Schule dazu ermutigen, die entsprechenden Aktivitäten auf kommunaler bzw. regionaler Ebene abzustimmen und zu koordinieren.

Die vielfältigen Aktivitäten der hessischen Hochschulen bei der Zusammenarbeit mit den Schulen, etwa über vereinbarte Bildungspartnerschaften, Schülercampus und –akademien, Schnupperstudien oder Schülerforschungszentren begrüßen wir und werden diese auch weiterhin unterstützen.

Ausbildung ermöglichen – Übergangssysteme reformieren

Trotz erheblicher finanzieller Anstrengungen, zahlreicher guter Reformansätze und dem Engagement vieler Akteure bleiben weiterhin viele Jugendliche ohne Berufsausbildung zurück. Das derzeitige „Übergangssystem“ zwischen Schule und Beruf erweist sich jedoch insgesamt zu oft als wenig zielführende Warteschleife. Wir wollen dies verändern und sehen dabei Kommunen, Land und Wirtschaft in einer gemeinsamen Verantwortung. Unser Ziel ist es, jedem jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen, bevorzugt im bewährten dualen System oder – falls dies nicht gelingt – durch eine geförderte, möglichst praxisnahe vollqualifizierende Berufsausbildung. Auch Produktionsschulen sehen wir als einen Baustein zur Aktivierung bzw. Nachqualifizierung junger Menschen. Wir wollen die Mittel und Zuständigkeiten für die Förderung des Übergangs von Schule zu Beruf in einem Ministerium bündeln.

Berufliche Schulen

Eine qualitativ hochwertige Ausbildung an den beruflichen Gymnasien, beruflichen Schulen und in den Ausbildungsbetrieben im Rahmen der dualen Ausbildung ermöglicht jungen Menschen vielfältige Bildungschancen und Zukunftsperspektiven. Zugleich legt sie das Fundament für die Fachkräftesicherung in Industrie und Handwerk. Die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland verdanken wir dabei ganz maßgeblich der hervorragenden Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer an den beruflichen Schulen und dem Erfolgsmodell der dualen Ausbildung. Wir werden daher ein regional ausgewogenes Berufsschulangebot in der Fläche fördern. Den begonnenen Prozess, beruflichen Schulen mehr Selbstständigkeit zu ermöglichen, werden wir fortsetzen. Dabei stehen für uns die weitere Verbesserung der Unterrichtsqualität und die Einbindung der beruflichen Schulen in eine abgestimmte regionale Bildungslandschaft im Mittelpunkt.

V. Chancen bieten: Stärken und Schwächen erkennen

In unseren Schulen begegnen sich Schülerinnen und Schüler mit sehr unterschiedlichen Lernausgangslagen. Während einige erhebliche Schwierigkeiten beim Lernen und mit den Leistungen haben, fällt anderen die Schule mehr oder weniger leicht. Wieder andere sind ganz besonders leistungsstark.

Mehr Unterstützung für Abschluss gefährdete Schülerinnen und Schüler

Bildungspolitik steht in der Verantwortung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Kinder und Jugendlichen Kompetenzen entwickeln, um aktiv in Gesellschaft und Wirtschaft teilhaben zu können. Zu viele Jugendliche in Hessen gehören zur Gruppe der Abschluss gefährdeten Schülerinnen und Schüler. Eine Kombination von schulisch und außerschulisch bedingten Problemen kann dazu führen, dass sie ihre Potenziale nicht ausschöpfen und ihr individuelles Bildungsziel nicht erreichen. Wir wollen möglichst keine Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss zurücklassen. Deswegen werden CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Projekt „Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb“ (SchuB) weiterentwickeln und flächendeckend ausbauen. Es richtet sich künftig an alle dafür geeigneten Schulformen, die Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschlussperspektive unterrichten. Darüber hinaus wird die zukünftige Landesregierung Förderangebote nach dem Vorbild der Osterferriencamps ausweiten.

Förderung nach Sozialindex

Die Lehrerzuweisung nach Sozialindex werden wir um 300 Stellen ausweiten und damit verdoppeln. Damit werden Schulen gezielt dabei unterstützt, noch besser auf Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf eingehen zu können. Für einen noch zielgenaueren Einsatz der Sozialindex-Stellen sollen diesbezügliche Absprachen mit den Schulen und Schulträgern getroffen werden.

Darüber hinaus soll der Sozialindex geöffnet werden, um Schulen, die dies wünschen, weitere sozialpädagogische Unterstützung zu ermöglichen. Schulen, die Stellen über den Sozialindex erhalten, haben die Freiheit, selbst zu entscheiden, ob sie diese ganz oder teilweise für Lehrkräfte oder für Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen einsetzen wollen. Zudem kann auch ein Teil der Lehrerversorgung, die über 100 Prozent hinausgeht, ebenfalls für die Einstellung von Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen verwendet werden (Schulsozialarbeit).

Inklusion und Förderschulen

Vielfalt, Individualität und Heterogenität sind ein Reichtum. Für dieses pädagogische und bildungspolitische Leitbild setzen wir uns in Hessen ein. Wir verfolgen das Ziel der Inklusion von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen oder Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention und deren Realisierung. Das Wohl des einzelnen Kindes muss stets im Mittelpunkt stehen.

Bis zum Ende der Legislaturperiode streben wir an, die Voraussetzungen für die inklusive Beschulung insbesondere im Grundschulbereich so weit zu verbessern, dass möglichst kein Elternwunsch auf inklusive Beschulung mehr abschlägig beschieden werden muss. Dort, wo es von den Eltern gewünscht wird, werden wir das Förderschulsystem weiterentwickeln.

Die Koalition strebt für diesen Zeitraum ebenfalls an, mit möglichst allen Schulträgern Vereinbarungen nach dem Vorbild der Modellregionen Wiesbaden und Hochtaunus zu schließen. Das bedeutet insbesondere, dass die Ressourcen der Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernhilfe sowie emotionale und soziale Entwicklung gemäß dem Elternwillen für die inklusive Beschulung an der allgemeinen Schule und an der Förderschule zur Verfügung gestellt werden.

CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen, dass Förderschullehrer bei inklusiver Beschulung wieder fest dem Kollegium der allgemeinen Schule zugeordnet werden. So sind auch Doppelbesetzungen möglich. Hierfür ist eine Bündelung der Ressourcen für die inklusive Beschulung an allgemeinen Schulen notwendig.

Für Schülerinnen und Schüler, deren spezifischer Förderbedarf eine Reduzierung der Klassengrößen notwendig macht, können die allgemeinen Schulen auf Antrag des Förderausschusses vom Staatlichen Schulamt eine entsprechende Förderung erhalten. Beratungs- und Förderzentren können auch an allgemeinen Schulen verortet werden oder nach dem Vorbild der dezentralen Erziehungshilfe als Schulen ohne Schülerinnen und Schüler organisiert werden.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund

Mütter und Väter wollen für ihre Kinder eine gute Bildung und gute Zukunftschancen – das gilt für Eltern mit Migrationshintergrund genauso wie für alteingesessene, für sozial benachteiligte genauso wie für besser gestellte. Derzeit schneiden Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Durchschnitt immer noch schlechter ab als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshintergrund. Das wollen wir ändern. Die Bildungseinrichtungen in Hessen sind herausgefordert, mit der sozialen und kulturellen Vielfalt umzugehen und Bildungschancen für alle zu

gewährleisten. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Förderung der Qualifizierung von Lehrkräften im Bereich der interkulturellen Kompetenz und der verstärkte Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund. Bei der Gleichstellung von im Ausland erworbenen Qualifikationen für den Lehrerberuf werden wir auf die Einhaltung gleicher Eignungsvoraussetzungen achten.

Wir wollen als Land die Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund fördern. Besondere Bedeutung kommt dabei der Intensivierung von Fördermaßnahmen zum Erlernen der deutschen Sprache zu. Studien zeigen, dass auch Kinder aus Familien ohne Migrationshintergrund sprachliche Defizite aufweisen, daher sollen auch diese von den Deutsch-Vorlaufkursen im Vorfeld des Grundschulbesuchs profitieren. Die Vorlaufkurse wollen wir stärker mit dem Sprachunterricht der Kindertageseinrichtungen und der Grundschulen verzahnen.

Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund sehen wir als Wert. Wir halten den Kompetenzerwerb in der Herkunftssprache für wichtig und wollen es Schulen beispielsweise ermöglichen, Herkunftssprachen ihrer Schülerinnen und Schüler als zweite oder dritte Fremdsprache anzubieten.

Den islamischen Religionsunterricht wollen wir im Dialog mit den Religionsgemeinschaften bedarfsgerecht ausbauen und die dafür notwendigen Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen schaffen.

Besondere Begabungspotenziale von Kindern und Jugendlichen entwickeln

In unseren Bildungseinrichtungen gibt es viele Kinder mit außergewöhnlichen Talenten, denn Heterogenität und Vielfalt sind dort an der Tagesordnung. Ein Teil dieser Normalität sind hochbegabte und besonders leistungsstarke Kinder. Wir wollen die Leistungspotenziale von Schülerinnen und Schülern mit besonderer Begabung verstärkt fördern. Die Internatsschule Schloss Hansenberg stellt einen Aspekt der Hochbegabtenförderung in Hessen dar. Darüber hinaus werden CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den pädagogischen Ansatz der Schulen mit „Gütesiegel Hochbegabung“ weiterentwickeln und ausbauen. Uns ist die Integration der Hochbegabtenförderung in den Regelunterricht und die Ausweitung der Breitenförderung von Hochbegabten wichtig. Zudem werden wir die begabungsdiagnostische Beratungsstelle BRAIN dahingehend stärker unterstützen, dass die bisher langen Wartezeiten für Ratsuchende verkürzt werden können.

VI. Lehrerbildung: Schlüssel für gute Schulen

Lehrerinnen und Lehrer sind mit anspruchsvollen pädagogischen Aufgaben und gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert. Lehrkräfte sind Begleiter, Initiatoren und Moderatoren von Lernprozessen und sind darüber hinaus im Schulalltag in vielfältigen pädagogischen Fragen gefordert. Daher hat für CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Lehrerbildung großes Gewicht. Sie legt den Grundstein für gute Schulen. Wir wollen die angehenden und bereits im Beruf stehenden Lehrkräfte unterstützen. Dazu bedarf es einer Lehrerbildung, die so konzipiert ist, dass sie diesem Anliegen bestmöglich dient. Deswegen werden wir die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Hessen reformieren. Dazu gehört auch ein breit angelegter Dialog über die Ausgestaltung des universitären Teils der Lehrerausbildung (1. Phase). Wir halten es für erforderlich, dass pädagogische Entwicklungen, wie beispielsweise der Wandel von der Halbtags- zur Ganztagschule oder die Herausforderungen der Inklusion, stärker in diesem Teil der Lehrerausbildung verankert werden.

Das Staatsexamen und das Referendariat in der Lehrerausbildung wollen wir beibehalten.

Damit die Wahl des Lehrerberufs auf der Basis einer realistischen Einschätzung der Anforderungen des Lehrerberufes erfolgt, unterstützen wir für Lehramtsstudierende die Einführung

eignungsdiagnostischer Feststellungsverfahren zum Zweck einer freiwilligen Selbstüberprüfung der Studien- und Berufswahl. Die Koalition bekennt sich grundsätzlich zur Einführung eines Praxissemesters, das auf eine Stärkung des Bezugs zur Schulpraxis bei den Studierenden zielt und ihnen ein frühzeitiges Kennenlernen des gesamten Tätigkeitsfeldes Schule unter professioneller Begleitung ermöglicht. Gleichzeitig sollen dessen konzeptionelle und organisatorische Grundlagen noch vor Start des Praxissemesters zum Wintersemester 2015/2016 überarbeitet und optimiert werden.

Die Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte wollen wir unter verstärkter Einbeziehung von Best-Practice-Modellen ausbauen und deren Qualität optimieren. Schulleitungen werden wir gezielt auf ihre herausfordernden Tätigkeiten vorbereiten und sie dabei unterstützen. Die Landesregierung wird prüfen, inwieweit hinsichtlich der Mangelfächer an beruflichen Schulen eine Qualifizierung insbesondere der Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Arbeitslehre in einem weiteren Fach ermöglicht werden kann.

VII. Schulverwaltung modernisieren: Eigenverantwortung stärken

Für die Funktionsfähigkeit unseres Schulsystems und für dessen Qualitätsentwicklung spielt die Schulverwaltung eine bedeutende Rolle. Wir wollen die Verzahnung und Bündelung der administrativen Strukturen der drei Phasen der Lehrerbildung, der schulischen Qualitätsentwicklung und der Qualifizierung von Schulleitungskräften unter einem Dach. Die Staatlichen Schulämter werden unmittelbar an das Hessische Kultusministerium angebunden. Diese flexiblere Organisationsform ersetzt das Landesschulamt. Unter Gewährleistung einer unabhängigen Qualitätsentwicklung wollen wir die Ausgestaltung der Schulinspektion überarbeiten und weiterentwickeln.

Wir werden in Pilotprojekten eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von staatlichen und kommunalen Schulämtern mit dem Ziel der Dienstleistung aus einer Hand erproben. Dazu gehört auch die stärkere Zusammenführung der Budgets von Land und Kommunen. Die dort gemachten Erfahrungen werden wir ebenso wie die Ergebnisse aus dem Modellprojekt „Schule gemeinsam verbessern“ auswerten und für die Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften nutzen.

Selbstständige Schule: Mehr pädagogische Freiheit, weniger Bürokratie

Gute Schulen können nur vor Ort entstehen. Wenn die Rahmenbedingungen richtig gesetzt sind, können gut ausgebildete und engagierte Fachkräfte vor Ort sehr viel bewegen. Wenn Schulen pädagogische Freiräume und Entscheidungskompetenzen haben, können sie die gesetzten bildungspolitischen Ziele noch besser umsetzen und ihre Schülerinnen und Schüler individueller fördern. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher weiteren interessierten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen schrittweise die Möglichkeit zur Umwandlung in Selbstständige Schulen geben. Durch Best-Practice-Beispiele und Anregungen von bereits umgewandelten Schulen wollen wir das Konzept der Selbstständigen Schule weiterentwickeln. Wir wollen die Schulen von unnötiger Bürokratie befreien und ihnen gestatten, selbst zu entscheiden, in welchen Schritten sie mehr Eigenverantwortung übernehmen wollen. Das Land gewährleistet im Gegenzug Verlässlichkeit hinsichtlich der pädagogischen Zielsetzungen, der Unterstützungsangebote und der Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen.

Schule gemeinsam gestalten – Mitbestimmung und Mitwirkung der Schulgemeinde

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die demokratische Verfasstheit der Schule stärken. Wir werden die ehrenamtliche Arbeit von Eltern- und Schülervertretungen unterstützen und in einen Dialog über die Mitbestimmungs- bzw. Mitwirkungsrechte von Eltern sowie von Schülerinnen und Schülern eintreten. Gerade im Zuge der Entwicklung zur Selbstständigen Schule halten wir auch eine Ausgestaltung der Rolle der Schulkonferenzen und der Gesamtkonferenzen für wichtig, damit die

Akteure weiterhin gemeinsam über zentrale Fragen der Schule beraten und entscheiden können. Unabdingbar für den Bildungserfolg von Kindern sind aus Sicht der Koalition das enge Zusammenwirken und die Abstimmung zwischen den Lehrkräften und den Eltern. Um diesem Ziel näher zu kommen, sind Veränderungsprozesse nötig. Sowohl auf Seiten der Schulen als auch bei den Eltern sind Hürden abzubauen. Diese wichtigen Aufgaben werden wir unterstützen und begleiten. Zudem werden wir gezielte Initiativen für verbindliche Erziehungsvereinbarungen zwischen Schulen und Eltern auf den Weg bringen.

VIII. Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen

Die lebensbegleitende Weiterbildung ist ein wichtiger Teil unseres Bildungssystems. Durch den gesellschaftlichen und technologischen Wandel ändern sich die Anforderungen an die Menschen in unserer Gesellschaft in immer kürzeren Intervallen. Daher sind insbesondere die beruflich relevanten Kompetenzen einem rasanten Veränderungsprozess unterzogen und beeinflussen die berufliche Perspektive jedes Einzelnen. Neben berufsbezogenen Bildungsbedürfnissen hat die Weiterbildung aber auch anderen wichtigen Bildungsbedürfnissen – z.B. zur Entwicklung gesellschaftlichen Wissens sowie zur sozialen und kulturellen Teilhabe und zur Grundbildung – Rechnung zu tragen.

Um die Möglichkeiten der Weiterbildung und des lebensbegleitenden Lernens optimal zu unterstützen, wollen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hessen einen Weiterbildungspakt mit den freien und öffentlichen Trägern schließen. Dieser beinhaltet eine Erhöhung zweckgebundener Mittel für konkrete Weiterbildungsleistungen, insbesondere zur Alphabetisierung von Erwachsenen. Im Rahmen des Hessischen Weiterbildungsgesetzes sollen die Hessencampus-Initiativen durch den weiteren Abschluss regional differenzierter Kooperationsvereinbarungen zwischen Land und Kommunen weiterentwickelt werden. Ihre Rolle soll in der regionalen Bildungskoordination, -information und -beratung gestärkt werden. Weiterhin unterstützen wir die Schaffung von Anreizen zur verstärkten Nutzung von Fort- und Weiterbildungsangeboten.

E. Bürgerinnen und Bürger schützen – Freiheit sichern

Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst, den Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes zugleich Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten.

I. Freiheit braucht Sicherheit: Polizei als Partner und Garant

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die personellen, technischen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen und erhalten, die erforderlich sind, damit die Polizeibeamtinnen und -beamten ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich erfüllen können. Dabei verstehen wir unsere Polizei in ihrer Aufgabenwahrnehmung als Teil der Bürgergesellschaft, denn nur im Miteinander von Polizei und Bürgern kann eine gute Balance von Freiheit und Sicherheit verwirklicht werden.

Eine moderne Polizei zeichnet sich durch eine innere Führungskultur aus, die von Kommunikation, Transparenz, Beteiligung und Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen geprägt ist.

Die Polizei ist Partner für Sicherheit aller Menschen in Hessen, unabhängig von deren Herkunft und kulturellem Hintergrund. Das gegenseitige Verständnis wurde durch die Polizeibeamtinnen und -beamten mit Migrationshintergrund bereits deutlich gesteigert. Durch die Förderung des interkulturellen Dialoges wollen wir dieses gegenseitige Verständnis ausbauen.

Der Schutz vor Kriminalität kann nur dann gewährleistet werden, wenn die Polizei mit den sich wandelnden Ausprägungen von Kriminalität schritthält. Daher sprechen wir uns für die Anwendung modernster Ermittlungs- und Fahndungsmethoden in der Strafverfolgung aus.

Die mit der letzten Novelle des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (HSOG) neu geschaffenen Eingriffsbefugnisse werden wir auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen bewerten.

Kriminalität macht vor Ländergrenzen nicht halt. Um eine effektive Strafverfolgung zu gewährleisten, werden wir die länderübergreifende Zusammenarbeit von Polizei und Behörden weiterführen und ausbauen.

Wir wollen eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Strafgesetzbuches ergreifen, um den Schutz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie anderen Einsatzkräften bei gewalttätigen Übergriffen zu verbessern.

Um den Bürgerinnen und Bürgern offen gegenüberzutreten und eine eindeutige Identifizierung zu ermöglichen, werden hessische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte grundsätzlich ein Namensschild tragen. Um ihre Sicherheit nicht zu gefährden, haben sie das Recht, ihr Namensschild gegen eine Nummer zu tauschen. Es wird sichergestellt, dass geeignete Vorkehrungen getroffen werden, damit keine unbefugten Personen aus der Nummer auf den Namen der Beamtin oder des Beamten schließen können und dies nur dem Dienstherrn bzw. den Strafverfolgungsbehörden möglich ist.

Ebenso stellen wir sicher, dass private Sicherheitskräfte, die im Auftrag des Landes tätig sind, bei Einsätzen einer Kennzeichnungspflicht unterliegen.

Das Grundrecht, friedlich und ohne Waffen zu demonstrieren, ist ein hohes Gut des demokratischen Rechtsstaates. Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, dass dieses Recht gewährleistet ist. Wir werden eine friedliche Demonstrationskultur unterstützen und durch Dialogangebote und Deeskalationsmaßnahmen im Rahmen der Gesetze schützen. Wir werden im Interesse und zum Schutze der Allgemeinheit nicht dulden, dass sich Straf- und Gewalttäter unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechts verstecken, um Leib, Leben oder Eigentum anderer zu beschädigen.

Wir wollen, dass die Wachpolizistinnen und Wachpolizisten angemessen eingesetzt werden und werden ihnen Perspektiven zur beruflichen Weiterentwicklung eröffnen, indem wir entsprechende Maßnahmen zur Qualifizierung und zum Aufstieg anbieten.

Der persönliche Kontakt zur Polizei und deren Präsenz vor Ort steigern das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und verbessern das Vertrauensverhältnis. Daher werden wir am „Schutzmann vor Ort“ als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger festhalten und das Programm weiter ausbauen.

Straftaten im öffentlichen Raum beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl der Menschen in besonderem Maße. Dem wollen wir entgegenwirken, indem wir ein Aktionsbündnis „Sicherheit in Bussen und Bahnen“ schaffen.

Zu den für die Menschen besonders belastenden Straftaten gehört auch der Wohnungseinbruch. Wohnungseinbrüche zählen bundesweit zu den großen Herausforderungen für die Polizei. Ein Einbruch in die geschützte Wohnung, also in die Intimsphäre, ist für die Opfer oft nur schwer zu ertragen. Deshalb ist für uns die Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen eine zentrale Aufgabe.

Ältere Menschen haben ein größeres Sicherheitsbedürfnis und fühlen sich in einer immer komplexer werdenden Welt oft unsicher. Zudem gibt es Kriminalitätsformen, die überwiegend Seniorinnen und Senioren betreffen. Um zu verhindern, dass diese Opfer von Straftaten werden, werden wir die speziellen Präventionsmaßnahmen für Seniorinnen und Senioren weiterentwickeln.

Einen Schwerpunkt werden wir auf die energische Bekämpfung von menschenverachtenden Deliktsformen legen, insbesondere Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie organisierte Kriminalität.

Das Internet bietet Chancen und Risiken. Es wird jedoch zunehmend flächendeckend über viele Kriminalitätsbereiche als Tatmedium zur Begehung von Straftaten verwandt. Deshalb werden wir entschlossen präventive und repressive Maßnahmen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität ergreifen.

Wir stärken die Präventionsarbeit und bekämpfen die Kriminalität im Internet, indem wir die „Internet-Kommissariate“ zu „Kompetenzzentren Internetkriminalität“ ausbauen, die die Kompetenzen von Polizei und Staatsanwaltschaft bündeln und vernetzen.

Das „Netzwerk gegen Gewalt“ leistet in Zusammenarbeit des Landes, der Kommunen und vieler anderer örtlicher Präventionseinrichtungen seit vielen Jahren einen wertvollen Beitrag in der Präventionsarbeit. Wir wollen seine Bündelungs- und Koordinierungsfunktion für die Präventionsarbeit innerhalb der Landesregierung verstärken.

II. Extremismus bekämpfen

Wir sind uns der Verantwortung zur Bekämpfung jeder Form von Extremismus bewusst. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und die Sicherung der Grundrechte unserer Demokratie sind oberstes Gebot. Extremismus, Rassismus und Antisemitismus dürfen in Hessen keinen Platz finden. Es braucht hierzu ein starkes zivilgesellschaftliches Bewusstsein, Engagement und staatliches Handeln. Das Land Hessen setzt beträchtliche Mittel hierfür ein. Dieses Engagement werden wir fortführen und intensivieren.

Deshalb werden wir Rechts-, Links- und islamistischen Terrorismus und Extremismus nachhaltig und entschlossen bekämpfen. Insbesondere dem Rechtsextremismus werden wir durch die Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses und durch die Ausweitung der Aktivitäten im

Rahmen des Landesprogramms IKARUS entgegenzutreten. Darüber hinaus soll das Landespräventionsmodell mit den Komponenten Erstsprache, Elternberatung und Jugendarbeit ausgebaut werden.

Den Gefahren des Islamismus, insbesondere des djihadistischen Salafismus, werden wir durch konsequente Ausreiseverhinderungen und Intensivierung der Präventions- sowie Deradikalisierungsmaßnahmen begegnen. Darüber hinaus werden wir das Beratungsnetzwerk ausbauen und ein eigenes Aussteigerprogramm schaffen.

Das Hessische Kompetenzzentrum Extremismus werden wir weiter fördern und stärken. Mit einem Landesprogramm für die verstetigte und dauerhafte Präventionsarbeit werden wir Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus fördern.

Verfassungsschutz

Wir sind stolz auf die offene, freiheitliche und vielfältige Gesellschaft, die wir gemeinsam in Hessen geschaffen haben. Intoleranz, Ausgrenzung und Diskriminierung haben hier keinen Platz. Terroristischen und Menschen verachtenden Extremisten, die unser friedliches und demokratisches Miteinander angreifen und abschaffen wollen, werden wir entschlossen entgegen treten. Der Verfassungsschutz leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Wir werden die Neuausrichtung und Reform des Verfassungsschutzes zu einer modernen Behörde durchführen. Hierzu werden wir u. a. das Berufsbild Verfassungsschützer, eine standardisierte und transparente Regelung beim V-Leute-Einsatz sowie Informations- und föderale Austauschpflichten schaffen. Wir wollen zudem eine Stärkung der Koordinierungsfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz erreichen. Unverzichtbar ist jedoch, dass es transparente Organisationsstrukturen und eine wirkungsvolle demokratische Kontrolle des Verfassungsschutzes gibt. Durch eine Intensivierung der Informationspflichten gegenüber der Parlamentarischen Kontrollkommission werden wir die Kontrollrechte der Abgeordneten stärken.

NSU

Die erschreckende Serie von Morden und Anschlägen der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) löste tiefe Trauer und Betroffenheit aus. Die Sicherheitsbehörden der Länder wie des Bundes haben die über Jahre hinweg geplanten und ausgeführten Verbrechen nicht rechtzeitig aufdecken und verhindern können. Der Deutsche Bundestag hat hierzu einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der zur sorgfältigen und zügigen Aufklärung der Hintergründe beitragen sollte und inzwischen einen ausführlichen Abschlussbericht vorgelegt hat. Die dabei deutlich gewordenen Defizite müssen behoben werden. Wir werden uns für die Umsetzung der einvernehmlichen Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses einsetzen. Dieser Prozess soll durch eine von der Landesregierung benannte Expertenkommission unterstützt werden, die Vorschläge zur zukünftigen Arbeit der hessischen Sicherheitsbehörden sowie zur Zusammenarbeit zwischen den Ländern und mit dem Bund machen soll.

III. Recht und Verfassung

Das Grundgesetz und die Hessische Verfassung bilden die Grundlage für unser Gemeinwesen und das staatliche Handeln. Eine lebendige Verfassung lebt auch von der gesellschaftlichen Debatte über ihre Ausgestaltung und ihre behutsame Anpassung an geänderte Lebensrealitäten. Wir wollen an Debatten früherer Jahre anknüpfen und eine gesellschaftliche Diskussion über die Modernisierung unserer Verfassung anstoßen.

Eine stabile, verlässliche und gut erreichbare Justiz mit qualitativ hochwertigen organisatorischen Strukturen ist ein Garant für den Rechtsfrieden und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Die hessische Justiz leistet eine bürgernahe, effektive Rechtsprechung auf hohem Niveau.

Verfassung

Die Hessische Verfassung stammt aus dem Jahre 1946 und ist älter als das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Die hessischen Verfassungsväter haben ein Jahr nach dem Ende des zweiten Weltkriegs eine historische Leistung vollbracht und als erste einem deutschen Bundesland eine demokratische Grundordnung gegeben. Seit ihrer Verkündung vor mehr als sechzig Jahren ist die Hessische Verfassung nur wenige Male verändert worden. Sie enthält weiterhin Regelungen, die aus unterschiedlichen Gründen überholt sind.

Im Rahmen eines Verfassungskonvents wollen wir, aufbauend auf den Ergebnissen der „Enquetekommission zur Verfassungsreform 2005“, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen in einen Dialog über eine moderne Verfassung für das Land Hessen eintreten. Wir streben im Rahmen des Verfassungskonventes an, eine zeitgemäße Verfassung auf breitem Konsens zu erarbeiten, die die Tradition der Hessischen Verfassung bewahrt.

Unabhängig von dem Ergebnis des Verfassungskonvents werden wir der hessischen Bevölkerung folgende, die Verfassung ändernde Regelungen noch in dieser Legislaturperiode zur Abstimmung vorlegen:

1. Verankerung des Staatsziels Ehrenamt
2. Abschaffung der Todesstrafe
3. Erleichterungen bei den Voraussetzungen und Rahmenbedingungen von Volksbegehren und Volksentscheiden
4. Herabsetzung des passiven Wahlalters.

Justiz

Der demokratische Rechtsstaat lebt von einer bürgernahen und leistungsfähigen Justiz. Ihre Unabhängigkeit ist Voraussetzung für die Sicherung des Rechtsfriedens in unserer Gesellschaft. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen moderne und effiziente Arbeitsmöglichkeiten, um ihren unverzichtbaren Beitrag leisten zu können.

Durch eine kluge, effiziente Justizstandortpolitik und eine angemessene moderne Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften wollen wir den Justizgewährungsanspruch flächendeckend sichern.

Wir setzen uns für den Erhalt des Sitzes des Bundessozialgerichts in Kassel ein.

Die Sicherheit von Bediensteten, Besucherinnen und Besuchern in den hessischen Gerichtsgebäuden werden wir weiter verbessern.

Wir wollen Qualität und Effizienz der Justizbehörden weiter steigern. Den elektronischen Rechtsverkehr und die IT- Ausstattung wollen wir konsequent fortentwickeln und dabei die Erfahrungen anderer deutscher Länder berücksichtigen und einbeziehen.

Wir werden die bestehende Form der Juristenausbildung mit einem ersten und zweiten Staatsexamen und die darin enthaltene Befähigung zum Richteramt erhalten.

Die Häuser des Jugendrechts, in denen Staatsanwaltschaft, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Täter-Opfer-Ausgleich gemeinsam unter einem Dach zusammenarbeiten, machen es durch kurze Wege möglich, zeitnah auf Straftaten zu reagieren, die von Jugendlichen und Heranwachsenden begangen wurden. Auf Grundlage des im Jugendstrafrecht verankerten Erziehungsgedankens können so umgehend Angebote gemacht und Lösungswege aufgezeigt werden. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus des Jugendrechts stehen als Ansprechpartner für Fragen rund um das Thema Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht zur Verfügung. Wir werden die bestehenden Häuser des Jugendrechts evaluieren und bedarfsgerecht fortentwickeln.

Teen-Court-Projekte werden wir weiter nutzen, um das Rechtsempfinden junger Menschen zu stärken. Sie bieten die Möglichkeit, dass kleinere Vergehen unter Einbeziehung der Staatsanwaltschaft vor „Jugendlichen-Gerichten“ verhandelt werden.

Wir räumen dem Grundsatz der Selbstverwaltung der Justiz eine hohe Bedeutung ein. Zur Erhöhung der Transparenz und Akzeptanz von Entscheidungen wollen wir den Richterwahlausschuss bei Präsidentenberufungen beteiligen. Bei strittigen Entscheidungen kann vor der letztlichen Entscheidung des Justizministers der Richterwahlausschuss befasst werden.

Wir begrüßen alle Einrichtungen der außergerichtlichen Streitschlichtung, durch die Gerichtsverfahren vermieden und eine tragfähige Lösung von Konflikten in unserer Gesellschaft erreicht werden. Daher stehen wir selbstverständlich zu den Ombudsmännern und –frauen sowie Schiedsmännern und –frauen in unzähligen hessischen Kommunen und begrüßen weitere bestehende Streitschlichtungsmöglichkeiten (z.B. Mediation, Täter-Opfer-Ausgleich). Gleichzeitig gehen wir entschieden gegen jede Form illegaler Paralleljustiz vor, denn das Rechtsprechungsmonopol des Staates ist für uns unumstößlich. In diesem Zusammenhang streben wir eine Bundesratsinitiative zur Reform des Personenstandsgesetzes (Wiedereinführung des standesamtlichen Vorverheiratsgebots) zur Stärkung der Rechte von Frauen und zum Schutz vor Zwangsehen an.

Viele Opfer von Straftaten fühlen sich nach der Tat in ihrem Leid hilflos oder allein gelassen. Viel zu oft stehen die Täter und nicht die Opfer im Mittelpunkt. Aber gerade sie brauchen Hilfe und Unterstützung zur Bewältigung von traumatischen Erlebnissen, die mitunter jahrelang das tägliche Leben und das persönliche Umfeld bestimmen. Deshalb werden wir beim Opferschutz einen Schwerpunkt setzen und die Zusammenarbeit mit den Verbänden weiter stärken. Wir führen den Hessischen Opferfonds weiter, der dann eingreift, wenn das Opfer einen reinen Vermögensschaden erlitten hat oder dem Täter Vorsatz nicht nachzuweisen und somit eine Zahlung von Schmerzensgeld nach dem Opferentschädigungsgesetz nicht möglich ist. Den Weißen Ring, die Schutzambulanz und andere Opferschutzorganisationen werden wir weiter unterstützen.

Wir werden die Anerkennungs- und Fortbildungskultur für ehrenamtlich tätige Richterinnen und Richter stärken.

IV. Strafvollzug

Der Strafvollzug muss weitaus mehr Aufgaben bewältigen als den bloßen Vollzug der Freiheitsstrafe. Er trägt dem Sicherheitsinteresse der Bevölkerung in Hessen ebenso Rechnung wie der erfolgreichen Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft. Wir brauchen gut ausgebildetes Personal und umfassende Konzepte, die den Weg zurück in die Gesellschaft ebnen und unterstützen. Insbesondere jugendliche Straftäter sollen im Rahmen eines Gesamtkonzepts wirkungsvoll unterstützt werden.

Deshalb werden wir das Ziel „Resozialisierung“ ausdrücklich wieder in die Vollzugsgesetze aufnehmen. Strafvollzug soll Täter zur Verantwortung ziehen und sie davon abhalten weitere Straftaten zu begehen. Bereits in der Haft muss damit begonnen werden, den Täter zu einem Leben ohne Kriminalität zu befähigen, ihn in die Lage zu versetzen wieder den Weg zurück in die Gesellschaft und deren Normen und Werte zu finden.

Wir werden die Aus- und Weiterbildung im Jugendstrafvollzug weiter verbessern und wollen jungen Straffälligen eine berufliche Perspektive nach dem Strafvollzug ermöglichen. Der Jugendstrafvollzug folgt dem Erziehungsgedanken. Wir wollen positive Anreize setzen und helfen, kriminelle Karrieren zu beenden. Dabei ist es wichtig, einen Weg und Perspektiven aufzuzeigen.

Die Teilprivatisierung der JVA Hünfeld werden wir rechtzeitig vor Ablauf des Vertrages mit dem privaten Betreiber im Jahr 2018 prüfen und bei Wirtschaftlichkeit und Effizienz fortsetzen.

Wir werden ein Hessisches Jugendarrestvollzugsgesetz schaffen, das die fortschrittliche Ausrichtung des hessischen Jugendarrestvollzugs auf eine eigenständige gesetzliche Grundlage stellt. Dabei werden wir darauf achten, dass alle erzieherisch sinnvollen Maßnahmen zur Anwendung kommen können, um bei den straffällig gewordenen Jugendlichen und Heranwachsenden das notwendige Einsteigen für das begangene Unrecht mit der Hilfestellung für die Bewältigung eines zukünftig straffreien Lebens zu verbinden. Neben den bestehenden Maßnahmen wie dem Täter-Opfer-Ausgleich, der Erteilung von Weisungen, Verwarnungen, Auflagen oder dem Jugendarrest halten wir auch die Aufnahme des sogenannten Warnschussarrestes in das Jugendarrestvollzugsgesetz für sinnvoll.

Die Erweiterung des Einsatzes von Elektronischen Fußfesseln werden wir prüfen unter anderem zur Möglichkeit der Haftvermeidung bei Ersatzfreiheitsstrafen.

Wir werden ein Sanierungskonzept für die hessischen Justizvollzugsanstalten erarbeiten und notwendige Maßnahmen daran ausrichten.

Vor dem Hintergrund der Aufdeckung eines rechtsextremistischen Netzwerkes in hessischen Justizvollzugsanstalten werden wir zur Bekämpfung jeglicher extremistischer Netzwerke im Strafvollzug die aktive Präventionsarbeit durch intensive Schulung des Vollzugspersonals weiter verbessern. Ziel ist eine frühzeitige Identifizierung und konsequente Überwachung von Extremisten auch im Strafvollzug.

F. Wirtschaft verlässlich begleiten – Zukunft sichern

Die hessische Wirtschaft zählt zu den stärksten in Deutschland. Wir wollen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten, dabei die Balance zwischen Ökonomie und Ökologie wahren, denn Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Die soziale und ökologische Marktwirtschaft hat zum Ziel, den Wohlstand für die Menschen zu sichern und auszubauen. Wir werden daher die kreative Vielfalt und die Innovationskraft der hessischen Unternehmen noch gezielter, flexibler und unbürokratischer unterstützen. Zahlreiche nationale und internationale, große und mittelständische Unternehmen beschäftigen erfolgreich viele tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Damit dies so bleibt, werden wir auf den Stärken der hessischen Wirtschaft aufbauen und die Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützen. Wichtig ist den Koalitionspartnern dabei, dass sich die hessische Wirtschaft noch stärker als bisher an den sich ändernden Bedürfnissen der Menschen orientiert. Bei den hierfür notwendigen Anpassungsprozessen werden wir die Wirtschaft unterstützen, denn sichere Arbeitsplätze, wirtschaftliche Dynamik, Nachhaltigkeit und der Schutz von Umwelt und Natur sind für uns gleichermaßen wichtig.

I. Mittelstand und Handwerk fördern

Neben großen internationalen Unternehmen ist ein breiter unternehmerischer Mittelstand eine tragende Säule unserer hessischen Wirtschaft. Rund zwei Drittel aller Beschäftigten arbeiten in Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten. Insbesondere das Handwerk leistet neben seiner vorbildlichen Ausbildungsleistung einen erheblichen Beitrag zur Wertschöpfung in der Region.

Wir wollen die Kultur der Selbstständigkeit und der Übernahme unternehmerischer Verantwortung weiter beleben und erkennen dabei auch die Bedeutung der Freien Berufe an. Regionale Wirtschaftskreisläufe und Handelsstrukturen werden wir weiter stärken.

Das Handwerk werden wir dabei unterstützen, die sich bietenden Chancen beispielsweise im Bereich der Energiewende noch stärker zu nutzen. Eine weitere Novelle der Handwerksordnung halten wir nicht für erforderlich.

II. Industriepolitik: Tradition und Innovation

Gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise kommen Industrie, Handwerk und produzierendem Gewerbe große Bedeutung zu. Zum Erfolg der hessischen Wirtschaft tragen aber nicht nur die traditionell starken Branchen, sondern auch die sich verstärkt entwickelnden Zukunftsbranchen bei. Wir wollen für die Unternehmen die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen, damit sie sich neue Märkte erschließen können – insbesondere im Bereich der Energie- und Materialeffizienz, bei erneuerbaren Energien sowie in der Umwelttechnik.

Eine hohe Bedeutung haben in Hessen die forschende pharmazeutische Industrie und die chemische Industrie aufgrund ihrer Innovationskraft und dem damit einhergehenden volkswirtschaftlichen und ökologischen Nutzen. Ein wichtiges Anliegen der Koalitionspartner bleibt hierbei ein gutes Risikomanagement insbesondere der produzierenden Unternehmen mit den umliegenden Kommunen und ihren Anliegern.

Wir wollen Hessen als bedeutenden Pharmastandort Deutschlands gemeinsam mit den Beteiligten aus der Wissenschaft und der Gesundheitswirtschaft stärken und weiterentwickeln. Wir streben insbesondere eine stärkere Vernetzung der hessischen Forschungsstandorte an. Einen wesentlichen Beitrag dazu können z.B. die Beteiligten der „Initiative Gesundheitsindustrie Hessen“ und das gemeinsam mit den Universitäten Gießen und Marburg sowie der Technischen Hochschule Mittelhessen bei der Universität Frankfurt gegründete „House of Pharma & Healthcare“ beitragen, da diese Initiativen sich ergänzen und Synergien genutzt werden können.

Mit den Standorten Rüsselsheim und Baunatal sowie einem industriellen Schwerpunkt in Mittelhessen ist Hessen ein auch von der Automobilindustrie geprägtes Land. Um der steigenden Nachfrage nach leichteren und energieeffizienteren Autos nachzukommen, müssen Benzin- und Dieselmotoren genauso weiterentwickelt wie alternative Antriebsmethoden verbessert werden. Dabei kommt den in Hessen vorhandenen Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen besondere Bedeutung zu.

Wir bekennen uns zum Raumfahrtstandort Hessen und seinem enormen Potenzial. Das Europäische Satellitenkontrollzentrum ESOC und der europäische Wettersatellitenbetreiber EUMETSAT in Darmstadt sowie die in ihrem Umfeld entstandenen Gründungen, insbesondere im Bereich der Satellitennavigation, sind in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung. Die Weiterentwicklung dieses Standortes werden wir aktiv begleiten und auf eine bestmögliche Vernetzung der verschiedenen Akteure hinwirken.

III. Wirtschaftsförderung aktiv gestalten

Die unternehmerische Umsetzung neuer Ideen ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Junge, kreative Existenzgründerinnen und Existenzgründer sollen noch stärker gefördert werden, beispielsweise durch die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit der „Business Angels“ und gezielte Förderangebote der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank). Zur verstärkten Akquise von Risikokapital insbesondere für Existenzgründerinnen und Existenzgründer streben wir die Schaffung eines privat finanzierten „Mittelstandsfonds“ gemeinsam mit der Deutsche Börse AG an. Die bestehenden Gründerzentren werden wir weiter unterstützen und die Gründung neuer universitätsnaher Zentren fördern. Erschwinglicher Büroraum mit guter Infrastruktur ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg junger Unternehmen. Wir werden die Beratung von Existenzgründern in der Vorgründungsphase sowie die Beratung für kleine und mittlere Unternehmen zu Finanzierung, Nachfolge, Fachkräftesicherung, Energieeffizienz, Prozessoptimierung und Innovation weiterhin in allen Wirtschaftszweigen mittels regionaler und unternehmensnaher Strukturen in Hessen fördern.

Zur Erleichterung bei der Suche nach Unternehmensnachfolgen wollen wir eine gemeinsame Vermittlungsbörse mit der hessischen Wirtschaft etablieren.

HessenAgentur

Die HessenAgentur ist der nicht-monetäre Wirtschaftsentwickler des Landes. Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Hessen Agentur als Dienstleister des Landes und anderer öffentlicher Institutionen bei der Wirtschaftsförderung weiter optimieren. Die engere Kooperation der HessenAgentur als Dienstleister mit Inhouse-Privileg mit allen Ressorts ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Die Konsolidierung des hessischen Standortmarketings in Zusammenarbeit mit den regionalen Wirtschaftsförderern gehört ebenso zu den Aufgaben der HessenAgentur wie die Festigung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten des Landes in der „Hessen Trade & Invest“. Die HessenAgentur nimmt überdies eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Clustern und Transferzentren in Kooperation mit Unternehmen und Hochschulen bei der Technologie- und Innovationsförderung ein.

Die vorgenommene strukturelle Änderung wird ab dem Jahr 2015 evaluiert. Bei der HessenAgentur wird unter Einbeziehung von Mitgliedern des Landtages ein Beirat berufen, dem regelmäßig über die Tätigkeit der HessenAgentur berichtet wird.

Wirtschafts- und Investitionsbank Hessen (WI-Bank)

Wir wollen die WI-Bank als das zentrale Förderinstitut des Landes Hessen in ihren wesentlichen Tätigkeitsfeldern stärken und ihre Effektivität erhöhen. Zuschuss-Programme sollen, soweit möglich, sukzessive auf Förderkredite umgestellt werden. Unternehmensgründungen werden weiter erleichtert, das Mikrokreditprogramm fortgeführt und der Zugang zu Förderkrediten vereinfacht. Durch Förderprogramme soll der Generationen-Übergang insbesondere in mittelständischen Familienbetrieben erleichtert werden.

Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit

Die Aktivitäten der Außenwirtschaft des Landes und der jeweiligen kommunalen Akteure werden künftig besser koordiniert und auf die wichtigsten Wachstums- und Wirtschaftsregionen konzentriert. Hierzu soll ein Außenwirtschaftskonzept mit den betroffenen Akteuren (Kommunen, Kammern und Verbände) erarbeitet werden.

Als Sitzland der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) wollen wir in der Entwicklungszusammenarbeit neue Schwerpunkte setzen. Dabei prüfen wir auch die Möglichkeit einer gezielten bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Darüber hinaus wollen wir die Kooperation mit dem entwicklungspolitischen Netzwerk (EPN Hessen) stärken.

IV. Vergaberecht: Transparent und fair

Öffentliche Aufträge stellen einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. Ein modernes Tariftreue- und Vergabegesetz gewährleistet den wirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln und einen fairen Wettbewerb der Auftragnehmer.

Wir werden das Hessische Mittelstands- und Vergabegesetz novellieren und der Tariftreue der Auftragnehmenden Unternehmen einen neuen Schwerpunkt widmen. Hier werden wir auch die Regelung zum Mindestentgelt des Bundes übernehmen. Hessen wird höchste Standards an die Transparenzregelungen in diesem Bereich anlegen. Den Auftrag vergebenden Stellen ist es freigestellt, zusätzlich soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabeentscheidung zu berücksichtigen, soweit sie im Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen. Die bestehenden Vergabefreigrenzen werden beibehalten. Der Schwellenwert bei Interessenbekundungsverfahren wird von 80.000 auf 50.000 Euro abgesenkt. Die Erfahrungen mit den seit dem Konjunkturprogramm erhöhten Vergabegrenzen werden kontinuierlich überwacht. Zur Verbesserung des Wettbewerbs müssen künftig mindestens fünf statt drei mögliche Anbieter angefragt werden.

V. Initiativen zur Sicherung von Fachkräften

Hessen kann langfristig nur global wettbewerbsfähig bleiben, wenn es seinen Qualitätsvorsprung hält und ausbaut. Bereits jetzt haben viele Unternehmen Schwierigkeiten, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Die demografische Entwicklung wird den Fachkräftemangel weiter verschärfen. Grundlage unserer weiteren Überlegungen ist der Bericht der Hessischen Fachkräftekommission sowie der daraus entwickelte Maßnahmenkatalog.

Wesentliche Zielgruppen aus Sicht der Koalitionspartner sind junge Menschen, ältere Menschen, auch über das Renteneintrittsalter hinaus, sowie Menschen mit Behinderungen. Unser besonderes Augenmerk richten wir außerdem auf die Steigerung der Frauenerwerbsquote, die Rekrutierung von Fachkräften insbesondere im europäischen Ausland und die Bereiche Qualifizierung und Weiterbildung.

Eines der wichtigsten Ziele ist eine deutliche Reduzierung der Zahl junger Menschen in sogenannten Übergangssystemen. Hierzu müssen gemeinsam mit der Wirtschaft, der Bundesagentur für Arbeit, den Schulen und Verbänden erhebliche Anstrengungen unternommen werden, junge Menschen ohne Schul- bzw. Berufsabschluss zu qualifizieren.

VI. Tourismus: Hessens Vielfalt erleben

Hessen ist Tourismusland: Rund 13 Millionen Gäste haben im Jahr 2012 in Hessen ihren Urlaub verbracht. Seine vielfältige Landschaft und die bedeutsamen kulturellen Angebote in Stadt und Land machen Hessen zum Anziehungspunkt für Tagesausflüge, Kurzurlaube sowie längere Kur- und Urlaubsaufenthalte. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sichern die damit verbundene touristische Infrastruktur; gerade in ländlichen Gebieten hat der Tourismus daher eine bedeutende Wirtschafts- und Beschäftigungsfunktion. Gleichwohl sehen wir hier weiteres Entwicklungspotenzial insbesondere für den nachhaltigen Tourismus, beispielsweise dem Rad- und Wandertourismus und dem Urlaub auf dem Bauernhof. In den Ballungsgebieten liegen die Potenziale im Ausbau der touristischen Angebote für Geschäftsreisende. Die bereits begonnene Ausgliederung der Tourismusförderung aus der HessenAgentur zugunsten enger Kooperationen mit den Destinationen und regionalen Tourismusorganisationen werden wir positiv begleiten.

VII. Kreatives Hessen: Stark und bunt

Hessen hat sich zu einem wichtigen Standort der Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelt, in der bereits heute rund 110.000 Menschen beschäftigt sind. Unser Land hat mit seinem Mix aus bedeutenden Einrichtungen aus Kultur und Wissenschaft, seiner wirtschaftlichen Stärke und seiner gelebten Internationalität weiteres Standortpotenzial in diesem Bereich. Wir wollen Hessens Bedeutung z.B. für die Computerspiele-Industrie, den Design-Bereich, die Filmwirtschaft, die Architektur und die Medienbranche stärken, werden dazu die Anstrengungen des Landes ausweiten und insbesondere den Dialog mit der Kultur- und der Kreativwirtschaft fortsetzen. Außerdem wollen wir den Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht fortschreiben und die Aktivitäten der Landesregierung in Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen bündeln.

G. Bürgergesellschaft stärken – Auf das Miteinander kommt es an

Das bürgerschaftliche Engagement und die Stärkung der Zivilgesellschaft sind eine gesellschaftliche Notwendigkeit zum Erhalt und zur Weiterentwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens sowie zur Stärkung des Verantwortungsgefühls, das jeder Einzelne für seine Mitmenschen und die Zukunft unserer Gesellschaft hat.

I. Ehrenamt und Bürgerengagement im Mittelpunkt

Das „klassische“ Ehrenamt hat sich in den vergangenen Jahren zu einem umfassenden bürgerschaftlichen Engagement weiterentwickelt: Menschen bringen sich nicht mehr nur in einem Verein unentgeltlich und uneigennützig ein, sondern entwickeln zunehmend auch Initiativen zur Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes. Neben der Vielzahl von Vereinen in Hessen sind es beispielsweise Bürgerstiftungen, Genossenschaften oder private Initiativen, in denen sich Menschen für einen kurzen oder auch längeren Zeitraum einbringen. Dabei fällt der Trend auf, dass Menschen immer stärker auch dort anpacken, wo es um die Zukunftsfähigkeit ihres Stadtteils, ihrer Ortschaft oder ihres Dorfes geht. Dies ist wichtig, weil aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen wie der demografische Wandel und die Integration von Migranten nur und vor allem mit Hilfe des Engagements der Menschen in Hessen bewältigt werden können.

Dieses bürgerschaftliche Engagement in all seinen Facetten braucht und verdient unsere Unterstützung und Anerkennung. Deshalb wollen wir durch eine Anerkennungskultur das Engagement in der gesellschaftlichen Bedeutung unterstreichen und mehr Menschen, insbesondere auch Jugendliche, für das Ehrenamt begeistern.

Im Zuge der geplanten Verfassungsänderung werden wir die Aufnahme des Staatsziels „Förderung des Ehrenamtes“ der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen.

Wir werden die Landeskampagne „Gemeinsam Aktiv“ zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements fortsetzen, und als zentrales Instrument der Anerkennungskultur in Hessen fortführen. Dazu gehören Qualifizierung und Weiterbildung, professionelle Begleitung und unterstützende Strukturen, wie die Freiwilligenagenturen, oder die Landesehrenamtsagentur.

In der Weiterentwicklung dieser Qualifizierungsmaßnahmen wollen wir ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendarbeit auf die sich ständig verändernden Anforderungen und Entwicklungen hin schulen. Das gilt beispielsweise für den Umgang mit Gewalt, neuen sozialen Medien (Cyber-Mobbing) oder kulturelle Konflikte.

Erfolgreiche Instrumente zur Förderung der Anerkennungskultur wie Landesehrenbrief, die zahlreichen „Auszeichnungen des Monats“, den Versicherungsschutz für Ehrenamtliche, die Ehrenamts-Suchmaschine, das Zeugnisbeiblatt oder die Ehrenamtcard werden wir weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir die Anerkennungskultur durch neue Ansätze weiter stärken; deshalb werden wir z.B. prüfen, ob ehrenamtliches Engagement ein Einstellungsbonus im öffentlichen Dienst sein kann, um Vorbild zu sein.

Wir wollen prüfen, wo bürokratische Hürden, die die Arbeit von ehrenamtlich arbeitenden Vereinen und Bürgerinnen und Bürger erschweren, weiter abgebaut werden können.

Wir unterstützen weiterhin die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“, um die Anzahl von Bürgerstiftungen zu erhöhen, das Genossenschaftswesen zu fördern und privaten Initiativen Hilfe zukommen zu lassen.

Wir streben die Entwicklung einer Ehrenamts-Börse an, bei der sich ehrenamtlich Engagierte generationenübergreifend registrieren können, um für ihre Arbeit im Sinne der Gemeinschaft „Guthaben“ zu erwerben, die später eingelöst werden können, um selbst Unterstützung oder Hilfen zu erhalten.

Da in einigen Stadtteilen, in Ballungsgebieten oder Wohngebieten mit wenig Familien und Kindern ein großer Bedarf an Hilfestellungen für in erster Linie ältere Menschen im Alltag besteht, wollen wir mit Experten, Vereinen und Initiativen neuartige Konzepte zur Förderung der Nachbarschaftshilfe aufbauen.

Mit einer Bürgerkampagne „respekt“ wollen wir das Miteinander der Generationen im Alltag durch freiwillige Übereinkünfte von Bürgern, Vereinen, Institutionen, Verbänden, Stiftungen und der Wirtschaft verbessern.

II. Sport: Gemeinsam, fit und gesund

Sport verbindet und ist in Hessen ein elementarer Bestandteil der aktiven Bürgergesellschaft. Rund vier Millionen Menschen – und damit zwei Drittel der Bevölkerung – betreiben Sport in Vereinen, Verbänden und in ihrer Freizeit. Kaum eine andere Form von Begegnung schafft so viel Miteinander wie sportliche Aktivität. Das gilt für den Breitensport und für den Spitzensport gleichermaßen; deshalb richten wir den Blick auch auf beide Teile des Sports. Wir wollen den Spitzensport, der durch seine Vorbildfunktion viele Menschen erst zum Sport ermuntert, fördern, ebenso wie den Breitensport für alle Menschen in Hessen.

Damit wird ein unverzichtbarer Beitrag für die Entwicklung der Gesellschaft, für das Miteinander der Generationen und den Zusammenhalt geleistet. Rücksichtnahme, Teamgeist und Gemeinschaft – gerade auch bei Kindern und Jugendlichen – sind im Sport erlebbar und erfahrbar wie nirgendwo sonst. Auch für die Integration von Migrantinnen und Migranten leistet der Sport einen bedeutsamen Beitrag. Er bietet vielfältige Möglichkeiten, sich in die Gesellschaft einzubringen und im Team partnerschaftlich aufgenommen zu werden. Der Sport kann damit die Rolle einnehmen, Brücken zu bauen, menschliche Verbindungen über Generationen hinweg zu schaffen und Menschen zusammenzuführen, die den Weg zueinander in vielen Fällen sonst niemals finden würden. Das hier geleistete ehrenamtliche Engagement verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung.

In Zeiten des demografischen Wandels kommt dem Sport darüber hinaus eine ständig steigende Bedeutung für die Förderung der Gesundheit zu. Die Vielfalt sportlicher Aktivitäten – in welcher Form auch immer – nimmt immer stärker zu und sorgt für ein wachsendes Bewusstsein im Hinblick auf Gesundheit, Vorsorge und Prävention.

Wir werden der Sportförderung deshalb auch in der Zukunft einen hohen Stellenwert beimessen. Die Förderung des Breiten- ebenso wie des Leistungssports wollen wir auf Höhe des bisherigen Niveaus beibehalten und wollen auch in der Zukunft wie bisher umfassend in die Sportinfrastruktur in Hessen investieren.

Wir streben – unter Beachtung der Autonomie der Hochschulen – eine Profilquote an Hochschulen an, um besonders begabten Sportlern den Zugang zur Hochschule zu erleichtern. Wir wollen die „duale Karriere“ für Sportlerinnen und Sportler mit und ohne Behinderung in der Polizei und im Verwaltungsdienst weiterhin ermöglichen, damit ihre Ausbildung bzw. ihr Dienst mit der Ausübung ihres Spitzensports verbunden werden kann.

Wir werden gesellschaftliche Projekte zur Integrität des Sportes, insbesondere beim Kampf gegen Doping, mit Nachdruck unterstützen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch für eine anteilige Finanzierung der „Nationalen Anti-Dopingagentur“ (NADA) im Verbund von Ländern, Bund, Sportverbänden und der Wirtschaft ein.

Wir werden Fanprojekte im Fußball ausbauen, die Projekte mit dem Hessischen Fußballverband zur Förderung eines gewaltfreien und interkulturellen Fußballs in Hessen fortführen. Außerdem wollen wir die diskriminierungsfreie Fankultur stärken; die sexuelle Orientierung darf genauso wenig wie Hautfarbe oder Religion ein Vorwand für Ausgrenzung und Ablehnung sein

Der Landessportbund als Dachverband der hessischen Sportvereine steht für die Weiterentwicklung und Attraktivität des Sports in allen Regionen unseres Landes. Wir werden ihn deshalb auf dem erreichten Niveau weiter fördern. Gleiches gilt für die Förderung der Sportjugend.

Im Behindertensport sehen wir einen wichtigen Beitrag für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Wir wollen mit einem eigenen Behindertensportreferat im zuständigen Ministerium dieses wichtige gesellschaftliche Anliegen auch weiter forcieren und ihm ein sichtbares Zeichen geben.

Hessen verfügt über einige herausragende Sportanlagen, die wir in einem stetigen Prozess auf dem Stand der Zeit halten müssen. Deshalb werden wir in Fortsetzung des laufenden Programms die Modernisierung und Sanierung bestehender Großanlagen von Rang weiterführen.

III. Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Katastrophenschutz unterstützen

Zehntausende ehrenamtliche und hauptamtliche Kräfte im Brand- und Katastrophenschutz sorgen mit vorbildlichem Einsatz und großem Engagement für die Sicherheit der Menschen in Hessen. Landesweit stehen sie für schnelle und kompetente Hilfe in Notfällen. Feuerwehr und Rettungsdienste leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit unseres Landes. Hierzu gehört besonders auch die Anerkennung und Wertschätzung der Frauen, Männer, Jugendlichen und Kinder, die sich in der freiwilligen Feuerwehr und den Hilfsorganisationen und Rettungsdiensten ehrenamtlich engagieren. Daher wird auch in Zukunft die Unterstützung dieses Engagements nicht nur in Worten der Anerkennung, sondern in optimalen Rahmenbedingungen und konkreten Unterstützungsleistungen für die Arbeit von Feuerwehr und Rettungsdiensten zum Ausdruck kommen.

Der Brandschutz, als wesentlicher Baustein der Daseinsvorsorge in allen Teilen Hessens, basiert ganz wesentlich auf der Arbeit von über 80.000 ehrenamtlichen Kräften. Was diese für das Gemeinwohl leisten, wäre durch staatliche Strukturen nicht zu finanzieren. Wir werden deshalb alles daran setzen, den vornehmlich ehrenamtlichen Brandschutz flächendeckend zu erhalten, weiterzuentwickeln und zukunftssicher zu machen.

Um die Feuerwehrangehörigen für ihre wertvolle Arbeit zu würdigen, werden wir die im Jahr 2011 eingeführte Anerkennungsprämie fortführen.

Zur Sicherstellung der Finanzierung von Brand- und Katastrophenschutz halten wir auch zukünftig an der „30-Millionen-Euro-Garantie“ aus der Feuerschutzsteuer fest. Wir werden zudem prüfen, inwieweit die Erhebungsgrundlage verbreitert werden kann.

Wir werden die Investitionen für Feuerwehren, Rettungswesen und Katastrophenschutz fortführen. Dazu zählen vor allem die Weiterführung des Landesbeschaffungsprogramms (z.B. für Feuerwehrfahrzeuge) sowie die Fortsetzung der Ausstattungsoffensive im Katastrophenschutz.

Wie auch in anderen Bereichen des Landes streben wir bei den Feuerwehren eine verstärkte interkulturelle Öffnung an und wollen Migrantinnen und Migranten für die unverzichtbare ehrenamtliche Arbeit gewinnen. Für den zukünftigen Erhalt der ehrenamtlichen Strukturen im Feuerwehrwesen ist die Nachwuchsgewinnung von ganz besonderer Bedeutung. Wir werden daher die Nachwuchswerbung verstärken. Überdies wollen wir die in Hessen beispielhaft aufgebauten Strukturen zur Nachwuchsförderung für Kinder (so genannte „Löschzwerge“) ausbauen und unterstützen. Um außerdem die Qualität der Ausbildung noch weiter zu steigern, werden wir im mittelhessischen Raum ein Jugendfeuerwehrausbildungszentrum neu errichten. Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer.

Ähnlich wie bei der Polizei sind auch im Bereich des Brand- oder Katastrophenschutzes sowie des Rettungswesens zunehmend Tendenzen der Gewalt gegenüber den dort tätigen Personen festzustellen. Für uns ist der Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso wie der ehrenamtlich Tätigen selbstverständliche Aufgabe des Staates. Vor diesem Hintergrund werden wir neue Initiativen in diesem Bereich vorschlagen.

IV. Heimatvertriebene und Spätaussiedler: Arbeit anerkennen

Mit der Integration von vertriebenen und spät ausgesiedelten Menschen hat Hessen seit seiner Gründung zahlreiche Erfahrungen gesammelt. Fast ein Drittel aller in Hessen lebenden Menschen hat Flucht oder Vertreibung am eigenen Leib erlebt, ist durch das Schicksal der nächsten Angehörigen betroffen oder lebt als Spätaussiedler hier. Noch heute sind viele Menschen von ihren damaligen Erlebnissen nachhaltig geprägt und verspüren den Wunsch nach Erinnerung, kulturellem Austausch und nach Momenten, die Identität stiften.

Neben der Förderung der Erinnerungskultur in diesem Bereich werden aber auch heute notwendige Integrationsmaßnahmen, insbesondere für junge Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler weiter auf der Tagesordnung stehen.

Wir werden daher die Förderung der Vertriebenen, ihrer Verbände sowie deutscher Minderheiten im Ausland zur Unterstützung und Pflege ihrer kulturellen Arbeit fortsetzen.

Wir sprechen „der Landesbeauftragten bzw. dem Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler“ sowie dem Landesbeirat für Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler, der die Landesregierung und den Landtagsunterausschuss für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Wiedergutmachung sachkundig berät, eine Bestandsgarantie aus.

Um literarische und kulturelle Arbeiten im Zusammenhang mit Vertreibung, Aussiedlung und Eingliederung zu honorieren, werden wir den Hessischen Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ fortführen.

Wir wollen die Finanzierung von Integrationsmaßnahmen für spätausgesiedelte Deutsche, insbesondere für Jugendliche fortsetzen und verstärken.

H. Den Menschen die Wahl lassen – Vielfalt leben

Hessen ist vielfältig – und die Menschen, die hier leben, sind es auch. Die Gestaltung des persönlichen Lebensumfeldes ist Sache jedes Einzelnen. Das betrifft Partnerschaft und Familie ebenso wie die freie Entscheidung, Kinder selbst zu betreuen oder sie betreuen zu lassen. CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen den Menschen die Chance bieten, sich selbst zu verwirklichen. Diese Chancen wollen wir vor allem auch in jenen Bereichen ermöglichen, in denen heute noch – aus den verschiedensten Gründen – faktische Hindernisse bestehen. Eine freie Gesellschaft muss gleichzeitig Verantwortung übernehmen und Solidarität üben. Wir setzen uns daher das Ziel, Kinderbetreuung und Kinderschutz weiter auszubauen und die Voraussetzungen für Gleichberechtigung zu verbessern.

I. Familie, Ehe und Lebenspartnerschaften unterstützen

Menschen sollen selbst entscheiden, in welcher Verbindung zu einem anderen Menschen sie leben wollen. Von dieser persönlichen Wahlfreiheit sind wir zutiefst überzeugt. Eine besondere Verantwortung des Staates und der Gesellschaft besteht allerdings dort, wo es um die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen geht. Nur eine Gesellschaft mit vielen Kindern hat überhaupt die Chance auf eine Zukunft.

Familie und Kinder in einem familienfreundlichen Hessen

CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen die Kinder- und Familienfreundlichkeit in Hessen weiter voranbringen. Wir sind davon überzeugt, dass viele Initiativen, Maßnahmen und konkrete Schritte dazu unternommen werden können, ohne dass große finanzielle Mittel bewegt werden müssen. Wir werden daher eine Kommission „Hessen hat Familiensinn“ einberufen mit Vertretern aus Parlament, Regierung, Wirtschaft, Verwaltung, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verbänden, Medien und privaten Initiativen mit dem Ziel, praktisch anwendbare Handlungsempfehlungen für mehr Familienfreundlichkeit auszuarbeiten.

Wir wollen die Kinderrechte stärken und die UN-Kinderrechtskommission umsetzen. Wir werden darauf hinwirken, dass bei allen Trägern von Einrichtungen und bei Verbänden Konzepte eingefordert werden, die die Kinderrechte stärken. Dazu wollen wir mit Kindern und Jugendlichen eine „Hessische Kindercharta“ entwickeln, in der ihre Ansprüche und Rechte an die Landespolitik formuliert sind.

Wir wollen die familienpolitischen Leistungen des Landes überprüfen und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Die Hessische Familienkarte werden wir fortführen und weiterentwickeln.

Unser Ziel ist es, allen Hessinnen und Hessen, auch denjenigen, die materielle Schwierigkeiten haben, die Mitwirkung am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Sozialämtern und Jobcentern werden wir dafür ein Konzept erarbeiten, wie – auch unter Einbeziehung der Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets des Bundes – eine „Teilhabekarte“ entwickelt werden kann.

Die Auszeichnung „Familienfreundlicher Betrieb“ soll weiterentwickelt werden hin zu einem „Premium-Betrieb“, der gesundheitsfördernde, frauenfördernde, familienfreundliche, altersgerechte und altersgerechte Arbeitsbedingungen hat.

Wir werden das erfolgreiche Konzept der Mehrgenerationenhäuser weiterentwickeln.

Wir prüfen und beteiligen uns an einem Fondsmodell, um Paare bei der Verwirklichung ihres Kinderwunsches durch künstliche Befruchtung zu unterstützen.

Wir prüfen, ob die Angebote der Jugendleiterkarte (Juleica) und Ehrenamtskarte für Jugendliche zusammengeführt werden können, und werden die Freiwilligendienste weiter stärken.

Wir wollen die Partizipation von Kindern und Jugendlichen fördern und unterstützen. Kinder- und Jugendparlamente oder Jugendforen können dazu ein geeignetes Mittel sein. Wir werden mit bestehenden Kinder- und Jugendparlamenten oder Jugendforen für einen weiteren Ausbau in Hessen werben und einen „Partizipationspreis für Kinder- und Jugendparlamente/ Jugendforen“ schaffen, der die Umsetzung besonders innovativer Projekte unterstützt.

Die Präventionsprogramme wie „Prävention im Team“ (PIT), die sich überwiegend an Schulen richten, sollen auch auf andere Einrichtungen wie beispielsweise Jugendeinrichtungen ausgeweitet werden.

Gleichstellung verwirklichen

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit und volle gesellschaftliche Teilhabe setzen voraus, dass jeder Mensch, ungeachtet seiner sexuellen und geschlechtlichen Identität, gesellschaftliche Akzeptanz erfährt und sein Leben ohne Benachteiligungen und Diskriminierungen gestalten kann. Hessen hat inzwischen eine gute Tradition, für die Akzeptanz von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten zu werben.

Wir sehen uns in der Verantwortung, die freie Entfaltung der Persönlichkeit des oder der Einzelnen zu fördern und sich für ein offenes, diskriminierungsfreies und wertschätzendes Leben aller Menschen in Hessen einzusetzen. Dies können wir nicht für Einzelfälle leisten, sondern nur durch das Werben um Akzeptanz und durch strukturelle Veränderung im Einflussbereich der Landesregierung dazu beitragen.

Auf der Grundlage des bisher eingeschlagenen Weges und des 2014 erfolgenden Beitritts zur „Koalition gegen Diskriminierung“ werden wir zusammen mit den Selbstvertretungsorganisationen der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen einen „Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt“ erarbeiten. Dazu gehört insbesondere eine bessere Begleitung von jungen Menschen in der immer noch oftmals schwierigen Phase des „Coming Out“ und die stärkere Sensibilisierung für das Thema in Schulen auf Basis der bereits vorhandenen SchLAU-Projekte. Eine gute Vernetzung in der Landesverwaltung wird ebenso angestrebt wie eine Zusammenarbeit mit benachbarten Ländern.

Wir wollen, dass die Schicksale der Opfer des ehemaligen §175 StGB („Unzucht zwischen Männern“) in Hessen wissenschaftlich aufgearbeitet werden.

II. Kinderbetreuung fördern

Eine gute Betreuung ist für das Aufwachsen aller Kinder von großer Bedeutung. Es ist uns ein besonderes Anliegen, die Erziehungsleistung der Eltern zu würdigen. Die Wahlfreiheit der Eltern, wo und in welcher Form ihre Kinder betreut werden, ist für uns selbstverständlich. Wir wollen den Anforderungen in unserer heutigen Gesellschaft an qualitativ hochwertige Kinderbetreuung gerecht werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter weiter verbessern. In Hessen wurden in den vergangenen Jahren gemeinsam mit den Kommunen und den freien Trägern große Erfolge beim Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten erreicht.

Wir werden auch weiterhin dafür sorgen, dass der Ausbau eines qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangebotes für alle Kinder bedarfsgerecht und an der tatsächlichen Nachfrage orientiert fortgesetzt wird, auch im Hinblick auf den Ausbau von ganztägigen Angeboten. Wir werden die bedarfsgerechte Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren gewährleisten.

Wir wollen mit dem Hessischen Kinderförderungsgesetz die Förderung aller Kinder in Kindertageseinrichtungen voranbringen. Wir werden deshalb den Umsetzungsprozess des Kinderförderungsgesetzes permanent begleiten und durch ein Qualitätsmonitoring bei etwaigen Problemen in der Praxis nachsteuern.

Zudem werden wir Mitte 2014 einen „Runden Tisch Kinderbetreuung“ einberufen, um gemeinsam mit den Verbänden und Trägern eine erste Evaluierung zur Wirkung des Kinderförderungsgesetzes durchzuführen und über die weitere Entwicklung der Kinderbetreuung in Hessen zu beraten.

Eine Verschulung des Kindergartens lehnen wir ab; Kindertageseinrichtungen sind eigenständige Institutionen mit eigenem pädagogischem Bildungs- und Erziehungsauftrag.

Wir wollen die Qualitätsentwicklung in den Kindertagesstätten weiter voranbringen. Wir werden deshalb im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes die Umsetzung des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder von 0-10 Jahren mit seinen hohen Qualitätsstandards mit entsprechenden Haushaltsmitteln nachhaltig sichern und weiterentwickeln. Wir werden darauf hinwirken, dass alle Kindertagesstätten verbindliche Tandemvereinbarungen mit den Grundschulen schließen, damit für alle Kinder ein guter Übergang vom Kindergarten in die Grundschule gelingt.

Wir werden die bisherigen Maßnahmen zur Sprachförderung und Sprachstandserfassung fortführen und unter Einbeziehung aller bestehenden Maßnahmen weiterentwickeln.

Wir sehen in der Inklusion von Kindern mit Behinderungen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Wir alle haben die Aufgabe, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Auch wenn wir davon ausgehen, dass die Umsetzung der Inklusion von Kindern mit Behinderungen in Kindertagesstätten eine kommunale Aufgabe ist, sehen wir eine politische Verantwortung beim Land, an dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe mitzuwirken. Wir gehen davon aus, dass sich die Kommunalen Spitzenverbände und die Liga der freien Wohlfahrtspflege auf die Fortführung der Rahmenvereinbarung Integrationsplatz vereinbaren, für das Wohl der Kinder mit Behinderungen die Qualität erhalten, Gruppengröße, Personalbemessung und Gewährung der Fachkraftstunden (Status Quo) beibehalten und den Geltungsbereich auf Kinder unter drei Jahren erweitern. Das Land wird, nach Abschluss dieser Rahmenvereinbarung, die angesetzten Pauschalen im KiFöG für die Inklusion von Kindern mit Behinderungen in Kindertagesstätten erhöhen, so dass es weiterhin möglich ist, die guten Qualitätsstandards beizubehalten.

Die Tagespflege ist ein wichtiger Baustein der Kinderbetreuungsangebote, auch im Hinblick auf die Wahlfreiheit von Familien. Gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden streben wir an, die Tagespflege bedarfsgerecht zu stärken und auszubauen. Dazu können auch landeseinheitliche Empfehlungen für die Vergütung von Tagespflegepersonen dienen.

Wir werden mit verschiedenen Maßnahmen dem Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung weiter entgegenwirken und dazu ein Konzept zur Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern erarbeiten. Dazu gehören u.a. die befristete Anhebung der Schulplätze, der Ausbau der Modelle zur dualen Ausbildung, Anreize bei der Hebung der stillen Reserve und die Prüfung einer verstärkten Kooperation mit den Jobcentern.

Den Ausbau von Familienzentren werden wir weiter unterstützen. Familienzentren können neben den Kindertagesstätten auch andere wohnortnahe Einrichtungen sein.

III. Kinderschutz konsequent umsetzen

Kinder und Jugendliche haben ein Recht, unbeschwert aufzuwachsen und sich zu entwickeln. Manche Kinder und Jugendliche brauchen dafür den besonderen Schutz des Staates. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Kleinsten unserer Gesellschaft vor Gewalt und Missbrauch zu schützen und Opfern zu helfen.

Das Land Hessen ist sich bei der Bekämpfung sexueller Gewalt seiner Verantwortung bewusst. Wir werden den „Aktionsplan des Landes Hessen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt in Institutionen“ konsequent mit Fristen und konkreten Maßnahmen umsetzen. Die Maßnahmen sollen unter Einbeziehung des Justiz-, Kultus- und Innenressorts in einer Koordinierungsstelle gebündelt werden. Es wird geprüft, ob dies gegebenenfalls mit dem Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich zusammengeführt wird.

Wir werden prüfen, wie das Land Hessen die unabhängige Beschwerdestelle für Jugendliche (Ombudsstelle für Kinder – und Jugendrechte in Hessen) unterstützen kann.

Wir werden die Entschädigung für ehemalige Heimkinder fortführen.

Das Land Hessen wird sich, wenn es eine länderübergreifende Einigung gibt, am ergänzenden Hilfsfonds für Missbrauchsopfer im familiären Umfeld beteiligen.

Wir haben mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen, dass es auch in Hessen Missbrauchsfälle in Institutionen gab und gibt. Zur Vorbeugung und Prävention sind grundsätzlich Missbrauchsfälle aufzuarbeiten und Rückschlüsse zu ziehen. Eine solche Ursachenforschung und Aufarbeitung sollte bei Bedarf auch durch das Land unterstützt werden können.

IV. Frauen fördern und Gleichberechtigung leben

Gleiche Verwirklichungschancen für Frauen und Männer auf allen politischen und beruflichen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen sind Ausdruck unserer gemeinsamen Vorstellung einer freiheitlichen Gesellschaft. Diese Chancen erfordern weit mehr als die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Pflege; vielmehr sollen Hindernisse abgebaut werden, die eine selbstbestimmte Gestaltung der persönlichen Biografie erschweren.

Wir werden das Hessische Gleichberechtigungsgesetz novellieren, um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen. Der öffentliche Dienst soll eine Vorbildfunktion für die Geschlechtergerechtigkeit einnehmen. Dabei wird die wichtige Rolle der Frauenbeauftragten gewährleistet.

Den Anteil von Frauen in Führungspositionen im Dienst des Landes Hessen werden wir durch ein Mentoringprogramm ausweiten.

Zur Unterstützung von Frauen nach einer Erwerbstätigkeitsunterbrechung entwickeln wir das „Netzwerk Wiedereinstieg“ weiter. Mit diesem Informations- und Austauschportal sollen sowohl die betroffenen Frauen wie auch die Unternehmen kompetente Ansprechpartner zu Fragen finden, die sich beim Wiedereinstieg in den Beruf stellen.

Wir wollen Initiativen ergreifen, damit „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ Realität wird.

Wir setzen uns für die weitere Verbesserung der Frauenerwerbsquote unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Die Empfehlungen der Fachkräftekommission zur Hebung der stillen Reserve setzen wir um. Wir wollen eine Arbeitskultur, in der Führungspositionen auch in

Teilzeitarbeit wahrgenommen werden können. Teilzeiterwerbstätigkeit darf nicht per se ein Hemmnis für die berufliche Entwicklung sein; familiäre Sorgearbeit soll in der Arbeitswelt möglichst als Zusatzqualifikation Anerkennung finden. Wir wollen es Müttern und Vätern erleichtern, in dem von ihnen gewünschten Umfang erwerbstätig zu sein.

Wir wollen landesweit den Schutz von Frauen vor Gewalt weiter stärken. Hierzu gehört eine verbesserte Finanzierungssicherheit für Frauenhäuser und eine möglichst flächendeckende Versorgung mit Interventionsstellen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Den „Aktionsplan des Landes Hessen zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich“ werden wir umsetzen und die Präventionsangebote für Täter mit einbeziehen. Es erfolgt eine Bündelung und Koordination der Aktivitäten innerhalb der Landesregierung.

Um Prostituierte vor Gewalt und Ausbeutung zu schützen, werden wir die Arbeit des „Runden Tisch gegen Menschenhandel“ weiter unterstützen.

Wir werden die Lebenssituation von Frauen mit Behinderungen bei allen landespolitischen Entscheidungen berücksichtigen. Dabei forcieren wir die Barrierefreiheit für eine gleichberechtigte Teilhabe und stärken die Arbeit des Koordinationsbüros für Frauen mit Behinderungen.

Wir wollen das plurale Angebot der Schwangerschaftskonfliktberatung erhalten.

I. Migration und Integration – Chancen und Herausforderungen

Hessen ist ein weltoffenes und tolerantes Land in der Mitte Europas. Rund ein Viertel aller Hessinnen und Hessen haben einen Migrationshintergrund, sind also selbst im Ausland geboren oder haben mindestens ein zugewandertes Elternteil; bei den unter 18-jährigen sind es sogar 37 Prozent. Migration war und ist Teil der Realität in unserem Land. Die Vielfalt der Menschen in Hessen, ihrer Kultur, ihrer politischen, persönlichen und religiösen Überzeugungen stellt eine Bereicherung dar. Gleichzeitig ist sie eine gesellschaftliche Herausforderung.

Gelungene Integration ist in Hessen wie in Deutschland insgesamt die Regel. Jeden Tag leben und arbeiten Millionen Menschen in Hessen mit und ohne Migrationshintergrund friedlich, konfliktfrei und in gegenseitigem Respekt miteinander. Sie alle wollen ein gutes Leben für sich und ihre Familien. Eine große Zahl ist in Vereinen aktiv und engagiert sich ehrenamtlich. Viele finden Halt und Orientierung in ihrem jeweiligen religiösen Glauben, andere gehören keiner Glaubensgemeinschaft an. Unabhängig davon, ob die Menschen schon immer hier leben oder erst zugewandert sind, verbindet sie im Alltag in der Regel mehr als sie trennt. Dennoch übersehen wir nicht die vielfältigen Herausforderungen für eine gelingende Integrationspolitik. Wir sind uns jedoch einig, dass vorhandene Probleme oftmals soziale Probleme sind, die Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Pass haben. Integrationspolitik verstehen wir daher als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ein Zusammenleben aller Menschen in gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung in Hessen zu ermöglichen. Die Integration der Menschen, die aus den unterschiedlichen Regionen und Kulturen der Welt zu uns kommen, ist ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Alle Menschen in Hessen müssen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Integration ist ein Prozess, der allen etwas abverlangt. Für alle gilt die Werteordnung und die Anerkennung unseres Grundgesetzes. Auch das Erlernen der deutschen Sprache ist ein unverzichtbarer Baustein.

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich jeder Mensch, unabhängig von Herkunft und Religion, entfalten, an der Gesellschaft teilhaben und selbst zu einem friedlichen, eigenverantwortlichen und freundschaftlichen Zusammenleben beitragen kann.

I. Hessische Integrationspolitik: Willkommens- und Anerkennungskultur

Die Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“ des Hessischen Landtags hat in der 18. Wahlperiode einen umfassenden Bericht vorgelegt. Darin sind elf Handlungsfelder beschrieben: Sprache und Bildung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Familie und Gleichberechtigung der Geschlechter, Wohnraum, Gesundheit und Pflege, Medien und Integration, gesellschaftliche und politische Partizipation, Religion und Kultur, Kriminalität und Prävention, Diskriminierungserfahrungen und Antidiskriminierungsstrategien sowie Zuwanderung und Asyl. In all diesen Bereichen und auf Grundlage der einvernehmlichen Analysen und Festlegungen der Enquetekommission wollen wir die Integrationspolitik gestalten. Außerdem werden wir folgende Maßnahmen auf den Weg bringen:

Wir wollen die Wahrnehmung der Querschnittsaufgabe Integration auch weiterhin in einem Integrationsministerium fortführen.

Wir werden die bestehende Hessische Integrationskonferenz zu einem in einem regelmäßigen Turnus tagenden Beratungsgremium der Landesregierung in allen Fragen der Integrationspolitik machen. Aufbauend auf den Ergebnissen der Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“ und unter Beachtung des Nationalen Aktionsplans Integration werden wir gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Integrationskonferenz einen hessischen Integrationsplan erstellen. Ein Baustein des Integrationsplans sollen Integrationsverträge zwischen dem Land und zivilgesellschaftlichen Gruppen, wie Vereinen und Verbänden, Kommunen und Religionsgemeinschaften werden, in denen sich beide Seiten über konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Integration verständigen.

Wir stehen für eine Willkommens- und Anerkennungskultur. Daher wollen wir zugewanderten Menschen durch spezielle Kurse die Integration in unsere Gesellschaft erleichtern. Zusätzliche Hilfestellungen wie herkunftssprachliches Informationsmaterial und die Nutzung von Bundesprogrammen sollen dabei unterstützen.

Wir werden eine Einbürgerungskampagne starten, die gezielt über die Voraussetzungen für eine Einbürgerung informiert und Menschen ermuntert, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Wir werden darüber hinaus Maßnahmen zur Bündelung, Umsetzung und rechtlichen Absicherung der vereinbarten Integrationsziele ergreifen. Wir streben eine Weiterentwicklung der Integrationsarbeit über Projekte hinaus an. Dies gilt insbesondere für die engagierte Arbeit, die die Kommunen, die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (agah) sowie viele Vereine und Initiativen leisten.

Diskriminierung und Rassismus werden wir entschieden entgegentreten und die Anstrengungen der Landesregierung in einer Antidiskriminierungsstrategie bündeln. Es wird eine Anlaufstelle für jede Art der Diskriminierung (Antidiskriminierungsstelle) eingerichtet, um unbürokratische und schnelle Hilfe für betroffene Personen zu gewährleisten.

Auf bundespolitischer Ebene werden wir die Aufhebung der Optionspflicht und die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit im Staatsangehörigkeitsrecht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern unterstützen.

Wir setzen uns für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Ehe- und Lebenspartner auch nach Trennung bzw. Scheidung ein, beispielsweise dort, wo das Aufenthaltsrecht als Druckmittel (häusliche Gewalt, Zwangsheirat, Zwangsprostitution) zur Aufrechterhaltung der Ehe missbraucht wird.

II. Integration durch Bildung und Ausbildung

Der Erfolg von Integration entscheidet sich maßgeblich in der vorschulischen und schulischen Bildung. Deshalb setzen wir hier einen Schwerpunkt. Insbesondere wollen wir Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern mit spezifischen Angeboten fördern. Daher werden wir die Lehrerrzuweisung nach Sozialindex verdoppeln. Das Erlernen der deutschen Sprache und der Übergang von der Schule in den Beruf sind maßgebliche Bestandteile zur Teilhabe an Arbeit und Gesellschaft. Es ist eine zentrale Aufgabe, die Kenntnisse der deutschen Sprache weiter auszubauen. Zunehmend haben auch Kinder ohne Migrationshintergrund Schwierigkeiten beim Spracherwerb.

Wir werden deshalb Deutsch-Vorlaufkurse als integrierte Sprachförderung auf der Grundlage von Sprachstandserhebungen fortführen. Zusätzlich werden wir die Kurse „Deutsch als Zweitsprache“ weiter ausweiten. Mehrsprachigkeit sehen wir in einer immer internationaler werdenden Welt als wichtige Ressource. Daher wollen wir Sprachkenntnisse in der Herkunftssprache u.a. dadurch fördern, dass sie in der Schule auch als 2. oder 3. Fremdsprache angeboten werden können. Ebenso werden wir die Sprachförderung für Eltern durch Programme wie „Mama und Papa lernen Deutsch“ verstetigen und ausbauen.

Den islamischen Religionsunterricht werden wir im Dialog mit den Religionsgemeinschaften bedarfsgerecht ausbauen.

Die bestehenden Regelungen, die den Schulbesuch unabhängig vom Aufenthaltsstatus ermöglichen, werden wir fortsetzen.

Neben der schulischen Bildung ist der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung für das Gelingen von Integration. Wir werden den Übergang Schule und Beruf weiterentwickeln, um jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Wir werden weiter daran arbeiten, dass im Ausland erworbene Qualifikationen und Abschlüsse zügig geprüft und anerkannt werden. Wir werden hessische Unternehmen ermutigen, der „Charta der Vielfalt“ beizutreten.

Wir wollen offensiv bei kleinen und mittelständischen Unternehmern mit Migrationshintergrund für die duale Ausbildung werben und werden die Bereitstellung und Sicherung von Ausbildungsplätzen sowie Plätzen zur Einstiegsqualifizierung bei Unternehmern mit Migrationshintergrund unterstützen.

III. Interkulturelle Öffnung

Eine erfolgreiche Integrationspolitik setzt eine Öffnung auf beiden Seiten voraus – bei denjenigen, die nach Hessen kommen ebenso wie bei jenen, die schon seit Jahren hier leben. Dieses Verständnis müssen wir vorleben, aber auch in den verschiedenen Bereichen des Landes vertiefen bzw. wecken.

Wir wollen deshalb den öffentlichen Dienst, Polizei und Justiz, Lehre (Schule, Hochschule), Pflege und Betreuung noch stärker interkulturell öffnen. Dazu gehören Kurse über Interkulturelle Kompetenz und eine verstärkte Anwerbung von Menschen mit Migrationshintergrund.

Wir wollen mit den Glaubensgemeinschaften in den Dialog treten, um spezifische Bedürfnisse bei der Glaubensausübung im Rahmen des Möglichen auch im Verwaltungshandeln und bei der Gesetzgebung stärker zu berücksichtigen. Beispielsweise ist dies der Fall bei der seelsorgerischen Betreuung in Haft oder bei muslimischen Begräbnissen.

Wir werden dafür werben, bei der Gesundheitsversorgung und Pflege von Menschen verschiedene kulturelle Traditionen stärker zu berücksichtigen.

IV. Asyl- und Flüchtlingspolitik

Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Flüchtlinge in Hessen eine humane Lebensperspektive und ausreichend Schutz finden. Das Land Hessen wird sicherstellen, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden und ihnen ausreichend Angebote der Information, Beratung und gegebenenfalls Förderung zur beruflichen Integration zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen deshalb das Landesaufnahmegesetz evaluieren und entsprechend den bundespolitischen Neuregelungen anpassen. Zudem werden wir die EU-Richtlinie für besonders Schutzbedürftige (Kranke, Alte, Traumatisierte, Menschen mit Behinderungen) aktiv umsetzen und möglichst bei der Erstaufnahme bereits den Unterstützungsbedarf klären. Kommunen, die besondere Anstrengungen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Asylsuchenden zu schultern haben, werden wir unterstützen.

Die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge stellt ein besonderes gesellschaftliches und soziales Problem dar, um das wir uns in Hessen vorbildlich kümmern wollen. Gemeinsam mit den Akteuren der Flüchtlingshilfen werden wir hier nach Lösungen für die Betroffenen suchen.

Wir begrüßen die Verständigung der großen Koalition in Berlin auf eine Verstärkung und quantitative Ausweitung des so genannten „Resettlement“-Verfahrens in Abstimmung mit der Konferenz der Innenminister. Hessen wird hierzu seinen Beitrag leisten.

Asylsuchende haben in Hessen Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren. Wir treten dafür ein, asylrechtliche Entscheidungen zügig und anhand klarer Kriterien abzuwägen und umzusetzen. Hessen bekennt sich zu den Grundsätzen der EU-Rückführungsrichtlinie.

Wir werden die aufschiebende Wirkung von Petitionen nach dem bisherigen Verfahren auch weiterhin gewährleisten. Dabei wollen wir den Rechtsgedanken des §6a Abs. 2 und 3 des Härtefallkommissionengesetzes aufgreifen. Somit sollen bei Personen, die entweder in den letzten drei Jahren wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten oder einer Geldstrafe von mindestens 180 Tagessätzen verurteilt worden sind, Petitionen in der Regel keine aufschiebende Wirkung entfalten. Dabei bleiben ausländerrechtliche Aufenthaltsverstöße unberücksichtigt. Über Ausnahmen berät die Vorprüfungskommission des Petitionsausschusses.

Für Fälle, in denen eine Ausreisepflicht zu unverträglichen Härten führt, kann auch weiterhin die Härtefallkommission angerufen werden. Dies ist ein humanitärer Beitrag für Lösungen, in denen die Anwendung ausländerrechtlicher Vorschriften zu Ergebnissen führen würde, die der Gesetzgeber erkennbar nicht gewollt hat. Die Hürden zur Annahme des Vorliegens eines Härtefalls sind gegenwärtig hoch. Wir wollen das Zwei-Drittel-Quorum und für einzelne Ausnahmefälle die Voraussetzung der Sicherung des Lebensunterhalts abschaffen.

Abgeschobene sollen darüber hinaus in begründeten Fällen auch ein Handgeld erhalten, um ihnen die ersten Schritte am neuen Aufenthaltsort zu erleichtern.

Um weiterhin zu gewährleisten, dass insbesondere weibliche Abschiebegefangene und Strafgefangene separat untergebracht werden, streben wir eine Kooperation mit anderen Bundesländern an.

Wir anerkennen die Arbeit und Projekte der von den evangelischen und der katholischen Kirche am Frankfurter Flughafen betriebenen Abschiebebeobachtungsstelle.

Auf Bundesebene werden wir folgende Vorhaben unterstützen: Die Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, den Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber und Geduldete nach drei Monaten und Maßnahmen zum frühen Erwerb der deutschen Sprache für diese Personengruppe, die Lockerung der räumlichen Beschränkung (sogenannte Residenzpflicht) auf das gesamte jeweilige Bundesland sowie die Möglichkeit für Vereinbarungen über eine länderübergreifenden Bewegungsfreiheit.

J. Mobilität stärken – Vernetzt denken

Als Land in der Mitte Deutschlands und Europas ist Mobilität eines der zentralen Zukunftsthemen für Hessen. Mobilität als Transport von Menschen und Gütern muss auch in Zukunft bestmöglich ausgestaltet werden – zum Nutzen der Menschen wie der Wirtschaft in unserem Land. Hierbei wollen wir die jeweiligen, auch lokal unterschiedlichen, Stärken der verschiedenen Verkehrsarten zielgerichtet unterstützen, vorhandene Ressourcen bestmöglich nutzen und für die Zukunft schonen. Verkehrsmittel und Verkehrsangebote wollen wir weiter verknüpfen, ein günstiges Klima für verkehrsträgerübergreifende Mobilitätsprodukte schaffen und so zunehmend intermodale Verkehrsmittelwahl ermöglichen.

I. Nachhaltig mobil: Schiene, Wasser und Rad

Schienenverkehr

Schienenverkehr ist eine wesentliche klimafreundliche Alternative zum Straßenverkehr, die wir nach allen Kräften fördern wollen. Ziel der Landesregierung ist es, die Nutzerfreundlichkeit und Attraktivität des Schienenverkehrs zu erhöhen.

Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass die Ausbau- und Neubaustrecke Frankfurt-Fulda einschließlich Knoten Hanau hohe Priorität besitzt und eine Aufteilung des Vorhabens in zwei Bestandteile (Hanau-Gelnhausen und Gelnhausen-Fulda) im Hinblick auf die zeitnahe Umsetzbarkeit sinnvoll ist.

Die ICE-Schnellfahrstrecke Frankfurt - Mannheim mit einem ICE-Halt in Darmstadt ist für den Anschluss des südhessischen Raums an den überregionalen Fernverkehr von hoher Bedeutung. Die neue Landesregierung will daher mit den Beteiligten schnellstmöglich zu einer gemeinsamen Lösung kommen.

Beide Parteien sind sich darin einig, dass die Bedeutung der Region Frankfurt Rhein/Main für den Straßen- und Schienenverkehr in Deutschland auf Bundesebene keine ausreichende Würdigung erfährt. Ein Beispiel hierfür ist die Umsetzung des Programms „Frankfurt RheinMain plus“. Die neue Hessische Landesregierung wird sich vor diesem Hintergrund auf Bundesebene für verstärkte Infrastrukturinvestitionen in Hessen einsetzen.

Wir werden mit der Deutsche Bahn AG und dem Eisenbahn-Bundesamt in Dialog treten, mit dem Ziel einer deutlichen Beschleunigung bei Bestellung und Zulassung von Schienenfahrzeugen und einer Kapazitätssteigerung der Bahnstrecken.

Einigkeit besteht zudem hinsichtlich der folgenden Maßnahmen:

- viergleisiger Neu- und Ausbau der nordmainischen Strecke Frankfurt/Main-Maintal-Hanau
- S-Bahn Rhein-Main, viergleisiger Ausbau Frankfurt (West)-Bad Vilbel-Friedberg (1. und 2. Bauabschnitt)
- Regionaltangente West: Das Land ist bereit in der Planungsgesellschaft mitzuwirken, allerdings ohne Finanzbeteiligung
- S-Bahnanschluss „Gateway Gardens“
- Fortsetzung der Arbeiten für eine Reaktivierung der Strecke Korbach – Frankenberg

- Fortführung des Bahnhofsmodernisierungsprogrammes gemäß bestehender Rahmenvereinbarung des Landes mit Deutsche Bahn AG, RMV, und weiteren Partnern
- Bei vorliegendem Bedarf unter Nutzen-Kosten-Aspekten sollen Initiativen zur Reaktivierung von Bahnstrecken unterstützt werden

Radverkehr

Das sich ändernde Mobilitätsverhalten der Bevölkerung (Nahmobilität zu Fuß und mit dem Rad) wollen wir unterstützen. Auch mit Blick auf den demografischen Wandel kommen hierbei der Barrierefreiheit und der Verkehrssicherheit wachsende Bedeutung zu. Die Qualität von Aufenthalt und Fortbewegung im öffentlichen Raum ist ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität in unserem Land. Unser Ziel ist es, den Anteil des Radverkehrs bis zum Jahr 2020 deutlich zu erhöhen.

Wir wollen die Kommunen in ihrer Arbeit durch Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH)“ besser begleiten und den interkommunalen Austausch fördern. In der AGNH sollen Kommunen mitwirken, die sich gemeinsam folgenden Zielsetzungen verpflichtet fühlen: Stärkung der Nahmobilität zu Fuß und mit dem Rad, Förderung der Barrierefreiheit insbesondere für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen, zielgerichtete Verkehrssicherheitsarbeit für „schwächere“ Verkehrsteilnehmende.

Wasserstraßen

Wir möchten, dass die Bundeswasserstraßen in Hessen in der Verantwortung des Bundes verbleiben. Aus ökologischen Gründen ist es sinnvoll, Konzepte zusammen mit dem Bund zu entwickeln, um mehr Güter auf die Wasserstraßen zu verlagern.

II. Öffentlichen Personen-Nahverkehr sichern

Wir werden die GVFG-Mittel in einem zu erlassenden GVFG-Gesetz auf Landesebene zugunsten des ÖPNV gleichgewichtig zum kommunalen Straßenbau umverteilen.

Mit dem Ziel eines fahrgastfreundlichen und zuverlässigen ÖPNV werden wir uns für die hessenweite Einführung eines regelmäßigen transparenten Systems von Taktfahrplänen, dem „Hessentakt“, einsetzen.

Wir begrüßen die Anstrengungen z.B. des RMV, das elektronische Ticket für den Nahverkehr einzuführen, für weitere Partner und Verkehrsangebote zu öffnen und zu einer Mobilitätskarte fortzuentwickeln, mit der verkehrsträgerübergreifende Dienstleistungen und Angebote individuell und intelligent genutzt werden können.

Wir werden gemeinsam mit der Deutsche Bahn AG und den Verkehrsverbänden prüfen, wie die intermodale Nutzung von Schienenverkehrsmitteln als Teil einer Wegekette weiter gefördert werden kann (Park+Ride, Bike+Ride).

ÖPNV-Finanzierung

Politik für eine moderne Infrastruktur braucht Kontinuität und Verlässlichkeit in der Planung und Mittelzuweisung. Deshalb steht es für beide Parteien außer Frage, dass der Bund den ÖPNV mit einem hinreichenden Finanzbeitrag auf hohem Niveau fördern muss. Bei der gegenwärtigen Finanzierung des Bundes besteht ein Defizit, welches durch Effizienzgewinne bei den Verbänden allein vermutlich nicht geschlossen werden kann.

Die neue Hessische Landesregierung setzt sich nachdrücklich für eine angemessene Finanzierung durch Bundesmittel auch über das Jahr 2019 hinaus ein. Das Land will die Zweckbindung hierfür beibehalten.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Entflechtungsmittel (Landesmittel nach dem bisherigen GVFG) für die gesetzlichen Zwecke des ÖPNV und des kommunalen Straßenbaus gebunden werden. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Fortführung der Entflechtungsmittel über das Jahr 2019 hinaus ein. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass die entsprechenden Bundesfördermittel (GVFG-Bundesprogramm) über das Jahr 2019 hinaus beibehalten werden.

Bei der anstehenden Revision der Regionalisierungsmittel im Jahr 2014 wird sich das Land Hessen dafür einsetzen, dass die derzeitige Dynamisierung von 1,5 auf 2,5 Prozent erhöht wird. Gleichzeitig wird sich das Land Hessen in der Bund-Länder-Finanzkommission für eine Anschlussfinanzierung ab 2019 einsetzen. Wir werden prüfen, ob der Unterfinanzierung des ÖPNV mit einer Kofinanzierung des Landes entgegenwirkt werden kann.

ÖPNV im ländlichen Raum

Den Mobilitätsbedarf des ländlichen Raumes zu decken, ist aufgrund der niedrigeren Passagierzahlen und der im Vergleich zum städtischen Ballungsraum größeren Strecken eine besondere Herausforderung. Deshalb werden wir Initiativen zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Land (Mitfahr- und Carsharing-Zentralen sowie Park-and-Ride-Systeme, Ausbau differenzierter Bussysteme wie Anrufsammeltaxen, Bürger-, Nacht- und Regiobusse) unterstützen.

Schülerticket

Die Koalitionspartner prüfen die Einführung eines hessenweiten Schülertickets. Das Schülerticket soll das ganze Jahr über eine einfache Nutzung von Bussen und Bahnen für Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zur Schule, aber auch im Freizeitverkehr, gewährleisten. Dafür soll geprüft werden, welche Mittel zurzeit für die Schülerbeförderung von den Kommunen und dem Land Hessen ausgegeben werden. Nach dieser Überprüfung soll entschieden werden, ob eine Änderung des Schulgesetzes für den Bereich Schülerbeförderung auf den Weg gebracht wird und für welchen Preis ein Schülerticket für alle Schülerinnen und Schüler bis maximal zum Ende der Sekundarstufe II eingeführt werden kann.

Jobticket

Ebenso werden wir erneut prüfen, ob unter Beteiligung der Verkehrsverbände ein Jobticket für Landesbeschäftigte eingeführt wird.

III. Mobiles Hessen 2020

E-Mobilität, z. B. durch Fahrräder mit Elektroantrieb oder Pkw und Nahverkehrsbusse mit Elektroantrieb, ist insbesondere in dichtbesiedelten Bereichen eine Möglichkeit, Verkehrslärm und Schadstoffe zu reduzieren. In großstädtischen Bereichen kann auch die Verteilung von Waren mit elektrogetriebenen Fahrzeugen sowie die Nutzung von Elektrofahrzeugen durch Berufspendlerinnen und -pendler zur Verbesserung der Situation beitragen.

Wir werden zusammen mit den hessischen Stromversorgern ein Projekt zur Einrichtung eines flächendeckenden Netzes von Stromtankstellen starten. Außerdem setzen wir die hessischen Wasserstoff- und Brennstoffinitiativen fort.

Die Landesregierung wird weiterhin Konzepte, Modelle und Projekte zur Weiterentwicklung der Elektromobilität unterstützen. Ergänzend wird die Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Initiative Hessen e. V. (H2BZ) weitergeführt.

Carsharing

Autos sind vielfach für die Mobilität unverzichtbar, wir wollen sie in Zukunft effizienter nutzen. Aus diesem Grund wird die Landesregierung das „Carsharing“ fördern. In einem ersten Schritt soll geprüft werden, auf welchen Landesliegenschaften entsprechende Stellplätze ausgewiesen werden können. Wir unterstützen die Bundesregierung darin, über eine Änderung des Straßenverkehrsrechts die Möglichkeit zu eröffnen, dass Kommunen Parkplätze rechtssicher für „Carsharing“-Autos und Elektroautos ausweisen können.

Mobiles Hessen 2020

Das Landesprogramm "Staufreies Hessen 2015" werden wir zum Programm „Mobiles Hessen 2020“ weiterentwickeln: Neben Infrastruktur- und Verkehrsmanagementmaßnahmen im Straßennetz wird als dritte Säule verkehrsträgerübergreifend betriebliches Mobilitätsmanagement etabliert. Mobilitätsmanagement soll insbesondere dort institutionalisiert werden, wo arbeitsplatzintensive Wirtschaftsstandorte entsprechende Potenziale zur effizienteren Verteilung der erzeugten Verkehre im Tagesverlauf wie im Kontext der Verkehrsmittelwahl versprechen. Auch die für die Unternehmen wichtige Erreichbarkeit für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Güter am jeweiligen Standort birgt weitere Potenziale für die Wirtschaft. Ziel ist es, den Erfolg einzelner lokaler Projekte (z.B. "Südhessen effizient mobil" der ivm GmbH, der IHK und der Stadt Darmstadt) landesweit möglich zu machen. Die unterschiedlichen Akteure wollen wir dabei unterstützen, Mobilitätsmanagement nachhaltig zu etablieren und als Aufgabe anzunehmen. Neben den primär lokalen Akteuren (Kommunen, lokale Nahverkehrsgesellschaften, IHKen) gilt dies auch für Hessen mobil und die Verkehrsverbände NVV und RMV.

IV. Autobahnen und Straßen

Beim Landesstraßenbau gilt der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“. Für mögliche Neubaumaßnahmen wird ein Kriterienkatalog erstellt, aus dem eine Prioritätenliste ableitbar ist. Aufgrund des hohen Bedarfs wird in den nächsten fünf Jahren der deutlich überwiegende Teil der Mittel für den Straßenbau für Erhalt und Sanierung gebunden. Der Bau von Ortsumgehungen soll vor allem mit der Maßgabe des Lärmschutzes fortgesetzt werden.

Die vor einigen Jahren erfolgte Umstrukturierung der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung wird evaluiert.

Bezüglich des Bundesverkehrswegeplans ist das gemeinsame Ziel die Priorisierung von durchführbaren Verkehrsprojekten und damit einhergehend eine Konzentration für Planungs- und Genehmigungsaufwand auf Vorhaben mit einer zeitnahen Umsetzungsperspektive. Dazu erstellt die Hessische Landesregierung einen Kriterienkatalog zur Überprüfung der zum Bundesverkehrswegeplan angemeldeten Maßnahmen, bei dem der verkehrliche Nutzen, die Zustimmung der betroffenen Kommunen, der Planungs- und Genehmigungsfortschritt, die Finanzierbarkeit sowie die zeitnahe Realisierbarkeit berücksichtigt werden. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass bei zukünftigen Straßenbaumaßnahmen, sei es bei Autobahnen, Bundesstraßen oder Landesstraßen, Prioritäten nach zu definierenden Kriterien gesetzt werden müssen.

Bundesautobahn A 44

Die Koalitionspartner stellen fest, dass ungeachtet ihrer unterschiedlichen Positionen zum Ausbau der A 44 das Projekt weit fortgeschritten ist. Der Bund hat eine Zusage für die Finanzierung des gesamten Projekts abgegeben, sieben Abschnitte sind rechtskräftig planfestgestellt, im Bau bzw. fertiggestellt, drei Abschnitte planfestgestellt, allerdings teilweise beklagt und ein Abschnitt befindet sich im Planfeststellungsverfahren.

Der Weiterbau der A 44 wird deshalb in den rechtskräftig planfestgestellten Abschnitten zeitnah umgesetzt. Es ist darauf zu achten, dass kein zusätzlicher Verkehr in die Ortslagen gelenkt wird, sondern diese auch in der Realisierungsphase abschnittsweise vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Für die beklagten Planungsabschnitte sind eventuelle Erkenntnisse aus den Gerichtsverfahren in die aktuelle Planung mit einzubeziehen.

Für den noch offenen Planungsabschnitt zwischen der A 7 bis zur AS Helsa/Ost (VKE 11) soll die landschaftsschonendste und umweltverträglichste Variante geprüft werden, die die Menschen in den Anrainergemeinden möglichst wenig belastet. Bei der Klärung offener Fragen beim derzeitigen Planungsstand sind die betroffenen Kommunen einzubeziehen. Bei der Realisierung der baureifen Abschnitte und der darauf folgenden Fertigstellung ist auf einen wirksamen Lärmschutz zu achten.

Bundesautobahn A 49

Die Koalitionspartner stellen fest, dass der Abschnitt VKE 20 (Neuental/Schwalmstadt) planfestgestellt und bereits im Bau ist und deswegen fertig gestellt wird. Des Weiteren sind für die beiden Abschnitte VKE 30 und VKE 40 Planfeststellungsbeschlüsse erlassen worden. Gegen den Planfeststellungsbeschluss von VKE 40 sind Klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht erhoben. Die Koalitionspartner halten es vor einem Weiterbau für erforderlich, dass die beiden Abschnitte VKE 30 und VKE 40 rechtsverbindlich planfestgestellt sind und die Finanzierung vollständig gesichert ist. Die Parteien vereinbaren für die südlich des Abschnitts VKE 20 gelegenen Strecken Maßnahmen zur Reduzierung bzw. Verhinderung von Ausweich-/ Schwerlastverkehr.

Riederwaldtunnel (A 66/661)

Der Weiterbau des Riederwaldtunnels schließt eine Verbesserung des Lärmschutzes im Bereich des Autobahndreiecks Riederwald und des auszubauenden Abschnitts der A 661 ein. Auf den Bau des Alleentunnels wird verzichtet.

Neubau „Olpe-Hattenbach“ (A 4)

Der Bau der A 4 von Olpe nach Hattenbach wird nicht weiter verfolgt. Die im Bundesverkehrswegeplan angemeldeten Bundesstraßen in diesem Bereich (Ortsumgehungen) sollen priorisiert werden.

V. Straßen- und Schienenlärm reduzieren

Verkehrslärm beeinträchtigt das Wohlbefinden und die Gesundheit von Menschen. Da Lärm verkehrsmittelübergreifend (kumuliert von Straße und Schiene) die Menschen in Hessen zunehmend belastet, werden wir einen Schwerpunkt in der Lärmvermeidung und -reduzierung setzen. Wir werden uns deshalb neben eigenen Anstrengungen auch auf Bundesebene für Regelungen für verkehrsträgerübergreifenden Lärmschutz an Bundesfernstraßen und Bundesschienenwegen sowie für die Ergänzung der 16. Bundes-Immissionsschutzverordnung und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes einsetzen. Ziel ist es dabei, ein Spitzenwertkriterium (die sogenannte „Aufwachreaktion“) bei der

Betrachtung des Nachtzeitraumes festzulegen.

Wir unterstützen zudem das Ziel der Bundesregierung, den Schienenlärm bis 2020 deutschlandweit zu halbieren und fordern die schnellstmögliche Umrüstung auf leise Güterzüge.

Wir wollen gemeinsam die rechtlichen Spielräume beim Lärmschutz entlang von Verkehrswegen zukünftig ausnutzen.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass der Lärmschutz an Autobahnen und vierspurigen Schnellstraßen, die sich in der Nähe einer Wohnbebauung befinden, insgesamt verbessert werden muss. Wir respektieren die Entscheidungen der Kommunen über Geschwindigkeitsbegrenzungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, um mehr Verkehrssicherheit und Lärmschutz zu erzielen.

Schutz vor Bahnlärm im Mittelrheintal

Ziel beider Parteien ist eine Entlastung im Mittelrheintal. Die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz haben gemeinsam im Jahr 2010 ein 10-Punkte Programm „Leises Mittelrheintal“ auf den Weg gebracht, in dem die wichtigsten Maßnahmen zusammengefasst sind, die zu einer Entlastung der Lärmproblematik an den Bahnstrecken im Rheintal beitragen sollen. Dieses Programm wird durch die Hessische Landesregierung weiter fortgeführt. Wir setzen uns für eine Alternativstrecke für den Schienengüterverkehr im Mittelrheintal auf Grundlage der Korridorstudie ein. Städte und Gemeinden sollen bei der Aufstellung von Lärmaktionsplänen unterstützt werden, indem wir ihnen die Möglichkeiten für lärmindernde Maßnahmen im Verkehr aufzeigen.

Wir werden uns beim Bund und bei der Deutsche Bahn AG intensiv dafür einsetzen, dass sie sich an Maßnahmen zur Reduzierung des Bahnlärms im Mittelrheintal maßgeblich beteiligen. In der mittel- und langfristigen Perspektive sollen hierzu die Ergebnisse der seitens des Bundesverkehrsministeriums in Auftrag gegebenen „Korridorstudie“ abgewartet und nach Vorlage zeitnah geprüft werden. Zur möglichst baldigen Entlastung sollen die derzeitigen technischen Optionen bei der Lärmreduzierung soweit wie möglich zum Einsatz kommen. Hierzu gehören u.a. die Umrüstung auf LL-Sohlen und Verbesserungen am Gleisbett. Beide Parteien unterstützen die seitens der neuen Bundesregierung geplante Initiative auf europäischer Ebene für ein ab dem Jahr 2020 zu erlassendes EU-weites Einsatzverbot für laute Güterwagen sowie für ein EU-Programm zur Förderung der Umrüstung lauter Güterwagen. Zur möglichst baldigen Entlastung sollen zusammen mit dem Bund weitere Konzepte entwickelt werden, um den Güterverkehr auf die Bundeswasserstraßen zu verlagern. Diese Maßnahmen sollen auch an anderen hochbelasteten Strecken des Güterverkehrs in Hessen umgesetzt werden. Zur Förderung der Verknüpfung von Lkw und Schiene (kombinierter Verkehr) wird das Gleisanschlussprogramm für Unternehmen erneut aufgelegt.

VI. Flughäfen und Lärmschutz

Der Flughafen Frankfurt hat nicht nur als Standortfaktor und für die dortigen Arbeitsplätze eine große wirtschaftliche Bedeutung weit über das Rhein-Main-Gebiet und Hessen hinaus. Deshalb wollen die Koalitionspartner, dass er auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt. Er liegt allerdings in einer sehr dicht besiedelten Region, so dass sein Betrieb auch mit erheblichen Belastungen für seine Umgebung verbunden ist; demgemäß kann die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens nicht alleiniger Maßstab der Politik sein. Diese Feststellungen sind übereinstimmende Grundlage beider Koalitionspartner für eine gemeinsam zu verantwortende Flughafenpolitik, die ungeachtet dessen von grundsätzlich unterschiedlichen Positionen zur Frage des Flughafenausbaus ausgehen.

Der Planfeststellungsbeschluss (PFB) vom Dezember 2007 und seine weitgehende Bestätigung durch das Bundesverwaltungsgericht ist die Grundlage aller weiteren Überlegungen. Inwieweit noch anhängige Streitverfahren die Situation gegebenenfalls rechtlich oder tatsächlich verändern werden, bleibt abzuwarten. In dieser Situation ist es vorrangiges Ziel der Landespolitik, die mit dem Betrieb des Flughafens einhergehenden Belastungen für Mensch und Umwelt in einem höchstmöglichen Maß rasch wirksam zu verringern. Dabei haben Maßnahmen zum aktiven Schallschutz gegenüber passiven Schallschutzmaßnahmen eine eindeutige Priorität.

Terminal 3

Angesichts eines Investitionsvolumens von über zwei Milliarden Euro, der damit verbundenen erheblichen ökonomischen Herausforderungen für die Fraport AG und der vorhandenen Sorgen über die Auswirkungen des geplanten Baus eines dritten Terminals auf die Rhein-Main-Region halten die Koalitionspartner eine Bedarfsprüfung des Bauvorhabens für erforderlich. Vor diesem Hintergrund spricht sich das Land Hessen als Miteigentümer der Fraport dafür aus, auf möglicherweise steigende Fluggastzahlen solange wie möglich mit ökonomisch vertretbaren und für die Region verträglicheren Alternativen zum Bau des Terminals 3 zu reagieren. In Verhandlungen mit der Stadt Frankfurt als dem zweitgrößten Anteilseigner der Fraport AG werden die Koalitionspartner darauf hinwirken, dass diese Zielsetzung auch im gemeinsamen Konsortialvertrag festgeschrieben wird.

Nachtruhe

Im Interesse der Menschen im Rhein-Main-Gebiet und der Akzeptanz der weiteren ökonomischen Entwicklung des Flughafens halten es die Koalitionspartner für geboten, weitere Maßnahmen zur Begrenzung der Fluglärmbelastung zu ergreifen. Dazu gehören insbesondere Entlastungen in den Stunden von 22 bis 23 Uhr und 5 bis 6 Uhr. Ziel ist es, regelmäßig zu Lärmpausen von sieben Stunden in der Nacht zu kommen. Die Koalitionspartner halten dies durch den abwechselnden Verzicht auf die Nutzung einzelner Bahnen in den genannten Zeiten für möglich und wollen dies gemeinsam mit der Fraport und der DFS so schnell wie möglich realisieren. Die Koalitionspartner werden unverzüglich entsprechende Initiativen ergreifen. Für den Fall, dass dieses Ziel (siebenstündige Nutzungspausen) nicht in angemessener Zeit erreicht wird, behalten sich die Partner Initiativen für eine entsprechende Planänderung bzw. modifizierte Betriebsgenehmigung vor.

Lärmobergrenze

Entsprechend der Empfehlungen der Mediation wird vereinbart, eine Lärmobergrenze für den Flughafen Frankfurt einzuführen. Ziel ist es, eine deutliche Lärmreduzierung gegenüber den im Planfeststellungsbeschluss prognostizierten Werten zu erreichen. Die Koalitionspartner werden die in der Vergangenheit zwischen dem Land, der Fraport AG, dem „Forum Flughafen und Region“ sowie anderen Beteiligten in der „Allianz für Lärmschutz“ beschlossenen 19 Punkte zur Verminderung des Fluglärms in der Region weiter entschlossen umsetzen.

Wir werden uns auf Bundesebene für eine stärkere Beteiligung der Betroffenen und die Verbesserung der Transparenz bei der Planung von Flugrouten durch die Deutsche Flugsicherung einsetzen. Die Fluglärmkommission werden wir stärken.

Wir streben eine rechtliche Verankerung für eine stärkere und frühere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Planung von Flugrouten an. Dies darf nicht zu Verzögerungen der Maßnahmen zur Lärminderung führen.

Wir werden unverzüglich Maßnahmen zur Verhinderung von Schadensfällen, insbesondere im Hinblick auf die mögliche Gefahr von Wirbelschleppen anstoßen.

Wir streben einen Lastenausgleich für besonders vom Fluglärm betroffene Kommunen an. Dies soll durch eine Fortführung des vom Land eingerichteten Regionalfonds in der Säule „Nachhaltige Kommunalentwicklung“ oder andere Maßnahmen geschehen. In diesem Zusammenhang werden Aufgaben und Rahmen der „Stiftung Flughafen und Region“ überprüft. Wir streben an, dass sich auch die Stadt Frankfurt ebenso wie bereits das Land an der Finanzierung beteiligt.

Es wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Ausschöpfung der rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Spreizung lärmabhängiger Start- und Landeentgelte erfolgen. Das Lärmmonitoring werden wir stetig verbessern. Die Messdaten sollen der Öffentlichkeit vereinfacht zugänglich gemacht werden.

Wir werden die Einhaltung der Auflagen des Planfeststellungsbeschlusses konsequent überwachen und bei Zuwiderhandlung, beispielsweise bei verbotener Einsatz von Gegenschub, mit einem Bußgeld belegen.

Beim zuständigen Ministerium wollen wir eine Stabsstelle Fluglärmreduzierung schaffen.

Wir wollen das Forum Flughafen und Region (FFR) mit seinem Informationsangebot weiterentwickeln und zu einer Stätte des direkten Dialogs machen, in die sich Luftverkehrswirtschaft und Kommunen ebenso wie Lärmbetroffene (aus FFR-Gemeinden) einbringen und an der Gestaltung des Austauschs mitwirken können. Die gemeinnützige Umwelthaus GmbH, Trägerin des Umwelt- und Nachbarschaftshauses Kelsterbach (UNH) wird organisatorisch klarer strukturiert, das UNH selbst in seinen Fachkompetenzen, insbesondere in Fragen der Evaluation von Flugrouten und Flugverfahren, deutlich gestärkt.

Wir werden uns für eine Beschleunigung der Entscheidungsfindungs- und Genehmigungsprozesse bei der Festlegung lärmärmerer Flugrouten durch die nationalen Behörden Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF), Deutsche Flugsicherung (DFS) und Umweltbundesamt (UBA) einsetzen.

Wir wollen eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des Luftverkehrsgesetzes betreiben, damit der Lärmschutz auch für zuständige Bundesbehörden (insbesondere die DFS) zu einer prioritären Aufgabe wird.

Die Landesregierung hält die NORAH-Studie weiterhin für geboten und sinnvoll. Nach vollständiger Fertigstellung wird sie unverzüglich veröffentlicht und ein breiter Dialogprozess mit Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft begonnen. Die Landesregierung wird das Ergebnis der Studie würdigen und Konsequenzen ziehen.

Wir werden uns für eine deutlich schnellere und unbürokratischere Abwicklung der Anträge zum passiven Schallschutz einsetzen.

DFS und BAF sind aufgefordert, die Umsetzung des Urteils zur Südumfliegung im Rahmen des Lärmschutzkonzepts der Planfeststellung vorzunehmen.

Die Landesregierung wird darauf hinwirken, dass Luftverkehrswirtschaft und Deutsche Bahn AG die Weiterentwicklung des „AirRail-Konzepts“ mit Nachdruck vorantreiben. Dadurch werden die Anbindung des Flughafens Frankfurt an die Schiene gestärkt und die Leistungsfähigkeit der Vernetzung verbessert, um insbesondere die Verlagerung von Flugbewegungen auf die Schiene bei Kurzstreckenflügen zu fördern.

Bodenverkehrsdienste

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass eine grundsätzliche Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch das Auftreten von Billiganbietern zu Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen und Arbeitslöhnen, zu hoher Personalfuktuation und damit zugleich zu erheblichen Beeinträchtigungen der Präzision der Abläufe und der Sicherheitslage an den Flughäfen führen würde. Wir sind der Auffassung, dass in einem so zentralen Kernbereich eines Flughafens wie den Bodenverkehrsdiensten Sicherheit und Qualität nicht verhandelbar sind.

Flughafen Kassel-Calden

Die Koalitionspartner vertreten zur Notwendigkeit des abgeschlossenen Neubaus des Flughafens Kassel-Calden gegensätzliche Positionen, an denen sie auch jeweils festhalten. Unbeschadet dessen vereinbaren sie folgende Eckpunkte zum künftigen Umgang mit der Landesbeteiligung an dem Flughafen:

Wir werden mit der nordhessischen Wirtschaft mit dem Ziel in Gespräche eintreten, eine Beteiligung an den wirtschaftlichen Chancen und Risiken des Flughafens zu erreichen.

Wir werden mit den Mitgesellschaftern mit dem Ziel verhandeln, eine angemessene Kostenbeteiligung an den bisher vom Land allein getragenen sogenannten Gemeinwohlgkosten (z.B. Flughafen- und Luftsicherheitskosten, Kosten der Feuerwehr) zu erreichen.

Zur Entwicklung des alten Flugplatzgeländes soll eine eigenständige Gesellschaft gegründet werden, an der die bisherigen Gesellschafter der Flughafen Kassel GmbH (FKG) beteiligt werden. Das Ziel ist, dass von den wirtschaftlichen Chancen dieses neuen Gewerbegebiets alle Gesellschafter profitieren.

Zu prüfen ist sowohl eine Beteiligung privater Gesellschafter an der FKG als auch eine komplette Privatisierung der FKG.

Das Land erwartet unabhängig davon von der FKG die sofortige Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung des Betriebsdefizits, das gemäß dem Gesellschaftsvertrag zu 68 Prozent vom Land zu tragen ist. Dazu werden alle Ausgabenbereiche auf ihre Angemessenheit insbesondere auch in Relation zur jeweils aktuellen Nutzung des Flughafens erneut untersucht, um bereits im Jahr 2014 das erwartete Betriebsdefizit von 8,1 Millionen Euro auf keinen Fall zu überschreiten, sondern nach Möglichkeit bereits zu reduzieren. Ausgehend vom ersten vollen Betriebsjahr 2014 muss die FKG in den Folgejahren sicherstellen, dass der vom Land zu tragende Verlustausgleich Jahr für Jahr um mindestens 10 Prozent des Ausgleichs des Jahres 2014 sinkt. Dies kann sowohl durch Erlössteigerungen und Einsparungen als auch durch höhere Beteiligungen der Mitgesellschafter oder privater Dritter geschehen.

Im Jahr 2017 wird die Entwicklung des Flughafens seit seiner Inbetriebnahme umfassend evaluiert. Dabei wird nicht nur die Erreichung der vorgenannten Ziele zur Reduzierung des Defizits, sondern die dann absehbare Entwicklungsperspektive des Flughafens kritisch überprüft. Sollte diese Evaluierung nicht zu einem positiven Ergebnis kommen, wird ausdrücklich keine mögliche Maßnahme ausgeschlossen.

VII. Mobilität durch Breitbandausbau

Die Versorgung mit leistungsstarken Breitbandzugängen (mind. 50 MBit/s) ist im 21. Jahrhundert Teil der Daseinsvorsorge. Eine flächendeckende Versorgung mit Zugängen zu Hochgeschwindigkeitsdatennetzen ist daher ein wichtiges Anliegen der Landesregierung.

Um den Ausbau insbesondere im ländlichen Raum zu beschleunigen, werden wir Kooperationsmodelle mit Telekommunikationsbetreibern fördern. Hierzu werden wir das derzeitige Darlehensprogramm fortführen und weiterentwickeln. Zur weiteren Beschleunigung werden die Breitbandaktivitäten der Kommunen in den Ausnahmekatalog der Hessischen Gemeindeordnung (§ 121 Absatz 2 HGO) aufgenommen.

Der diskriminierungsfreie Zugang verschiedener Anbieter zu allen Netzen muss gewährleistet sein. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, die Öffnung öffentlicher WLAN-Netzwerke rechtssicher zu gewährleisten.

K. Moderne Hochschulen – Innovative Forschung

Wissenschaft und Forschung in Hessen sind der Motor für Innovation und damit für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Forschung und wissenschaftliche Bildung sind die Grundlage für die ständige Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, zum Nutzen aller. Hier werden ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Fragestellungen aufgeworfen und an ihrer Lösung geforscht. Nur die kontinuierliche Investition in den Ausbau unseres Vorsprungs in Wissenschaft und Forschung sichert uns im Wettstreit um die klügsten Köpfe sowie als Wirtschaftsstandort unseren Platz in der Welt, gibt jungen Menschen Perspektiven und macht Hessen zu einem Land, in dem die Menschen gerne leben.

I. Investitionen in die Zukunft

Das hohe Niveau von Forschung und Lehre an den Hochschulen in Hessen werden wir halten und ausbauen. Große wirtschaftliche und wissenschaftliche Eigenständigkeit der Hochschulen, gepaart mit hohen Investitionen des Landes in deren bauliche, personelle und finanzielle Ausstattung, schaffen sowohl für Hochschulen als auch für Studierende die besten Voraussetzungen. Zu Recht stellen der Wissenschaftsrat, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Hochschulrektorenkonferenz fest, dass die Hochschulen das Organisationszentrum des deutschen Wissenschaftssystems sind. Damit sie ihren Aufgaben adäquat nachkommen können, bedürfen sie einer gesicherten und auskömmlichen Grundfinanzierung.

Die Hochschulen in Hessen brauchen Planungssicherheit. Land und Hochschule haben den Auftrag, die Landeshochschulentwicklungsplanung – aus unterschiedlichen Perspektiven heraus – gemeinsam zu betreiben. Den hier bereits begonnenen Prozess werden wir fortsetzen. Wir geben den Hochschulen Sicherheit, indem wir den Hessischen Hochschulpakt über das Jahr 2015 hinaus erneuern. Wir wollen ein verlässliches Grundbudget ermöglichen und werden die „Leistungsorientierte Mittelzuweisung“ (LOMZ) weiterentwickeln, denn sie schafft an den Hochschulen Anreize zu höherer Qualität.

Auf der Grundlage der Initiative der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Hochschulrektorenkonferenz, des Wissenschaftsrates und der Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften) werden wir als erstes deutsches Land den Hochschulen im Rahmen der Gespräche zum ab 2016 startenden neuen hessischen Hochschulpakt anbieten, einen Zuschlag zur Grundfinanzierung einzurichten, den wir über die Laufzeit des Paktes mit einem Prozent oberhalb der Inflation, maximal drei Prozent steigern werden.

Auf Bundesebene werden wir uns für die Verlängerung des Hochschulpaktes 2020 zwischen dem Bund und den Ländern einsetzen und uns an der Kofinanzierung mit Landesmitteln weiterhin beteiligen. Wir sind uns bewusst, dass die Zahl der Studierenden auch in den kommenden Jahren zunehmen wird und dementsprechend an den Hochschulen zusätzliche Studierende aufgenommen werden müssen.

Wir wollen uns auf Ebene der Bundespolitik auch dafür einzusetzen, dass für die Finanzierung der Hochschulmedizin in Hessen über Sondertatbestände zusätzliche Mittel des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Weitere Bundesmittel, die in den Hochschul- und den Wissenschaftsbereich fließen, sollen nicht an Bedingungen geknüpft werden und dürfen nicht zu einer Verringerung der Landesmittel führen. Diese Mittel sollen vorrangig zur Stärkung des Grundbudgets der Hochschulen verwendet werden.

Wir bekennen uns zur Vielfalt der hessischen Hochschullandschaft. Private Hochschulen stellen hierbei eine wichtige Ergänzung des staatlichen Hochschulangebotes dar. Ihre Förderung durch das Land Hessen im Rahmen der staatlichen Finanzhilfe muss nach einfachen, transparenten und

objektiven Kriterien erfolgen. Dieser Kriterienkatalog soll gemeinsam mit externen Partnern neu erarbeitet und anschließend umgesetzt werden. Eine privilegierte Förderung einzelner privater Hochschulen soll nicht erfolgen.

Auch in der neuen Legislaturperiode werden wir keine Studienbeiträge an hessischen Universitäten und Fachhochschulen erheben. Die Leistungen zur Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen werden fortgeführt.

Wir werden die hessischen Hochschulen bei der Bewerbung für Förderprogramme der EU aktiv unterstützen, insbesondere beim Forschungs- und Innovationsprogramm „HORIZON 2020“, das sich unter anderem an Forscherinnen und Forscher an Hochschulen, Forschungsorganisationen und in der Industrie richtet.

Bauprogramm HEUREKA

Zu den zentralen Rahmenbedingungen für Wissenschaft, Forschung und Lehre in Hessen gehört eine moderne Infrastruktur für unsere Hochschulen. Deshalb werden wir das Investitionsprogramm zur baulichen Modernisierung der Hochschulen (HEUREKA) über das Jahr 2020 hinaus mit einer langfristigen und berechenbaren Perspektive für die Hochschulen fortsetzen. Wir werden zunächst die laufende HEUREKA-Periode moderat um ein Jahr strecken. Im Gegenzug sagen wir den Hochschulen verteilt auf die folgenden fünf Jahre eine weitere Milliarde Euro für den Hochschulbau zu. Dabei sollen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz besonders berücksichtigt und etwaige zur Verfügung stehende Programme nach Möglichkeit für energetische Sanierung oder energieeffizientes Bauen genutzt werden.

Fachhochschulen

Ebenso wie die Universitäten sind auch die Fachhochschulen in Hessen fester Bestandteil der Wissenschaftslandschaft. Die Fachhochschulen des Landes haben sich in Verbindung mit exzellenten Schwerpunktsetzungen zu wettbewerbsfähigen Standorten entwickelt und bereichern durch ihre räumliche Verteilung das vielfältige Bildungsangebot in ganz Hessen. Von der Verzahnung von Forschung und Wirtschaft profitiert sowohl die Lehre als auch der Wirtschaftsstandort Hessen auf vielfältige Weise. Das Programm „Forschung für die Praxis“, welches die Forschung an den hessischen Fachhochschulen stärken soll, werden wir daher fortführen. Außerdem werden wir ein eigenständiges Promotionsrecht für forschungsstarke Bereiche hessischer Fachhochschulen etablieren, das im Rahmen hochschulübergreifender Zusammenarbeit verwirklicht werden soll. Das Konzept soll vom Wissenschaftsrat evaluiert werden. Das bislang bestehende kooperative Verfahren bleibt zusätzlich erhalten.

Darüber hinaus wollen wir die Einbindung der Verwaltungsfachhochschulen des Landes in das Wissenschaftssystem stärken.

II. Zugang zum Studium: Hürden abbauen

CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ist es ein wichtiges Anliegen, die Absolventenquote zu erhöhen. Zwei wesentliche Erfolgsfaktoren dafür sind die Gestaltung des Übergangs von Schule zu Hochschule einerseits sowie die der Studieneingangsphase andererseits. Wir werden auf die hessischen Hochschulen hinwirken, ihre hier schon ergriffenen Maßnahmen zu optimieren, bzw. neue Maßnahmen zu entwickeln. Gleiches gilt selbstverständlich auch für die weitere, studienphasenbezogene Begleitung der Studierenden, um einen vorzeitigen Studienabbruch zu verhindern. Darüber hinaus sollen die Hochschulen ihr Lehrangebot so organisieren, dass es den Studierenden grundsätzlich möglich ist, ihr Studium in der Regelstudienzeit abzuschließen.

Wir werden ein „Orientierungsstudium“, das ein Semester umfassen soll, als Modellversuch einrichten. Damit sollen Studierende in die Lage versetzt werden, die Auswahl ihres Studienfaches zu überprüfen und sich fachlich gegebenenfalls neu zu orientieren. Neben dem Modellversuch für ein allgemeines Orientierungsstudium an den Hochschulen wird an geeigneten Standorten zusätzlich ein solcher speziell für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) eingeführt.

Bei der Hochschulzulassung streben wir die Schaffung bestimmter Quoten für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler an, um ihnen die Vereinbarkeit von Studium und Sport zu erleichtern.

Wir werden bei den Hochschulen darauf hinwirken, den gesetzlich geregelten Meister-Zugang tatsächlich zu ermöglichen. Bei allen geeigneten beruflich Qualifizierten sollen etwaige Hürden abgebaut werden. Daher werden wir auch prüfen, ob im Rahmen landesrechtlicher Regelungen weitere Zugangserleichterungen für beruflich Qualifizierte ermöglicht werden können. Denn berufliche und akademische Bildung haben für uns den gleichen Stellenwert.

Das duale Studium in Hessen ist ein Erfolgsprojekt. Nach Feststellung des Wissenschaftsrates ist diese Form des Studiums ein dynamisch wachsender Studienbereich. Es ermöglicht eine zukunftssträchtige Verzahnung von beruflicher und akademischer Bildung sowie eine Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in der Region. Wir werden seinen weiteren Ausbau daher fördern.

Außerdem werden wir bei den Hochschulen darauf hinwirken, dass sie im Rahmen ihrer Budgets in Hessen bedarfsorientiert Kapazitäten für Masterstudierende zur Verfügung stellen.

Universitäre Ausbildung für Lehrer

Um die Qualität in der Lehrerausbildung auch zukünftig zu sichern, werden wir die universitäre Lehrerausbildung evaluieren. Das I. und II. Staatsexamen in der Lehrerausbildung werden wir beibehalten.

Wir werden weiterhin eine bedarfsgerechte Ausbildung von Islamlehrern und Islamlehrerinnen durch die hessischen Universitäten ermöglichen.

III. Moderne Hochschulen

Hochschulen sind nicht nur Entwicklungsmotoren für Wissenschaft und Lehre, sondern auch Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen wie Beteiligung, Transparenz sowie Familienfreundlichkeit und Internationalität. Deshalb wollen wir mit neuen Impulsen die Rahmenbedingungen für Studium und Arbeit an den Hochschulen den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen.

Verantwortung, Beteiligung und Transparenz

Bei der Weiterentwicklung des hessischen Hochschulrechtes messen wir den Aspekten von gemeinsamer Verantwortung, Beteiligung der Studierendenschaft und mehr Transparenz in Organisations- und Finanzfragen eine zentrale Bedeutung bei.

Wir sind uns einig, dass die Gesamtverantwortung der Hochschulorgane (Präsidium, Senat, Hochschulrat) für die gemeinsame Entwicklung der Hochschule gestärkt werden soll, insbesondere in den Bereichen der Entwicklungsplanung und bei Budgetfragen. Daher soll auch zur Wahl des Hochschulpräsidenten und der Vizepräsidenten eine von Hochschulrat und Senat paritätisch besetzte Findungskommission eingeführt werden, die mit qualifizierter Mehrheit einen Wahlvorschlag unterbreitet; bei den Vizepräsidenten liegt das Vorschlagsrecht beim Präsidenten. Die Funktion der Hochschulräte als wichtige Impulsgeber wollen wir weiterhin erhalten. Die Aufgaben und die Zusammenarbeit der Fachbereichsorgane und deren Zusammenwirken mit dem Präsidium werden wir

in die Evaluation einbeziehen.

Wir wollen ein Beschwerdesystem für Studierende zu Studienbedingungen als Teil des Qualitätsmanagements der Hochschulen verpflichtend einführen.

Außerdem soll das Studierendenparlament vor der Befassung des Senats im angemessenen zeitlichen Rahmen zu Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen (Rahmenordnungen) und zu den Prüfungsordnungen selbst angehört werden. Die Fachschaften werden zeitgleich zu sie betreffenden Prüfungsordnungen angehört.

Insgesamt wollen wir die Beteiligung der Studierenden bei Belangen, die deren Studienbedingungen betreffen, durch die Zustimmung der Fachschaftsräte zu insbesondere folgenden zwingenden Festlegungen des Fachbereichs stärken: Die zeitliche Verteilung und der Umfang des Lehrveranstaltungsangebots auf Grundlage der Prüfungsordnungen im Fachbereich, die ortsungebundene Lehre, Qualität und Evaluation der Lehre, die Mittelverwendung für die Lehre und insbesondere der QSL-Mittel sowie die Zulässigkeit einer Rücklagenbildung hieraus, die Höchstdauer der Korrekturfristen und Bearbeitungsfristen bei studienbezogenen Anträgen, Zeitpunkte der Fachstudienberatung und der Sprechstunden der Lehrenden sowie Programme internationaler Mobilität und das Angebot der Bibliotheken und EDV-Dienstleistungen für Studierende im Fachbereich.

Zudem werden wir den Schwerpunkt Transparenz in der Hochschule und in der Studierendenschaft gleichermaßen umsetzen, um die Information und die höhere Beteiligung der Studierenden zu stärken. Zusätzlich zu den bestehenden Regelungen werden die Studierendenschaften neben den Satzungen auch den Haushaltsplan, die Ernennungsurkunden für AStA-Mitglieder und die Höhe ihrer monatlichen Aufwandsentschädigung im Internet veröffentlichen und darüber dem Studierendenparlament berichten. Auch das Drittmittelsystem für Hochschulen wollen wir transparenter machen und werden die Frage der Transparenz bei Drittmitteln im Zuge der Novellierung des Hochschulgesetzes berücksichtigen. Hier wird auch das Berichtswesen der Hochschulen gegenüber dem Landtag überarbeitet. Ziel ist es, ein objektiviertes Berichtswesen einzuführen und die Berichterstattung gegenüber dem Landtag transparenter zu gestalten.

Modernes hessisches Hochschulrecht

Wir werden das Hessische Hochschulgesetz (HHG) über die derzeitige Geltungsfrist hinaus, längstens bis zum 31. Dezember 2015 verlängern, um im Jahr 2015 eine umfassende Neufassung vorzunehmen. Unmittelbar mit Beginn der neuen Wahlperiode werden wir dazu ein breites Evaluations- und Erörterungsverfahren beginnen.

Die erfolgreiche Umsetzung der Bologna-Reform, welche die europaweite Harmonisierung von Studienabschlüssen zum Ziel hat, ist ein zentrales Anliegen hessischer Hochschulpolitik. Durch vielfältige Maßnahmen der hessischen Hochschulen wie auch des Landes, etwa den gemeinsam entwickelten hessenspezifischen Regelungen zu den ländergemeinsamen Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz, wurde hier bereits viel bewegt. Gleichwohl gilt es, auch für die Zukunft Aktivitäten gezielt weiterzuentwickeln. Dies schließt die Erhöhung der Akzeptanz der gestuften Abschlüsse im öffentlichen Dienst ein. Ein zukunfts- und zielgerichteter Umgang mit den Anforderungen der Bologna-Reform wird daher auch ein Schwerpunkt der Evaluation im Rahmen der Reform des Hessischen Hochschulgesetzes sein. Dabei sollen teilweise noch bestehende Fehlentwicklungen (wie z.B. hoher Prüfungsdruck, Einschränkungen der Mobilität oder die hohe Straffung des Studiums) angegangen werden. Grundlage hierfür können die Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz vom November 2013 zur Europäischen Studienreform sein.

Unser Ziel ist es weiterhin, die Bauautonomie für alle Hochschulen und Universitäten entsprechend der Regeln für die Technische Universität Darmstadt (TUD-Gesetz) zu ermöglichen.

Studieren: international, familienfreundlich und praxisnah

Wir werden die „Lissabon-Konvention“ umsetzen, wonach die Hochschulen bei der Frage der Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen den Nachweis wesentlicher Unterschiede erbringen müssen – und nicht mehr die Studierenden den Nachweis der Gleichwertigkeit der erbrachten Leistungen. Dies erhöht auch die Transparenz für Studierende beim Hochschulwechsel zwischen Bachelor und Master.

Universitäten und Fachhochschulen müssen auch in Zukunft Vorreiter für den gesellschaftlichen und technischen Fortschritt sein. Die Vereinbarkeit von Familie und Hochschule ist uns dabei ein wichtiges Anliegen. Deshalb werden sich die Hochschulen stärker den Betreuungsanforderungen für Familien und Kinder öffnen müssen. Die zunehmend heterogene Lebenswirklichkeit der Studierenden einerseits und die Gefahr des Verlustes akademischen Talents andererseits erfordern die Möglichkeit zur flexiblen Studiengestaltung. Wir werden daher Anreize schaffen, das reguläre Teilzeitstudium auszubauen. Wir wollen auch ein Teilzeitstudium in der Masterphase ermöglichen. Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Hochschule wollen wir darüber hinaus den weiteren Ausbau des Kita-Angebotes und familienfreundlicher Studienstrukturen an den hessischen Hochschulen fördern. Zudem wollen wir eine Regelung finden, welche die Wahlfreiheit der Eltern bei der Kinderbetreuung am Hochschulstandort unter Einbeziehung der Herkunftskommune ermöglicht.

Auch setzen wir uns das Ziel, den Frauenanteil im Wissenschaftsbereich durch die Schaffung von Anreizen über die „Leistungsorientierte Mittelzuweisung“ weiter zu erhöhen. Während in Hessen bereits 46 Prozent der Studienanfänger weiblich sind, liegt der Frauenanteil in der Professorenschaft erst bei 22 Prozent. Damit liegt Hessen zwar über dem Bundesdurchschnitt und konnte in den letzten Jahren eine deutliche Steigerung erreichen. Dieser Weg muss aber trotzdem konsequent fortgesetzt werden, um Frauen im gesamten Wissenschaftsbetrieb zu fördern. Wir werden dazu Instrumente zur Förderung des Anteils von Frauen im Wissenschaftsbereich weiterentwickeln und auch Projekte zur Steigerung der Genderkompetenz in der Lehre weiterführen.

Zudem wollen wir an den Hochschulen in Hessen die Möglichkeiten schaffen, mittels moderner Kommunikationsmittel auch außerhalb von Hörsälen und Bibliotheken zu studieren, ausbauen, damit Studierende ortsunabhängig und flexibel lernen können.

Studentenwerke

Wir werden den Ausbau des Angebots an studentischem Wohnraum fördern. Hierzu soll eine Schwerpunktsetzung in der hessischen Wohnraumförderung für die nächsten Jahre erfolgen. Die hessischen Studentenwerke sind dabei bevorzugt zu berücksichtigen. Die Finanzierung der hessischen Studentenwerke werden wir, im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Hessischen Hochschulpakt, unter Beachtung der studentischen Beiträge weiter entwickeln.

Universitätsklinikum Gießen und Marburg

Im Falle eines Eigentümerwechsels soll das Land die sich aus der „Change-of-Control“-Klausel ergebenden Möglichkeiten des Vertrages ergebnisoffen prüfen. Den Lehr- und Forschungsstandort Mittelhessen – an beiden Standorten in Gießen und Marburg – wollen wir erhalten und stärken. Das Land sieht sich weiterhin in der Verantwortung, Einfluss auf die Entwicklungen am UKGM nehmen. Die Inbetriebnahme der Partikeltherapieanlage ist für die Koalitionspartner weiterhin von zentraler Bedeutung.

IV. Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern

Wir wollen für den wissenschaftlichen Nachwuchs planbare und verlässliche Karrierewege und Perspektiven schaffen. Befristete Beschäftigungsverhältnisse aufgrund von Qualifizierungsphasen oder zeitlich befristeten Forschungsprojekten liegen in der Natur des Wissenschaftsbetriebs; ihr Anteil – insbesondere über sehr kurze Zeiträume – hat in den letzten Jahren ein Maß erreicht, das Handlungsbedarf entstehen lässt. An erster Stelle ist ein aktives Gegensteuern Aufgabe der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in ihrer Verantwortung als Arbeitgeber. Ihnen gewährt der Hessische Hochschulpakt erhebliche finanzielle Planungssicherheit. Im Gegenzug sehen wir sie in der Pflicht, ihrerseits für adäquate Beschäftigungsverhältnisse Sorge zu tragen.

In den Bereichen, in denen Daueraufgaben anfallen, sollen Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Die Befristungsregelungen in diesem Bereich sollen überprüft werden. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs ist dabei die Schaffung einer gesicherten Perspektive entscheidend. Dabei muss bei den Arbeitsverhältnissen für Qualifikationsstellen eine Anpassung der Befristungsdauer erfolgen, welche die für den Erwerb der jeweiligen Qualifikation üblicherweise notwendigen Zeiträume enthält.

Hervorragende Lehre leistet einen wesentlichen Beitrag für gute Studienleistungen. Qualitativ hochwertige Lehre wird dabei maßgeblich durch die Entwicklung innovativer Lehrkonzepte gestärkt. Wir sehen künftig den Erwerb ausreichender didaktischer Kompetenzen als Voraussetzung für die Übernahme von Lehrverpflichtungen.

Wir wollen die Einführung eines „Tenure-Tracks“ an hessischen Hochschulen fördern, der besonders qualifizierten Nachwuchswissenschaftlern nach einer Erprobungsphase die Möglichkeit einer Lebenszeitprofessur eröffnet. Um für den Wissenschaftsstandort Hessen hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anzuwerben, wollen wir „Dual-career-Strategien“ unterstützen, die bei deren Anwerbung auch berufliche Perspektiven für den Ehe- oder Lebenspartner schaffen.

V. Forschungsland Hessen

Die Zukunft Hessens entscheidet sich ganz maßgeblich an der Entwicklung von Forschung, Technologie und Innovation. Forschungsergebnisse von heute sind die Produkte und Dienstleistungen von morgen. Nur mit der Aufrechterhaltung der Innovationsfähigkeit unseres Landes sind Wohlstand und nachhaltiges Wachstum auch für die kommenden Generationen möglich. Aus diesem Grunde ist ein forschungs- und innovationsfreundliches Klima unabdingbar, um Wissenschaftler, innovationsbereite Unternehmen und die entsprechenden Forschungseinrichtungen am Standort Hessen zu halten und neu zu begründen.

LOEWE

Zentrales Instrument der hessischen Forschungspolitik wird auch in der kommenden Legislaturperiode die Landes-Offensive zur Entwicklung Wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz – kurz LOEWE – sein. Mit diesem Programm setzt das Land Hessen wissenschaftspolitische Impulse, um die hessische Forschungslandschaft nachhaltig zu fördern. Mit LOEWE werden herausragende wissenschaftliche Verbundvorhaben gefördert, insbesondere auch eine intensive Vernetzung von Wissenschaft, außeruniversitärer Forschung und Wirtschaft. Die Empfehlung des Wissenschaftsrates werden wir dabei berücksichtigen und der regionalen Vernetzung von Projekten eine stärkere Bedeutung beimessen.

Innovative wissenschaftliche Vernetzung in ausgewählten Bereichen fördern

In Zukunft werden die Kreativität und der Erfindungsgeist der in Hessen lebenden Menschen noch wichtiger für unseren wirtschaftlichen Erfolg werden. Innovative Unternehmen und Initiativen im Bereich der Leitmärkte der Zukunft werden wir unterstützen und dem vollen Spektrum von der Nano- über die Umwelt- bis hin zur Mobilitäts- und Raumfahrttechnologie unsere Aufmerksamkeit schenken. Dazu werden wir die hessische Wirtschaftsförderung auf die Leitmärkte der Zukunft und sinnvolle Cluster konzentrieren. Die Strategie der „Houses-of ...“ als Transferzentren zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft wollen wir verstärkt und konzentriert verfolgen. Entsprechende neue Initiativen zur Clusterbildung in Nordhessen, beispielsweise rund um die dort intensiv vorhandenen Bereiche „Erneuerbare Energien“ und „Kreislaufwirtschaft“, werden wir unterstützen.

Wir werden ein wissenschaftliches Netzwerk zur Energieforschung in Hessen bilden, um die technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umsetzung der Energiewende zu fundieren.

Mittelhessen wird als Medizin- und Gesundheitsregion weiter gestärkt, insbesondere mit Blick auf die Netzwerkbildung in der medizinischen Forschung, der Krankenversorgung und der translationalen Übersetzung in medizinische Produkte.

Wir wollen Forschungsprojekte im Bereich Gesundheitsentwicklung in Zeiten des demografischen Wandels, Umwelt und Energie stärker zusammenführen und interdisziplinäre Projekte fördern.

Wir fördern Forschungsprojekte für Schülerinnen und Schüler, um das Interesse an Wissenschaft und Forschung in der jungen Generation zu wecken. Die bereits bestehenden vielfältigen Aktivitäten der hessischen Hochschulen bei der Zusammenarbeit mit den Schulen begrüßen wir. Die etablierten Schülerforschungszentren in Hessen und weitere Initiativen wollen wir unterstützen. Wir fördern und unterstützen das Projekt „Jugend forscht“.

Forschung mit Tierversuchen

Wir streben an, Tierversuche langfristig durch alternative Verfahren zu ersetzen. Weitere Maßnahmen zur Reduzierung von Tierversuchen werden wir prüfen. Dazu wollen wir im Rahmen der Autonomie der Hochschulen eine Stiftungsprofessur für sogenannte „3R-Verfahren“ (Replacement - Reduction - Refinement) einrichten.

L. Soziale Sicherheit – Chancen für alle

Wir wollen allen Menschen die Chance geben, ihr Leben selbst aktiv zu gestalten. Daher streben wir eine inklusive Gesellschaft an, in der der Staat dort unterstützend eingreift, wo Menschen Hilfe brauchen. Wirkungsvolle Sozialpolitik unterstützt die Menschen in ihrer Selbstbestimmung, in ihren eigenen Anstrengungen und erkennt ihre Vielfalt als Bereicherung für unsere Gesellschaft an. Unser Verständnis von Sozialpolitik ist es, den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Eine solche Sozialpolitik grenzt niemanden aus, sondern schafft Chancengerechtigkeit für alle, unabhängig von sozialer Herkunft, Alter, Geschlecht und kulturellem Hintergrund.

I. Sozialbudget: Verlässlich unterstützen

Wir sind uns bewusst, dass die Teilhabemöglichkeiten ein wesentlicher Beitrag für ein lebenswertes Hessen sind. Es ist das Verdienst vieler, sich dafür einzusetzen, Angebote vorzuhalten und somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Diese Arbeit wollen wir würdigen, sichtbar machen und besser fördern. Hierfür werden wir diese Maßnahmen in einem Hessischen Sozialbudget zusammenführen.

Auf der Grundlage des beschlossenen Haushaltes werden wir durch das zusätzliche Hessische Sozialbudget in Höhe von 18,1 Millionen Euro das gesamte Sozialbudget auf 70 Millionen Euro aufstocken. Dies macht deutlich, dass bereits bislang Wert auf die Unterstützung von Verbänden und Institutionen in der Sozialpolitik durch den Einsatz freiwilliger Leistungen des Landes gelegt wurde.

Das Sozialbudget ist dabei das Instrument, die freiwilligen sozialen Leistungen des Landes nachhaltig zu sichern. Das Sozialbudget als Finanzierungs- und Steuerungsinstrument stärkt durch den verantwortungsvollen Einsatz von Landesmitteln die soziale Infrastruktur und macht sie zukunftsfest. Durch die Festschreibung der Landesmittel über den laufenden Haushalt hinaus erhalten Kommunen und Träger sozialer Dienste auch vor dem Hintergrund der Schuldenbremse Planungs- und Handlungssicherheit.

Damit werden vor allem Maßnahmen gefördert, die diejenigen unterstützen, die auf Grund ihrer schwierigen Lebenslage ganz besonders auf unsere Solidarität angewiesen sind. Mit präventiven Maßnahmen wollen wir Armut und soziale Ausgrenzung vermeiden. Dazu werden wir die Angebote der Schuldnerberatung mit Landesförderung bedarfsgerecht ausbauen, um sie wieder zu einem festen Bestandteil von Armutsprävention zu machen. Damit das soziale Zusammenleben auch in benachteiligten Stadtteilen erleichtert wird, werden wir das Programm „Soziale Stadt“ mitfinanzieren. Bestandteil dieser zukunftssichernden Maßnahmen sind auch die Weiterentwicklung von Familienzentren sowie die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in Hessen durch Maßnahmen der Gesundheitsprävention.

Wir werden die Landessozialberichterstattung zu einem Instrument der Bedarfs- und Wirkungsanalyse der sozialen Situation in Hessen weiterentwickeln. Sie soll zukünftig Handlungsempfehlungen an die Politik ableiten. Ein besonderer Schwerpunkt wird die Bekämpfung von Kinderarmut sein.

Eine Sozialpolitik, die allen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, kann nur gemeinsam mit Land, Kommunen, Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden gelingen. Wir werden deshalb den sozialpolitischen Dialog mit den Akteuren intensivieren und gemeinsame Verabredungen treffen.

Vor diesem Hintergrund wollen wir die „Rahmenvereinbarung über die Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen“ in einem angemessenen Zeitraum mit den Vertragspartnern prüfen und weiterentwickeln.

Die Zusammenarbeit zwischen anerkannten Organisationen der Sinti und Roma und dem Land Hessen wollen wir weiter verbessern und auf eine vertragliche Grundlage stellen.

Wir werden eine Anlaufstelle für jede Art der Diskriminierung (Antidiskriminierungsstelle) einrichten, um unbürokratische und schnelle Hilfe für betroffene Personen zu gewährleisten.

II. Gesundheit: Fördern und erhalten

Unser Ziel in der Gesundheitspolitik ist eine verlässliche Gesundheitsversorgung und der Zugang aller zu guten Gesundheitsleistungen. Eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Herausforderungen an eine verlässliche Gesundheitsversorgung sind heute und in Zukunft andere als noch vor wenigen Jahren. Die Gründe hierfür liegen ganz wesentlich in den Auswirkungen des demografischen Wandels, der auch in Hessen eingesetzt hat und das Land in den nächsten Jahrzehnten verändern wird. Eine längere Lebenserwartung, eine im Durchschnitt deutlich ältere Bevölkerung und ein beträchtlicher Rückgang der Bevölkerung in ländlichen Regionen verlangen von uns neue Konzepte zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung für alle Menschen in allen Teilen des Landes.

Gesundheit bedeutet aber weit mehr als die Gewährleistung umfassender medizinischer Versorgung. Unser Ansatz umfasst gute Arbeitsbedingungen, medizinische Vorsorge, eine bewusste und gesunde Ernährung sowie gesundheitliche Aufklärung und Bildung für Menschen jeden Alters.

Wir werden das Hessische Krankenhausgesetz überarbeiten. Krankenhäuser werden bei ihren Investitionen durch Zuweisung pauschaler Investitionen unterstützt. Versorgungsgesichtspunkte spielen dabei – basierend auf einem zu entwickelnden Versorgungsatlas – eine wichtige Rolle. Den Übergang von der Einzelförderung zur Pauschalförderung werden wir mit einem Sonderinvestitionsprogramm gestalten. Außerdem werden wir den ambulanten und stationären Bereich stärker verzahnen und die Gesundheitskonferenzen zu regionalen sektorübergreifenden Versorgungskonferenzen weiterentwickeln. Das gemeinsame Landesgremium für Empfehlungen zu sektorenübergreifenden Versorgungsfragen nach § 90 a SGB V (Gesetzliche Krankenversicherung) werden wir daran beteiligen.

Wir werden den Prozess des Zusammenschlusses von kommunalen Krankenhäusern weiter aktiv unterstützen und begleiten, um die Vielfalt der Trägerlandschaft unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Strukturen zu erhalten. Die besondere Bedeutung der Universitätskliniken als Häuser der Maximalversorgung ist zu beachten.

Wir legen ein besonderes Augenmerk auf Gesundheitsförderung und Prävention, die sich an den Lebenswelten orientiert. Um beides flächendeckend auszuweiten, wollen wir die Kommunen stärker einbeziehen und das Tätigkeitsfeld der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE) weiterentwickeln. Für die großen Volkskrankheiten wie Diabetes und Rheuma sowie für Krankheitsbilder wie z.B. für HIV/AIDS und Folgen der Genitalverstümmelung wollen wir Prävention, Begleitung und medizinische Versorgung zielgruppengerecht weiterentwickeln.

Wir wollen den „Hessischen Pakt zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung“ weiterentwickeln. Nur durch das konstruktive Zusammenwirken aller Beteiligten, von den medizinischen Fakultäten, über die Ärzteorganisationen bis hin zu den Krankenkassen, können die gesundheitlichen Versorgungsstrukturen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden und die ländlichen Regionen Hessens attraktiv bleiben. Dabei werden wir die Zielwirksamkeit einzelner Maßnahmen überprüfen. Die nachhaltige Förderung der ambulanten Versorgung wollen wir fortsetzen; dies können Einzelpraxen, Gemeinschaftspraxen oder Medizinische Versorgungszentren sein. Ziel ist auch

eine stärkere Kooperation aller Akteure vor Ort unter Einbeziehung der Kommunen. Daraus können sich Häuser der Gesundheit entwickeln, auch die Pflegestützpunkte werden in das Konzept mit einbezogen. Mit verschiedenen Ansätzen der innovativen Versorgung wie beispielsweise Telemedizin, rollenden Arztpraxen oder einer wohnortnahen Alten- und Krankenpflege (Modell „Gemeindepflege“) geben wir Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels.

Um ein Sterben in Würde auch bei Schwerstkranken jeden Alters in Hessen möglich zu machen, kommt der Arbeit in den Hospizen und Palliativstationen eine große Bedeutung zu. Gerade das dort erbrachte ehrenamtliche Engagement verdient unsere besondere Wertschätzung. Um die Arbeit der ambulanten und stationären Kinderhospize nachhaltig zu ermöglichen, treten wir in den Dialog mit den Kostenträgern ein. Wir werden den Aufbau von regionalen Kinderpalliativteams mit einer Anschubfinanzierung unterstützen.

Hilfestellungen und Regelungen zur stationären Unterbringung psychisch kranker Menschen werden in ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKG) gefasst. Dabei werden wir die aktuelle Rechtsprechung zur Unterbringung psychisch kranker Menschen beachten. Zur Verbesserung der Hilfen für psychisch kranke Menschen fördern wir die Angebote vor Ort.

Ziel unserer Suchthilfepolitik ist es, durch Prävention, Aufklärung und Beratung den Einstieg in den Drogenmissbrauch zu verhindern, zumindest aber zu verringern. Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass es Drogenkonsumenten gibt, die es vor gesundheitlichen Schäden zu schützen gilt. In der Suchthilfe werden wir den „Frankfurter Weg“ auch unter Berücksichtigung des Aufkommens neuer synthetischer Drogen fortführen, Aufklärung und Beratung intensivieren. Die Hessische Landesstelle für Suchtfragen (HLS) wird beauftragt, in einem Modellversuch zu eruieren, wie insbesondere in der Drogenszene großer Städte die Beratung, Aufklärung und der Gesundheitsschutz zielgerichtet verstärkt werden können.

Die Rahmenbedingungen für den Jugendschutz, Alkohol- und Suchtprävention und des Gesundheitsschutzes werden wir weiterentwickeln und die Arbeit der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen (HLS) weiter unterstützen.

Wir werden ein hessisches Qualitätskonzept für eine hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung und die Sicherheit der Patientinnen und Patienten entwickeln. Ein qualitativ hochwertiger Rettungsdienst ist Teil der medizinischen Versorgung.

III. Pflege: Zukunftsfest gestalten

Die älter werdende Gesellschaft stellt völlig neue Anforderungen an eine menschenwürdige Pflege. Pflegebedürftige Menschen verdienen eine besondere Zuwendung, Respekt und einen würdevollen Umgang. Dabei wollen wir die ganze Bandbreite der Pflege im Blick haben – angefangen von „kleinen“ Pflegedienstleistungen im häuslichen Umfeld bis hin zur vollstationären Versorgung in Einrichtungen. Wir wollen die Pflege insgesamt aufwerten. Daher sind Qualitäts- und Ausstattungsmerkmale genauso wichtig wie eine bedarfsgerechte Ausbildung oder die Würdigung familiärer Leistungen für die Pflege von Angehörigen oder Bekannten. Professionelles wie ehrenamtliches Handeln in der Pflege werden wir durch organisatorische Maßnahmen wie verbesserte Aus- und Weiterbildungsangebote unterstützen.

Die Landesregierung wird die im Bund anstehende Reform der Alten- und Krankenpflegeausbildung als modular gestaltete Ausbildung, d.h. mit einer einheitlichen Grundausbildung und einer darauf aufbauenden Spezialisierung für die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege, unterstützen. Darüber hinaus sollen auch die Aufstiegschancen in der Pflege verbessert werden, u.a. durch systematische Weiterbildungsangebote. Wir wollen die Pflegeberufe durch eine bedarfsgerechte Altenpflegeausbildung aufwerten und hierbei auch interkulturelle Gesichtspunkte berücksichtigen. Wir

werden die bestehende Finanzierungsstruktur bei Aus-, Weiter-, und Fortbildung in der Altenpflege überprüfen, Modelle neuer Ausbildungsformen unterstützen und den Pflegemonitor weiterentwickeln.

Wir werden die Einführung einer Pflegekammer unter Beteiligung der Betroffenen prüfen, in der alle Pflegeberufe berufsständisch organisiert werden.

Außerdem werden wir das Hessische Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen (HGBP) unter Einbezug der bisher gemachten Praxiserfahrungen weiterentwickeln und gegebenenfalls anpassen.

Wir wollen den Ausbau der Kurzzeitpflege zur besseren Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger stärker unterstützen. Wir wollen die Unterstützung in der Familie von ehrenamtlich Pflegenden mit Pflegebegleitern weiter stärken.

Wir werden das Hessische Geriatriekonzept weiterentwickeln und dabei einen ganzheitlichen, fallbezogenen Ansatz festlegen.

IV. Menschen mit Behinderungen

Das Recht auf Teilhabe und Teilnahme von Menschen mit Behinderungen muss in allen Lebensbereichen gefördert werden. Barrierefreiheit, bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen und die Akzeptanz von Unterschieden als Vielfalt sind hierfür unerlässlich. Wir wollen die besonderen Lebenssituationen aller Menschen mit Behinderungen berücksichtigen und in unserer Politik mit bedenken. Hilfe im Alltag soll am individuellen Bedarf ausgerichtet sein. Unser Ziel ist es außerdem, den Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen zu sichern und zu fördern.

Wir werden deshalb den Hessischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unter enger Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihrer Organisationen weiterentwickeln, sowie die begonnenen Maßnahmen weiterführen. Schwerpunkt sind dabei die Barrierefreiheit und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben. Wir werden weitere Maßnahmen ergreifen, um Menschen mit Behinderungen in Arbeit zu bringen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, mit allen anderen Akteuren barrierefreie Sozialräume zu schaffen.

Wir werden das Behindertengleichstellungsgesetz überarbeiten und an die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention anpassen. Hierzu werden wir in einen Dialog mit den Kommunen eintreten. Der Beirat zur Umsetzung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird zu einem Inklusionsbeirat weiterentwickelt.

Wir werden das Schwerbehindertenprogramm des Landes neu ausrichten, mit dem das Land die Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt fördert.

Darüber hinaus werden wir für Unternehmen, die über die Pflichtquote hinaus Schwerbehinderte beschäftigen, Anreizsysteme schaffen.

Wir wollen auch Menschen mit Behinderungen den Weg auf den 1. Arbeitsmarkt ermöglichen, die derzeit in „Behindertenwerkstätten“ tätig sind, z. B. durch ein „Budget für Arbeit“.

Die bundesweite Vorreiterrolle Hessens bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst werden wir weiter ausbauen. Wir werden die landeseigenen Liegenschaften weiterhin schrittweise barrierefrei umgestalten.

Je früher Kinder mit Behinderungen gefördert werden, umso größer werden ihre Teilhabemöglichkeiten im gesamten Leben. Deshalb streben wir an, die Frühförderung in Hessen weiterzuentwickeln und zu stärken.

Die Aufgabenwahrnehmung der Landesbeauftragten bzw. des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen in Hessen ist weiträumiger und vielfältiger geworden. Sie erstreckt sich seit längerer Zeit nicht mehr nur auf die Fragestellung der inneren Verwaltung, sondern auch auf die Wahrnehmung der Interessen von Menschen mit Behinderungen gegenüber der Landesregierung. Wir werden prüfen, wie die Rechte der bzw. des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen gestärkt werden können.

Wir begrüßen die Beschlussfassungen auf der nationalen Ebene zur Zukunft der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und unterstützen und begleiten ihre Umsetzung.

Wir werden die Selbsthilfeverbände stärker unterstützen und in die Gestaltung von Landespolitik einbeziehen. Darüber hinaus werden wir das Ehrenamt (z.B. Betreuungsvereine) in diesem Bereich fördern.

Wir werden die Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Pflege weiterführen.

Außerdem setzen wir uns für den Ausbau des Medienangebots des Hessischen Rundfunks in Gebärdensprache ein.

V. Arbeits- und Ausbildungsmarkt stärken

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muss alle Zielgruppen erreichen und dabei alle Akteure einbeziehen. Arbeitsmarktpolitik ist auch ein Instrument, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Dazu müssen Frauen, Alleinerziehende, benachteiligte Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen und Langzeitarbeitslose in besonderer Weise erreicht werden. Wir werden in der hessischen Arbeitsmarktpolitik innovative Impulse setzen und neue Initiativen ergreifen. Unser Ziel ist es, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Wir wollen deshalb ein Landesprogramm installieren, das der Personengruppe, die mehrfache Vermittlungshemmnisse hat, eine dauerhafte Möglichkeit gibt, sozialversicherungspflichtiger Arbeit nachgehen zu können.

Wir werden die bestehenden Arbeitsmarkt- und Ausbildungsprogramme im Hinblick auf einen noch zielgerichteteren Mitteleinsatz überprüfen.

Gemeinsam mit den Jobcentern werden wir dafür sorgen, dass die Bundesmittel für Eingliederung voll ausgeschöpft und zielgenau eingesetzt werden.

Wir werden dafür sorgen, dass jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten oder ein Abschluss ermöglicht wird. Wir werden dazu wieder einen „Pakt für Ausbildung“ ins Leben rufen.

Um allen Jugendlichen Ausbildung und Beschäftigungschancen zu ermöglichen, werden wir die Ausbildungs- und Arbeitsmarktbudgets mit dem Ziel einer noch zielgerichteteren Unterstützung benachteiligter Jugendlicher überprüfen. Dazu wollen wir außerdem die Übergangssysteme Schule und Beruf effektiver gestalten und die überbetriebliche Ausbildung unter anderem in Produktionsschulen unterstützen. Die Programme der Beschäftigungsförderung, Eingliederung, beruflichen Bildung und Ausbildung der verschiedenen Ministerien werden dafür zusammengeführt. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF), die Beschäftigung, berufliche Bildung und Ausbildung betreffen, werden zukünftig federführend koordiniert. Es wird eine „Stabsstelle Fachkräftesicherung“ eingerichtet.

Zudem werden wir ein landesweites Konzept für gesundheitlichen Arbeitsschutz unter besonderer Berücksichtigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erarbeiten.

VI. Bezahlbaren Wohnungsraum bieten

Wir wollen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für Familien und Alleinstehende in den Städten schaffen. Dabei wollen wir alle Potenziale ausschöpfen. Dazu gehört auch, bestehende Gebäude, wie z.B. Büroräume, durch Umbaumaßnahmen für Wohnzwecke umzuwidmen.

Das Hessische Wohnraumfördergesetz wollen wir weiterentwickeln und seine Umsetzung beschleunigen. Eigenheimförderung und die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus werden wieder als gleichrangige Ziele im Hessischen Wohnraumfördergesetz festgeschrieben, damit flexibel auf die jeweiligen Bedarfe eingegangen werden kann. Darüber hinaus sind bei der Schaffung und Sanierung von Wohnraum insbesondere Barrierefreiheit und energetische Sanierung wichtige Kriterien für eine nachhaltige Wohnungsbaupolitik.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, werden wir die Beteiligungen des Landes an der Nassauischen Heimstätte und der GWB als bedeutsame Einflussfaktoren mit Priorität zur Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums erhalten. Der Landesbesitz der Wohnungsbaugesellschaften wird nicht in Frage gestellt.

Universitätsstädte wollen wir bei der Schaffung von zusätzlichem studentischen Wohnraum unterstützen.

Gleichzeitig wollen wir attraktive Lebensbedingungen im ländlichen Raum erhalten.

Wir werden prüfen, wie eine rechtliche Grundlage geschaffen werden kann, die eine Finanzierungsbeteiligung von Investoren im Gebäudebau an den ÖPNV-Erschließungskosten ermöglicht. Sollte dies nicht möglich sein, werden wir die Kommunen ermächtigen, Stellplatzablösebeträge im Rahmen von Stellplatzeinschränkungsatzungen zu erheben. Hierbei werden wir darauf achten, dass es nicht zu Belastungen von mittelständischen Betrieben oder Handwerksbetrieben kommt.

Mit der Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe eröffnen wir den Kommunen die Möglichkeit, ihre zweckgebundenen finanziellen Handlungsspielräume für den Bau und Erhalt von preisgünstigem Wohnraum zu stärken.

Im Einvernehmen mit den Kommunen wollen wir die bundesgesetzlich eröffneten Möglichkeiten zur Begrenzung des Anstieges von Mieten („Mietpreisbremse“) nutzen. Dies soll auf die betroffenen Gebiete in den Kommunen begrenzt sein.

Zur Mobilisierung dringend notwendiger zusätzlicher Flächen zur Wohnraumbauung werden wir eine deutliche Priorität auf die bereits vorhandenen Nutzungsgebiete legen, statt neue Gebiete zu erschließen. Grundsätzlich gilt: Innenentwicklung vor Außenentwicklung.

Die Hessische Verordnung zur Bestimmung von Gebieten mit verlängerter Kündigungsbeschränkung nach § 577a BGB soll fortgeführt werden. Die von der Verordnung umfassten Kommunen werden vor der Verlängerung beteiligt und in Zukunft regelmäßig befragt, ob sie die Kündigungssperrfrist über die bundesrechtliche Vorgabe hinaus verlängern wollen.

Wir werden die Hessische Bauordnung evaluieren und gegebenenfalls novellieren. Insbesondere soll z.B. geprüft werden, inwieweit Erleichterungen bei den Vorschriften zur Umwandlung von Wohn- und Büroraum in Kindertagesstätten sowie bei der Errichtung von Gebäuden in Holzbauweise umgesetzt werden können.

Wir streben eine angemessene Kofinanzierung der bestehenden Städtebau-Programme an.

M. Verbraucherinnen und Verbraucher schützen – Umfassend informieren

Die Bürgerinnen und Bürger müssen mit unterschiedlichsten Produktangeboten und immer mehr Informationen umgehen. Auch Lebensmittelskandale führen zu Verunsicherung. Deshalb muss ein moderner Verbraucherschutz auf viele Lebensbereiche der Menschen Antworten geben, wozu in den vergangenen Jahren auch verstärkt die Aufklärung über Finanz- und IT-Produkte hinzugekommen ist. Um diese Querschnittsaufgabe zu bewältigen, steht im Mittelpunkt unserer Politik eine umfassende Aufklärung durch verständliche Informationsmöglichkeiten für alle Altersgruppen. Damit sollen sowohl jüngere als auch ältere Menschen angesprochen werden. Auch wird es gesetzgeberische Initiativen geben.

Wir werden eine umfassende Strategie zum Verbraucherschutz erarbeiten. Deren Ziel ist es, durch Informationen und Transparenz entsprechenden Schutz und Wahlfreiheit sicher zu stellen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher auf gleicher Augenhöhe mit Unternehmen und Dienstleistern agieren können. Wir werden das „Drei-Säulen-Modell“ von Verbraucherinformation und Verbraucherberatung, Qualitätsmanagement bei Produkten und Verarbeitung von Lebensmitteln sowie behördlichem Verbraucherschutz stärken.

Wir werden die Verbraucherzentrale Hessen verlässlich finanzieren und finanziell besser aufstellen. Die duale Struktur in der flächendeckenden Verbraucherberatung werden wir optimieren und die Verbraucherzentrale Hessen und den DHB – Netzwerk Haushalt in Hessen unterstützen.

In den Bereichen des Verbraucherschutzes, der Lebensmittelkontrolle, der Agrarverwaltung und der Veterinärverwaltung wollen wir die Abläufe der staatlichen Kontrollsysteme gemeinsam mit den Kommunen einer kritischen Prüfung unterziehen mit dem Ziel, nachvollziehbare und einheitliche Standards zu definieren.

Wir wollen die Verbraucherinformation verbessern und dazu eine regelmäßige Berichterstattung mit entsprechender Evaluierung der durchgeführten Maßnahmen veröffentlichen. Wir werden das Informationsangebot www.verbraucherfenster.de einer Evaluierung unterziehen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine verbraucherfreundlichere Gestaltung von Produktinformationsblättern und Beratungsprotokollen ein und wollen prüfen, inwieweit die von Kartellbehörden erhobenen Bußgelder für Verbraucherarbeit und Verbände genutzt werden können. Als Möglichkeit der alternativen Streitbeilegung bei Online-Streitigkeiten führen wir für die hessischen Bürgerinnen und Bürger den Online-Schlichter fort. Zudem soll das Verursacherprinzip bei der Finanzierung von Verbraucherschutz-Kontrollen verstärkt Berücksichtigung finden.

I. Vorfahrt für Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit

Gerade im Bereich von Lebensmitteln und Ernährung verlangt der moderne Verbraucherschutz klare rechtliche Regelungen und Instrumentarien sowie ausreichende Informationen durch Kennzeichnung von Inhaltsstoffen und Bestandteilen. Damit reagiert die Koalition auf die immer wiederkehrenden Lebensmittelskandale und legt die Grundlage für einen effektiven vorsorgenden Verbraucherschutz. Darüber hinaus sind verstärkte Anreize für eine gesunde und ausgewogene Ernährung sowie saisonale und regionale Produkte erforderlich.

Wir wollen gesundes Essen für unsere Kinder von Anfang an und setzen uns deshalb für eine gesunde und regional erzeugte Pausen- und Mittagsverpflegung in Schulen, Universitäten und Betreuungseinrichtungen ein. Wir begrüßen das Angebot zusätzlicher ökologischer Angebote in allen öffentlichen Einrichtungen.

Wir wollen „nachhaltigen Konsum“ durch eine Bildungsoffensive und mehr Informationen stärken. Insbesondere wollen wir weitere regional-saisonale und ökologische Modellprojekte zur Schulverpflegung initiieren und die Essensverpflegung mit Besuchen auf landwirtschaftlichen Betrieben der Region verbinden. Wir werden zum Beispiel das Projekt „Bauernhof als Klassenzimmer“ fortführen.

Wir werden die „Task-Force Lebensmittelsicherheit“ als Kriseninterventionsstelle ausbauen und prüfen die Einrichtung einer hessischen Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für Verstöße gegen das Lebensmittelrecht, um Missbrauch effektiv bekämpfen zu können. Weiterhin setzen wir uns ein für eine bundeseinheitliche Regelung zur Veröffentlichung von Kontrollergebnissen der amtlichen Lebensmittelüberwachung in der Gastronomie.

Um eine ausreichende Transparenz im Lebensmittelbereich zu gewährleisten, unterstützen wir eine Novelle des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches, ggf. werden wir hierzu eine eigene Bundesratsinitiative vorlegen.

Wir streben darüber hinaus auf Bundesebene eine Kennzeichnungspflicht für Allergene und klare Regelungen für laktose- und glutenfreie Produkte an, die eine verbindliche und verlässliche Ausweisung von Lebensmittelinhalten sicherstellt, und werden die Einhaltung dieser Vorgaben kontrollieren.

Schließlich setzen wir uns auf Bundesebene für klarere Transparenzregeln betreffend Herkunft und Preis von Lebensmitteln (u.a. Fleisch) auf nationaler und europäischer Ebene ein. Dies gilt auch für verpackte oder weiterverarbeitete Lebensmittel, insbesondere bei der Weiterverarbeitung im Ausland.

II. Finanzprodukte: Verlässlich informieren

Gerade die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise machen deutlich, dass der Verbraucherschutz auch bei Finanzprodukten eine elementare Bedeutung hat. Eine falsche Beratung kann für die Menschen im Einzelfall schwere finanzielle Folgen nach sich ziehen. Gerade der Finanzplatz Hessen hat eine hohe Verantwortung, seriöse Finanzdienstleistungen bereit zu stellen.

Deshalb unterstützen wir Initiativen gegen Falschberatung im Finanzsektor und für mehr Transparenz und werden dafür auch auf Bundesebene eintreten. Die Honorarberatungen sehen wir als eine sinnvolle Alternative zur provisionsgebundenen Beratung. Wir unterstützen das bestehende „Netzwerk Finanzen“, welches Vorschläge erarbeitet, um gerade bei jungen Menschen das Finanzwissen zu erweitern. Diese Vernetzung und die daraus entstehenden Kooperationsprojekte werden wir kontinuierlich ausbauen.

III. IT-Produkte: Vertrauen stärken

Der digitale Wandel der letzten Jahre stellt die Politik vor neue Herausforderungen beim Verbraucherschutz. Die enormen Chancen, die das Internet und die mobilen Anwendungen bieten, bergen gleichzeitig auch Risiken, vor allem im Bereich des Datenschutzes. Wir wollen im Bereich der IT-Produkte die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken.

Bei der Nutzung personenbezogener Daten, insbesondere auch im Internet, setzen wir uns für einen Einwilligungsvorbehalt und praxismgerechte Widerspruchsrechte sowie Löschungsmöglichkeiten für die Verbraucherinnen und Verbraucher ein.

Wir werden eine Bundesratsinitiative einbringen, um bei Sozialen Netzwerken die höchste Sicherheitseinstellung voreinzustellen, die vom Nutzer individuell gelockert werden kann.

Wir wollen die Information über und die Regulierung von digitalem Fingerprinting verbessern und werden im Bundesrat ein Rückgaberecht für Applikationen für mobile Endgeräte einfordern.

IV. Prävention und Schutz: Für den Alltag gerüstet

Beim Thema Kompetenzstärkung ist uns insbesondere der chancengerechte Zugang zu Verbraucherinformationen wichtig. Wir wollen in einer immer komplexer werdenden Welt gerade denen Unterstützung ermöglichen, für die die eigenständige Informationsbeschaffung besonders schwierig ist. Wir werden deswegen verschiedene Maßnahmen angehen, die alle Gruppen unserer Gesellschaft einbezieht, insbesondere die Älteren und die Jüngsten.

Deshalb wollen wir die Alltagskompetenz der Menschen mit dem Ziel fördern, diese im Umgang mit Kreditgeschäften, Lebensmitteln, Internet, Altersvorsorge, Versicherungen und Arbeitsverträgen zu sensibilisieren.

Wir treten dafür ein, dass professionelle Verbraucherberatung zukünftig verstärkt in Kindertagesstätten, Schulen, Gemeindehäusern, Stadtteilen, Volkshochschulen, Seniorenheimen und Betrieben erfolgt.

Außerdem unterstützen wir die Forderung nach einer generellen Bestätigungslösung bei aus unerlaubter Telefonwerbung zustande gekommenen Verträgen.

Kinder müssen vor Gefahren durch giftige Inhaltsstoffe in Spielzeug geschützt werden. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Gefährdungen durch Spielzeug mittels transparenter und aussagekräftiger Kennzeichnungen reduziert und möglichst verhindert werden.

Zum sensiblen Umgang mit Unternehmen, die beispielsweise mit ihren Produkten an Schulen über Verbraucherschutz oder gesunde Ernährung informieren, werden wir den Schulen einen Leitfaden an die Hand geben.

Glückspiel

Der Bereich des Glückspiels umfasst vom staatlichen Lotto über Casinos und online-Spiele bis hin zu Sportwetten und Spielhallen einen sehr breiten Bereich. Durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs hat Deutschland den Auftrag erhalten, dieses Gesamtsystem kohärent vor dem Hintergrund der Europäischen Verträge zu gestalten. Umfangreiche Arbeiten wurden seitdem an den verschiedenen staatsvertraglichen und gesetzlichen Regelungen vorgenommen. Aus unserer Sicht besteht hier Handlungsbedarf, um das System schlüssiger und rechtssicher auszugestalten.

Wir streben eine Novellierung dieser Regelungen an, die sich an den Vorgaben der europäischen Verträge und dem Grundgesetz sowie der dazu ergangenen Rechtsprechung orientiert. Die derzeitige quantitative Deckelung bei der Konzessionsvergabe im Bereich der Sportwetten führt nicht zu einer Verbesserung der Suchtprävention. Deshalb setzen wir uns für eine qualitative Begrenzung der Konzessionen ein. Darüber hinaus wollen wir wirksame Suchtpräventionsregelungen auch für den Bereich des Glückspiels. Im hessischen Landesrecht streben wir vor allem anderen eine konsequente Beschränkung der Anzahl der Spielhallen sowie eine Überprüfung der Vorschriften über den gesetzlichen Bestandsschutz an.

N. Kommunen stärken – Demografischen Wandel gestalten

Die Kreise, die Städte und Gemeinden sind der Ort, der für die Menschen in Hessen der erste Bezugspunkt im alltäglichen Leben ist. Hier leben sie, hier arbeiten sie und hier bringen sie sich ein. Es sind die kommunalen Entscheidungen vor Ort, die sich in den Stadtteilen und Dörfern unmittelbar auswirken, wo aber auch für die Zukunftsgestaltung die größten Chancen liegen – gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Aufgrund dieser Nähe ist in den Kommunen aber auch der Wunsch der Menschen am größten, sich konkret einzubringen, mitzuwirken und beteiligt zu werden.

I. Starke Kommunen: Gestaltungskraft erhalten

Die kommunale Familie ist vielfältig und von starken regionalen Besonderheiten geprägt. Wir wollen als Land Partner der kommunalen Familie sein. Wir wollen den Dialog vor Ort, verlässliche Rahmenbedingungen für Finanzen, Planung und die Gestaltungsmöglichkeiten von Kreisen, Städten und Gemeinden erhalten. Fast unvermeidbar wird es immer ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen dem Land auf der einen und den Kommunen auf der anderen Seite geben. Umso mehr werben wir für Vertrauen und wollen in einen neuen Dialog mit der kommunalen Familie eintreten, der auf gegenseitiger Achtung und Rücksichtnahme gründet.

Den institutionalisierten Austausch zwischen der Landesregierung und der kommunalen Familie wollen wir im Rahmen des Dialogverfahrens des Landes weiter fortsetzen. Ziel dieses Dialogs ist es unter anderem, aktuelle Herausforderungen der Kommunen zu erörtern, Hinweise und Anregungen im Hinblick auf Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Finanzierungsprozesse auszutauschen und mit den Kommunen gemeinsam für den Abbau bürokratischer Hürden zu ihrer Entlastung zu sorgen.

Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass nur bei vollständigem Kostenausgleich von der Bundesebene weitere Standards für die Kommunen gesetzt werden.

In Zeiten immer knapper werdender finanzieller Spielräume auf allen staatlichen Ebenen bei gleichbleibenden und sogar wachsenden Aufgaben ist die interkommunale Zusammenarbeit für uns ein wesentliches Instrument, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten. Dem Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit messen wir daher eine große Bedeutung bei und werden auch weiterhin Anreize dafür bieten. In Ergänzung zur Prüfung bestehender Verwaltungsstrukturen in Bezug auf Effizienz und Zukunftsfähigkeit sehen wir weitere Möglichkeiten unter anderem in der freiwilligen Bildung von Verbandsgemeinden als zusätzlichem Organisationsmodell für die Verwaltungszusammenarbeit oder im Ausbau von Beratungsstrukturen. Wir wollen Kreisen, Städten und Gemeinden außerdem Hilfestellungen in diesem Bereich dadurch geben, dass wir regelmäßig erfolgreiche Beispiele interkommunaler Lösungen in einem Bericht veröffentlichen. Die Metropolregion Rhein/ Main sowie die Rhein/ Neckar-Region über Landesgrenzen hinweg wollen wir weiterentwickeln.

Wir werden eine Stabsstelle zur Beratung von Nicht-Schutzschirm-Kommunen im Bereich der Haushaltspolitik einrichten. Außerdem werden wir die Service- und Beratungsangebote für Kommunen über Förder- und Darlehensprogramme in Hessen sowie auf nationaler und europäischer Ebene erweitern.

Wir werden einen „Zukunftsplan 2030“ für Strategien zur Infrastruktur und Daseinsvorsorge als unabhängiges planerisches Gutachten mit pragmatischen und umsetzbaren Ideen gemeinsam, u.a. mit den Kommunalen Spitzenverbänden, erarbeiten.

Die Praktikabilität des Landesplanungsgesetzes für die Erstellung des Landesentwicklungsplanes wird unter den Aspekten besserer Transparenz und Bürgerbeteiligung überprüft.

Das Gesetz zur Stärkung innerstädtischer Geschäftsquartiere (INGE) wird im Hinblick auf die Erreichung seiner Zielsetzungen evaluiert und ggf. weiterentwickelt; dabei ist insbesondere auch der Denkmalschutz angemessen zu berücksichtigen. Es wird ein INGE-Programm zur Anschubfinanzierung von zehn innerstädtischen Projekten aufgelegt.

Zur Mitte der Legislaturperiode werden wir die Erfahrungen der letzten Novelle der Hessischen Gemeindeordnung, die Erleichterungen bezüglich der Einleitungsquoren im Bereich von Bürgerbegehren gebracht hat, evaluieren. Im Hinblick auf die Zustimmungsquoren wollen wir möglichen Änderungsbedarf für weitergehende Regelungen prüfen. Dabei können wir uns eine Differenzierung nach Ortsgrößen gemäß Einwohnerzahlen dergestalt vorstellen, dass das bisherige Zustimmungsquorum von 25 Prozent für Kommunen mit bis zu 50.000 Einwohnern beibehalten wird, für Kommunen zwischen 50.000 und bis zu 100.000 Einwohnern auf 20 Prozent und für Kommunen mit über 100.000 Einwohnern auf 15 Prozent abgesenkt wird. Dabei sollen auch weitere Elemente der direkten Demokratie in die Prüfung einbezogen werden, wie Einwohnerantrag und die Ermöglichung von Bürgerbegehren auf Kreisebene.

Darüber hinaus wollen wir – im Zusammenhang mit einer möglichen Änderung der Vorschriften zur Bürgerbeteiligung in der Hessischen Gemeindeordnung – auch die Möglichkeit dafür schaffen, dass Bürgerentscheide durch die Gemeindevertretungen initiiert werden können.

Wir streben eine Verknüpfung des passiven Wahlrechts mit der Volljährigkeit auf allen staatlichen Ebenen an. Die Kinder- und Jugendparlamente werden wir auf freiwilliger Basis stärken.

Darüber hinaus wollen wir das Höchstalter für Wahlämter abschaffen und die rechtlichen Vorgaben zur Versorgung kommunaler Wahlbeamter anhand der Regelungen in anderen Ländern abgleichen und überprüfen.

II. Kommunalen Finanzausgleich zeitgemäß ausgestalten

Den Koalitionspartnern ist die teilweise schwierige finanzielle Situation der Kommunen bewusst. Wir werden die Rahmenbedingungen für starke Kommunen in Hessen durch eine partnerschaftliche Politik zwischen Land und kommunaler Familie weiter verbessern. Viele Kommunen haben sich seit langem auf den Weg der Konsolidierung begeben. Der Kommunale Schutzschirm unterstützt dieses Ziel. Den mit dem Kommunalen Schutzschirm eingeleiteten Paradigmenwechsel hinsichtlich des Umgangs mit der kommunalen Verschuldung werden wir fördern; unser Ziel ist es, ihn in der Kommunalen Familie zu verbreitern und zu verstetigen. Der Kommunalaufsicht kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die Aufsicht über die Schutzschirmkommunen durch die drei Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel hat sich bewährt. Wir streben an, die Kommunalaufsicht auch für die übrigen kreisangehörigen Kommunen bei den Regierungspräsidien zu konzentrieren. Doppelstrukturen gilt es dabei zu vermeiden.

Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) ist in seiner Ausgestaltung nicht mehr zeitgemäß. Mit der Stärkung des ländlichen Raums und der stärkeren Berücksichtigung der Demografie durch das zum 1. Januar 2014 in Kraft tretende erste Maßnahmenpaket zur KFA-Strukturreform sind erste Reformschritte gegangen worden. Die unterschiedliche demografische Entwicklung in Hessen wird bei der weiteren Reform des KFA zu beachten sein. Wir werden auf der Grundlage des Urteils des Staatsgerichtshofs vom 21. Mai 2013 den Bedarf der Kommunen ermitteln und diesen zur Grundlage der Finanzausstattung machen. Es gilt, eine faire horizontale und aufgabenangemessene vertikale Finanzverteilung zu erreichen. Dabei muss auch ein ausgewogenes Verhältnis aus interkommunaler Solidarität und Stärkung von Anreizfunktionen für die Kommunen zur Gewinnung eigener Einnahmen entstehen. Die Ergebnisse der Mediatorengruppe zur KFA-Strukturreform und der sich anschließenden Facharbeitsgruppe fließen mit ein. Die gemeinsame Arbeitsgruppe von Land und Kommunaler Familie hat ihre Arbeit zur Umsetzung des Urteils bereits aufgenommen. Ziel ist es,

schnellstmöglich die Vorgaben des Staatsgerichtshofs umzusetzen und die kommunale Selbstverwaltung dauerhaft auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Diskussion über frühere Eingriffe in den KFA zugunsten einer neuen, systematischen Finanzausstattung der Kommunen auflösen. Die Arbeitsgruppe soll Ende 2014 ihre Arbeit abschließen, so dass bereits Anfang 2015 das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet werden kann. Damit wollen wir sicherstellen, dass die Kommunen in 2015 frühzeitig verlässliche Daten für die Haushaltsaufstellung 2016 bekommen. Wir sind dabei auf die konstruktive Mitarbeit der Kommunalen Spitzenverbände angewiesen, um die Entscheidung des Landtags vorzubereiten.

III. Herausforderungen des Wandels als Chance begreifen

Wir begreifen den demografischen Wandel als positive Herausforderung, bei der nicht nur die Risiken, sondern vor allem die Gestaltungspotenziale im Vordergrund stehen. Wir wollen durch eine aktive Demografie-Politik die damit verbundenen Chancen nutzen und negative Folgen vermeiden bzw. abfedern. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass unser Land im Ballungsraum einerseits noch auf mittlere Sicht Bevölkerungswachstum verzeichnen wird, während andererseits die ländlichen Räume bereits heute zum Teil erhebliche Bevölkerungsrückgänge aufweisen. Dabei verkennen wir nicht, dass der demografische Wandel durchaus mit erheblichen Veränderungsnotwendigkeiten in allen Politikbereichen mit dem Bedarf an differenzierten Antworten verbunden ist.

Im Land gibt es bereits zahlreiche gute Ansätze und Aktivitäten. Diese wollen wir verstärkt bündeln und koordinieren. Dazu gehört auch der Dialog mit den gesellschaftlichen Akteuren auf allen Ebenen. Den strategischen Ansatz der Landesregierung für eine erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels werden wir unter Führung der oder des Demografiebeauftragten der Landesregierung ausbauen. Die Abstimmung der demografierelevanten Aktivitäten und Maßnahmen werden wir verstärken und ressortübergreifende Handlungskonzepte entwickeln.

Dazu werden wir in folgenden Handlungsfeldern die ressortübergreifende Zusammenarbeit intensivieren:

- Regionale Daseinsvorsorge, Regionalentwicklung: Wir setzen uns für die an unterschiedlichen regionalen Bedürfnissen ausgerichtete Entwicklung von Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge ein. Wir unterstützen Modellregionen und innovative Projekte, die passgenaue Lösungen entwickeln. Hilfe zur Selbsthilfe, Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement sind dabei wesentliche Leitlinien.
- Familien, Kinder, älter werdende Gesellschaft: Wir werden die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben im Alter verbessern und die Kinder- und Familienfreundlichkeit in Hessen erhöhen.
- Arbeitsmarkt: Wir werden Anpassungsstrategien für den Arbeitsmarkt weiterentwickeln und die Landesverwaltung als Arbeitgeber demografiefest machen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung zum Thema Demografie werden wir verstetigen und den Austausch mit den Akteuren auf allen Ebenen fortsetzen. So werden wir beispielsweise die Verleihung des Hessischen Demografie-Preises fortführen, um gute Beispiele für die Zukunft unseres Landes öffentlich zu machen und auszuzeichnen.

IV. Miteinander der Generationen: Erfahrungen nutzen

Die älter werdende Gesellschaft wollen wir als Chance begreifen. Viele Menschen, die heute aus dem aktiven Arbeitsleben ausscheiden, bringen ein hohes Maß an Engagement und Erfahrungswerten mit und wollen sich einbringen. Diesen Erfahrungsschatz der „jungen Alten“ wollen wir nutzen. Durch neue Modelle wollen wir gewährleisten, dass diese Erfahrungen praktisch nutzbar gemacht werden. Gleichzeitig streben wir einen würdevollen Umgang und Respekt gegenüber älteren Mitmenschen sowie eine zeitgemäße Kultur des Alterns an, um die Teilhabemöglichkeiten älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben zu stärken.

Dazu werden wir die Seniorenpolitische Initiative unter dem Motto „Alter neu denken – Zukunft gewinnen“ weiterführen, um auf die Bedingungen und die Lebenskonzepte älterer Menschen angemessen reagieren zu können. Durch die Seniorenpolitische Initiative werden die Vielzahl der Informations- und Beratungsmöglichkeiten sowie Maßnahmen für Seniorenfreundlichkeit im Land Hessen aufgezeigt und gebündelt.

Wir wollen eine landesweite Marke „Aktion Generation“ schaffen, um in Zusammenarbeit mit Verbänden, Vereinen, Unternehmen und Institutionen älteren Menschen Hilfsangebote im täglichen Leben zu machen (z.B. Sitzmöglichkeiten in Supermärkten, verständliche Sprache, Orientierung in Bussen und Bahnen).

Wir streben die Förderung und den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit älterer Berufstätiger mit Unternehmen und Kostenträgern an. Dazu zählen Maßnahmen zur Gesundheitsförderung ebenso wie altersgerechte Arbeitsplätze.

Zur Nutzung von Erfahrungen und Fähigkeiten im sozialen und wirtschaftlichen Bereich werden wir eine Vermittlungsbörse „Durchstarten mit 60“ einrichten. Dabei sollen ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger durch ehrenamtliches Engagement Punkte sammeln können, die sie im höheren Alter für von ihnen in Anspruch genommene ehrenamtliche Leistungen einlösen können.

Außerdem werden wir auch weiterhin die Mitsprache von Seniorinnen und Senioren auf allen politischen Ebenen fördern.

O. Orientierung geben, Kultur fördern – Hessen in Europa

Zukunft braucht Herkunft – und die Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft ist unsere Kultur. Sie verbindet Klassisches mit Modernem, gelebte Tradition mit Weltoffenheit. Unser Land gibt Menschen verschiedenster Kulturen und Religionen eine Heimat. Für das gesellschaftliche Miteinander kommt es darauf an, diese durch Herkunft und Religion geprägten, verschiedenen Wertvorstellungen und Orientierungen im Blick zu haben.

Ebenso kommt es darauf an, den mit der rasanten technischen Entwicklung einhergehenden Wunsch der Menschen nach sicherem Austausch im Netz oder einer breit aufgestellten Medienlandschaft Rechnung zu tragen. Während die Schnelligkeit von Veränderungen, Informationen und Datenflüssen für die einen Teil ihrer beruflichen Tätigkeit ist, ist sie für andere eher eine Bedrohung und löst Unruhe aus.

Viele Entscheidungen, hier wie in anderen Bereichen, werden nicht mehr allein in Hessen getroffen. Deshalb müssen wir – als Land im Herzen Europas – zunehmend über die Grenzen Hessens hinaus denken und handeln.

I. Hessen: Land der kulturellen Vielfalt

Hessen ist ein Land, das – von vielen unbeachtet – in allen seinen Regionen ein vielfältiges kulturelles Erbe besitzt. Allein die Welterbestätten, die über das ganze Land verteilt sind, zeugen davon. Wir wollen dieses reiche kulturelle Erbe bewahren, die gesellschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart durch die Kultur, die diesen Ausdruck verleiht, verstehen und Impulse für die Zukunft setzen. Die freie Entfaltung von Kunst und Kultur nimmt dabei für uns einen ebenso hohen Stellenwert ein wie der freie Zugang aller Bürgerinnen und Bürger hierzu. Dabei eint uns die Überzeugung, dass Kreativität nicht nur den gesellschaftlichen Wandel begleitet, sondern Innovation ermöglicht.

Kultur in Hessen stärken

Der Erhalt des Erbes unserer Vergangenheit und die gezielte Förderung der Moderne in all ihrer Vielfalt ist uns ein wichtiges Anliegen. Im Rahmen der Diskussionen des Verfassungskonvents wollen wir die Kultur als Thema einbringen. Darüber hinaus streben wir an, die frühzeitige kulturelle Bildung als ein Leitziel der Kulturpolitik zu verankern.

Wir wollen mit einem „Masterplan Kultur“ eine professionelle Bestandsaufnahme der Kultur in Hessen durchführen, um durch Vernetzungen und Synergien auf zentrale gesellschaftliche Entwicklungen wie den demografischen Wandel und den besonderen Stellenwert des Ehrenamts reagieren zu können.

Den Kulturfonds Frankfurt RheinMain werden wir weiter unterstützen. Um die Kulturausgaben in Hessen auf mehr Schultern zu verteilen, sind wir offen für die Idee freiwilliger Zusammenschlüsse anderer geeigneter Regionen Hessens zu Kulturräumen. Wir stehen dazu, gemeinsam mit der Stadt Frankfurt die Idee des Kulturcampus weiter zu verfolgen.

Für eine verstärkte Berücksichtigung der hessischen Kultur in den EU-Förderprogrammen werden wir uns einsetzen.

Wir erkennen das außerordentliche Engagement der Soziokultur an und wollen die finanzielle Ausstattung der Soziokultur verdoppeln. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen und Verbänden weitere Perspektiven für die Soziokultur in Hessen entwickeln.

Die Situation von kunst- und kulturschaffenden Frauen wollen wir verbessern, indem wir sie stärker als bisher fördern. Wir wollen Forschungen über den Stellenwert der Frau in Kunst und Kultur gemeinsam

mit den in diesem Bereich aktiven Einrichtungen und Engagierten intensivieren und Netzwerke zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern festigen. Wir streben insoweit die Partnerschaft mit der Stiftung Archiv Deutsche Frauenbewegung in Kassel an. Wir setzen uns dafür ein, dass das Archiv wesentlich an der auf Bundesebene vereinbarten wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Frauenbewegung beteiligt ist.

Kultur benötigt preisgünstige Räume, um sich zu entfalten, sei es für bildende Künstler auf der Suche nach Ateliers oder für jugendliche Gruppen, die Übungsräume für Musik benötigen. Wir schaffen und fördern „kulturelle Räume“ in vorhandenen Landesliegenschaften für Künstler und Kreative sowie Kulturvereine, in denen sich Kulturschaffende weiterentwickeln können.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass bei öffentlich geförderten Bauten im Rahmen von Architektenwettbewerben auch die Kunst am Bau angemessen berücksichtigt wird.

An den Aktivitäten des Lutherjahrs 2017 werden wir uns beteiligen.

Wir unterstützen die Organisation und Zusammenarbeit von außerschulischen und schulischen Einrichtungen, zum Beispiel die Kooperationen von Musikschulen und Schulen. Wir wollen den Landeszuschuss an die Musikschulen erhöhen. Die Förderung des Landesmusikrats und der Landesmusikakademie werden wir auf dem bisherigen Niveau fortsetzen.

Kinder und Jugendliche für Kultur begeistern

Kulturelle Bildung vermittelt eine Vielzahl von Fähigkeiten, die einen positiven Einfluss auf ganz unterschiedliche Lebensbereiche haben. Insbesondere Kindern und Jugendlichen wollen wir die Freude an Kunst und Kultur vermitteln.

Um die besondere Bedeutung kultureller Bildung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen herauszustellen, wollen wir die kulturelle Bildung im Bildungs- und Erziehungsplan verankern. Durch eine stärkere Zusammenarbeit von Kultureinrichtungen mit Kindergärten und Schulen sollen Kinder einen besseren und frühzeitigeren Zugang zu Kunst und Kultur erhalten.

Neben ihrem Beitrag zur kulturellen Bildung im schulischen Bereich fördern Theater, Schauspiel und Musik maßgeblich die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Deshalb wollen wir die Theaterarbeit an Schulen weiter fördern und entwickeln und das erfolgreiche Programm „Jedem Kind ein Instrument“ an hessischen Schulen weiterführen.

Gemeinsam mit den Kommunen und privaten Förderern werden wir zum Schwerpunkt Kulturelle Bildung ein Modellprojekt „Kulturkoffer“ für junge Menschen im Alter von 10 bis 16 Jahren entwickeln. Damit sollen Kinder und Jugendliche kostenfreie oder kostengünstige Angebote im vielfältigen Bereich der kulturellen Bildung erhalten. Dieses Programm werden wir alle zwei Jahre evaluieren und entsprechend weiterentwickeln.

Jede Generation bringt ihre eigene Jugendkultur hervor. Um diese zu begleiten, streben wir eine bessere Vernetzung von Jugend- und Kulturarbeit an.

Literatur ist ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Vielfalt. Durch verschiedenste Institutionen und Projekte, von der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung bis zum Leseland Hessen, wird der Literatur ein angemessener Stellenwert eingeräumt. Wir wollen die Literaturinstitutionen in Hessen erhalten und die Leseförderung weiter ausbauen.

Kunst und Kultur einen Ort geben

Der Erhalt und Betrieb von Archiven, Museen und Sammlungen ist viel mehr als bloßes Verwahren. Sie stellen einen Fundus für die Forschung dar, ermöglichen den Menschen einen unmittelbaren Kontakt zur Kultur und das Erleben von Kunst. Gleiches gilt für die Theaterarbeit und ihre vielfältigen Spielstätten.

Wir werden die Arbeit der hessischen Landesbibliotheken und -archive weiter unterstützen und fördern die Provenienzforschung in den Museumssammlungen, die sich der Herkunftsgeschichte von Kunst- und Kulturgütern widmet.

Wir fördern und ermöglichen die documenta als herausragende Kulturmarke. Wir streben gemeinsam mit der Stadt Kassel an, die documenta und ihre Geschichte auch zwischen den alle fünf Jahre stattfindenden Ausstellungen erlebbar zu machen. Hierzu soll das Archiv der documenta erschlossen und zu einem documenta-Institut unter Beteiligung von Bund, Land, privaten Sponsoren und der Stadt Kassel weiterentwickelt werden. Dazu dient auch die Stiftungsprofessur an der Kunsthochschule Kassel.

Zur Darstellung und zielgerichteten Weiterentwicklung der hessischen Theaterlandschaft wollen wir einen Theaterentwicklungsplan für Hessen aufstellen. Die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den Staatstheatern und den freien darstellenden Künstlern werden wir ausbauen. Die Theaterakademie werden wir fortführen und weiterentwickeln, um die Schaffung eines internationalen Anziehungspunktes für Nachwuchsschauspieler im Rhein-Main-Neckar-Gebiet zu fördern. Die Bedeutung des Wirkens der Freien Theater wollen wir anerkennen, indem wir deren Förderung verdoppeln.

Geschichte bewahren und erlebbar machen

Der Erhalt der Kunst- und Kulturdenkmäler unseres Landes ist uns mehr als reine Verpflichtung. Denkmalschutz, Archäologie und Welterbestätten leisten einen wichtigen Beitrag dazu, aus unserer Geschichte zu lernen und sie in der heutigen Zeit erlebbar zu machen.

Wir werden die Vielfalt des hessischen UNESCO-Weltkulturerbes zeitgemäß und pädagogisch ansprechend präsentieren und im Kontext der Kulturellen Bildung und der Forschung weiter vernetzen.

Die Kofinanzierung des Sonderinvestitionsprogramms des Bundes zum Erhalt der Welterbestätten soll auch weiterhin ermöglicht werden. Zwischen bereits bestehenden Welterbestätten und Bewerbern wollen wir unter maßgeblicher Einbeziehung des großen bürgerschaftlichen Engagements den Austausch vertiefen.

Für die zahlreichen, aus den jeweiligen Etats der Schlösserverwaltung und des Denkmalschutzes nicht mehr zu leistenden dringend notwendigen Baumaßnahmen zum Erhalt des Kulturellen Erbes wollen wir das Kulturinvestitionsprogramm neu auflegen. Insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem damit drohenden Leerstand von Denkmälern sehen wir die besondere Bedeutung des Denkmalschutzes im ländlichen Raum.

Wir wollen zur Bewahrung des Historischen Erbes in Hessen ein Funddepot für die Vielzahl der andernfalls gefährdeten archäologischen Funde in Hessen einrichten.

Die hessische Digitalisierungsstrategie für die Bestände der Archive und Bibliotheken werden wir weiter entwickeln.

Film- und Medienland Hessen

Hessen hat sich in den letzten Jahren zu einem profilierten Film- und Medienstandort entwickelt. Unser Land hat alles, was die moderne Filmlandschaft zu bieten hat: Vom traditionellen Kino über kreative und anspruchsvolle Filmproduktionen und einmalige Filmlocations bis hin zur modernsten Postproduktion. Kleine und große Filmfestivals für alle Zielgruppen, die Förderung des Nachwuchses in den Bereichen Film und Medien haben zur wachsenden Bedeutung der Film- und Medienbranche in Hessen beigetragen.

Wir wollen die Institutionen des Films in Hessen halten und fördern. Dazu gehören vor allem die international renommierte Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung und das Deutsche Filminstitut e. V.

Zur Verbesserung der Filmförderstrukturen in Hessen wollen wir eine Film und Medien GmbH gründen. Damit erreichen wir eine effiziente Zentralisierung der kulturellen und wirtschaftlichen Förderungen und schaffen zugleich eine mit den anderen Filmförderländern in Deutschland vergleichbare Struktur.

Die hessische Kino- und Festivalkultur stellt eine große Bereicherung der Kulturlandschaft in Hessen dar. Wir wollen sie in ihrer Bandbreite erhalten und stärken. Den Hessischen Film- und Kinopreis werden wir in Zusammenarbeit mit der Filmbranche weiterentwickeln und einen Preis für nachhaltiges Kino einführen.

Die B3 Biennale ist eine Plattform, auf der die internationalen Akteure der Bewegtbildszene und der Film- und Medienwirtschaft mit dem kreativen Nachwuchs, den Kulturinstitutionen sowie den Branchenvertretern hier in Hessen zusammengebracht werden. Im Zeitalter der digitalen Revolution wollen wir die B3 Biennale des bewegten Bildes weiterentwickeln.

Wir tragen der besonderen Bedeutung der Bereiche „Kreativwirtschaft“ und „Design“ in Hessen Rechnung und setzen uns für deren günstige Entfaltungsbedingungen ein.

II. Medien, Datenschutz und Netzpolitik

Medienpolitik ist überwiegend Ländersache und soll die Freiheit von Rundfunk und Presse als Garant der freien Meinungsbildung erhalten. Ohne freie Medien kann es keine freie, demokratische und lebendige Gesellschaft geben.

Wir möchten einen starken Medienstandort Hessen mit einer vielfältigen Medienlandschaft erhalten, in dem die Printmedien zukunftsfähig sind, der öffentliche Rundfunk seine Funktionen ebenso erfüllt wie die privaten Medien und in dem neue Medien einen Markt und Möglichkeiten finden.

Der Schlüssel für eine aufgeklärte Gesellschaft ist mehr denn je der bewusste, kompetente Umgang mit Medien. Diese Kompetenzen müssen auch für neue und digitale Medien mit ihren Chancen und Risiken vermittelt werden.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine unverzichtbare Säule unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Ihm kommt mit seinen beitragsfinanzierten Sendern in der digitalen Welt eine wichtige Funktion im Hinblick auf die Auffindbarkeit verlässlicher Informations-, Kultur- und wertiger Unterhaltungsangebote unabhängig von Quoten und kommerziellen Interessen zu.

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für einen unabhängigen, starken, zukunfts- und entwicklungsfähigen Hessischen Rundfunk ein.

Wir bekennen uns zur Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, gleichwohl sehen wir Reformbedarf, z.B. bei der Stärkung eines spezifisch öffentlich-rechtlichen Programm-Profils, der Reduzierung sich überschneidender Digitalangebote und der Erforderlichkeit weiterer Sparanstrengungen. Vertiefte Kooperationen zwischen den Rundfunkanstalten sind Ansatzpunkte, um die Akzeptanz des beitragsfinanzierten Rundfunks zu stärken. Die Tendenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu einer Uniformierung seines Programms und der Ausdünnung politischer, gesellschaftlicher und kultureller Inhalte in seinen Hauptprogrammen sehen wir mit Sorge.

Den geräteunabhängigen Rundfunkbeitrag wollen wir beibehalten, jedoch die Datenerhebung, -verarbeitung und -speicherung im Zusammenhang mit der Beitragserhebung dabei auf ein Mindestmaß beschränken. Auf der Basis des 19. KEF-Berichts (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) wollen wir die finanziellen Auswirkungen der Umstellung sowie die Notwendigkeit und Ausgewogenheit der Anknüpfungstatbestände überprüfen, um Fehlentwicklungen, die mit dem Modellwechsel verbunden sind, entgegenzuwirken. Wir werden uns, sollte der 19. KEF-Bericht durch den Modellwechsel bedingt erhebliche Mehreinnahmen ausweisen, dafür einsetzen, Möglichkeiten einer Senkung des Rundfunkbeitrages auszuloten.

Eine Reduzierung oder Abschaffung von Radio-Werbung mittels bundeseinheitlicher Regelungen lehnen wir ab.

Zum Programmauftrag eines zukunftsorientierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehört ein möglichst umfassendes werbefreies Angebot im Internet. Wir wollen gemeinsam mit anderen Ländern überprüfen, wie bei gewährleisteter Vergütung der Urheberinnen und Urheber, die Depublikationspflicht von ARD und ZDF für eigenproduzierte Programmangebote beendet werden kann und auch wie Verbreitungswege wie beispielsweise Apps oder Soziale Netzwerke genutzt werden können, ohne Urheberinteressen und die Interessen privater Anbieter außer Acht zu lassen. So wollen wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Rahmen seines Auftrags am sich wandelnden Medienverhalten der Beitragszahler ausrichten. Das Verfahren zum Drei-Stufen-Test wollen wir hinsichtlich seiner Praktikabilität und Kosteneffizienz mit den anderen Ländern überprüfen und gegebenenfalls überarbeiten.

Rundfunkrat und Verwaltungsrat des Hessischen Rundfunks wollen wir als arbeitsfähige und unabhängige Aufsichtsgremien stärken und in der Zusammensetzung die bestehende Pluralität der Gesellschaft besser widerspiegeln. Dazu wollen wir darauf hinwirken, die Zahl der weiblichen Rundfunkratsmitglieder zu erhöhen. Darüber hinaus gehört beispielsweise auch die Aufnahme von Vertretern muslimischer Religionsgemeinschaften und des Hessischen Jugendrings dazu.

Die Realisierung des von ARD und ZDF konzipierten Jugendkanals bzw. jugendspezifischen Medienangebots werden wir weiter unterstützen, wobei der Gesichtspunkt der Beitragsstabilität beachtet werden muss.

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen prüfen, inwieweit die Rechte der sogenannten festen-freien Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks im Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) gestärkt werden können.

Privater Rundfunk

Der private Rundfunk ist wesentlicher Teil der dualen Rundfunkordnung. Er sichert die Meinungs- und Programmvielfalt im Rundfunk und ist auch in Hessen Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor. Daher wollen wir ihn durch die Schaffung fairer Rahmenbedingungen unterstützen.

Zum Erhalt der regionalen Vielfalt in der hessischen Medienlandschaft wollen wir, dass regionalisierte Werbung in bundesweiten privaten Fernsehprogrammen für Hessen nach Möglichkeit ausgeschlossen bleibt.

Die öffentliche Aufgabe des privaten Rundfunks sollte sich in einem angemessenen Informationsanteil in privaten Hörfunk- und Fernsehprogrammen und nicht zuletzt auch in einer angemessenen Regionalberichterstattung, insbesondere in den Fenstern bundesweiter Fernsehprogramme, widerspiegeln.

Wir setzen uns dafür ein, der digitalen terrestrischen Übertragung von Hörfunk- und Fernsehangeboten auch künftig als für die Nutzer besonders kostengünstige Verbreitungstechnologie zu erhalten.

Printmedien

Zeitungen und Zeitschriften stehen wie kaum ein anderer Teil der Medienbranche im Umbruch. Dennoch bleiben sie gerade mit Blick auf traditionelle Medienkonsumenten wesentlicher Teil einer vielfältigen Medienwelt. Daher wollen wir uns gemeinsam mit Journalistinnen und Journalisten sowie den Verlagen für den Erhalt der Angebotsbreite im Bereich der Printmedien einsetzen.

Um den Erhalt des Presse-Grossos wollen wir uns gemeinsam mit den anderen Ländern weiter bemühen.

Medienkompetenz und Jugendmedienschutz

Medienkompetenz bildet in der heutigen „digitalen“ Gesellschaft eine Schlüsselqualifikation, die frühzeitig erworben werden sollte, die wir vor allem in der Schul- und Erwachsenenbildung fördern wollen und die es lebenslang fortzuentwickeln gilt. Medien sind oftmals auch Berührungspunkte mit jugendgefährdenden problematischen Inhalten und daher ist Medienkompetenz auch Voraussetzung für einen wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutz. Neben den rein technischen Fähigkeiten bedingt dieses, dass auch Chancen und Risiken von internetbasierten Anwendungen vermittelt werden.

Als Querschnittsaufgabe der Bildungspolitik ist die Vermittlung entsprechender Fähigkeiten ausgeprägte staatliche Aufgabe und fordert Anstrengungen in verschiedensten Bereichen. Wir wollen daher Zuständigkeiten und Angebote der Landesmedienanstalt (LPR) für die Medienkompetenzbildung weiterentwickeln. Die Koordinierung der vielfältigen Aktivitäten der verschiedenen im Land tätigen Träger wollen wir bei einem Ministerium bündeln. Medienkompetenzvermittlung für Kinder und Jugendliche muss dort stattfinden, wo diese anzutreffen und anzusprechen sind. Wir werden ein dauerhaft begleitendes Medienbildungskonzept erarbeiten, dass sowohl die Aus- und Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, insbesondere auch deren Befähigung zur medienpädagogischen Elternarbeit, in den Blick nimmt wie auch die Fachkompetenz außerschulischer Organisationen mit einbezieht.

Des Weiteren unterstützen wir gesellschaftliche Bündnisse zur Förderung der Medienkompetenz; gemeinsam mit Partnern aus den Kommunen, Kreisen, Kammern, aus Wirtschaft und Wissenschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen sowie den Seniorenorganisationen wollen wir neue medienpädagogische Bildungschancen und -anreize durch zielgruppenadäquate Angebote für Jugendliche, Eltern und ältere Menschen schaffen.

Bürgermedien (nichtkommerzieller Lokalfunk) und Medienprojektzentren Offene Kanäle als Form der medienpädagogisch begleiteten Projektarbeit mit dem Ziel der Vermittlung von Medienkompetenz an Kinder, Jugendliche und Multiplikatoren wollen wir weiterentwickeln.

Im Dialog sind neue Instrumente für einen wirksamen modernen Jugendmedienschutz zu entwickeln, wobei wir uns für eine stärkere Trennung der Schutzbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einsetzen und Schutzräume für Kinder schaffen wollen.

Wir setzen uns dafür ein, möglichst zeitnah eine Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages in Angriff zu nehmen, in dem gleiche Kennzeichnungsverfahren für verschiedene Trägermedien vorgesehen werden. Die Institution jugendschutz.net sollte auf eine dauerhafte finanzielle Grundlage gestellt werden und für Inhalte, die nicht vom Anbieter, sondern den Nutzern eines Webangebotes erstellt werden (sogenannter user generated content), eine unter Jugendschutzaspekten praktikable Lösung gefunden werden.

Internet und Netzpolitik

Das Internet hat sich zu einem unverzichtbaren und festen Bestandteil des Lebensalltags aller gesellschaftlichen Gruppen entwickelt. Der sichere Anschluss an schnelle Datennetze ist ein tragender Pfeiler für künftigen wirtschaftlichen Erfolg und eine freiheitliche Gesellschaft. Hessen verfügt über eine starke Informations- und Kommunikationstechnologie-Industrie und beherbergt den größten Internetknotenpunkt Europas. Hieraus ergibt sich eine besondere Verantwortung der hessischen Landespolitik.

Zur Sicherung der Teilhabe, Innovation, eines fairen Wettbewerbs, der Meinungsfreiheit und der Meinungsvielfalt setzen wir uns für die Wahrung der Netzneutralität ein.

Als Maßstab der (straf-)rechtlichen Beurteilung von Netzinhalten gilt für uns: Was außerhalb des Netzes verboten ist, muss auch im Netz verboten sein.

Wir setzen uns für ein Urheberrecht ein, das auch im Internet einen fairen Interessenausgleich zwischen Nutzern und Urhebern garantiert, so dass auch im digitalen Zeitalter die Rechte der Schöpfer an ihrem Werk vergütet und gesichert werden und gleichzeitig Werknutzern eine zeitgemäße Nutzung ermöglicht.

Das Engagement zur Stärkung des Datenschutzes bei Nutzung von sozialen Netzwerken und anderen Anwendungsprogrammen, wie es bereits in der hessischen Bundesratsinitiative für mehr Datensicherheit in sozialen Netzwerken auf den Weg gebracht wurde, wird fortgeführt. Die höchsten Sicherheitseinstellungen sollen Standard sein und nicht erst vom Verbraucher manuell vorgenommen werden müssen.

Bei der Nutzung personenbezogener Daten, insbesondere auch im Internet, setzen wir uns für einen Einwilligungsvorbehalt und praxisgerechte Widerspruchsrechte sowie Löschungsmöglichkeiten für die Verbraucherinnen und Verbraucher ein.

Wir werden im Bundesrat ein Rückgaberecht für Applikationen für mobile Endgeräte einfordern.

Auf Landesebene wollen wir den hohen hessischen Standard beim Datenschutz fortsetzen und uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der hohe deutsche Maßstab auch für die EU zur Richtschnur wird. So werden wir uns bei der EU-Datenschutz-Grundverordnung für den Erhalt hoher hessischer Standards und der Rechtswegegarantie einsetzen.

Gleichzeitig setzen wir uns für eine bessere Informations- und Aufklärungsarbeit über die möglichen Effekte und Konsequenzen von Informationen ein, die durch Webserver auf Computern von Nutzern für einen späteren Zugang erstellt werden (Tracking Cookies) und „Digital Fingerprinting“ (also das generelle Zusammenstellen von Informationen durch Webseitenbetreiber, um den Nutzer wieder zu erkennen). „Digital Fingerprinting“ wollen wir eindämmen und eine Einwilligungspflicht bei Anwendung von Tracking Cookies erreichen. Wir sehen es über die bereits erfolgreichen Maßnahmen hinaus als eine wichtige Aufgabe des Landes an, Verbraucherinnen und Verbraucher auf Gefahren und Risiken in Zusammenhang mit diesen Techniken aufmerksam zu machen und mögliche Schutzmechanismen aufzuzeigen.

Daten von Minderjährigen sollen nur in minimalem Rahmen gespeichert und überhaupt nicht weitergegeben werden dürfen. Löschungen von Accounts, Abos oder sonstigen Mediendiensten müssen auf Wunsch oder bei Kündigung unverzüglich, komplett und endgültig mit allen in dem Zusammenhang erhobenen Daten erfolgen. In diesem Kontext möchten wir auch die Forschung in technischen Jugendschutzprogrammen z.B. zum „Digitalen Vergessen“ vorantreiben.

Bezüglich der Umsetzung der Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung auf Bundesebene stimmen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht überein.

Netzpolitik ist eine Querschnittsaufgabe und braucht in Hessen nicht nur kompetente Ansprechpartner, sondern auch eine institutionelle Bündelung, um ihr ressortübergreifend mehr Gewicht zu verleihen. E-Government und Informationstechnologie wird bei der Landesregierung durch den Themenbereich der Netzpolitik erweitert.

Wir werden uns für einen weiteren Ausbau und eine Verstärkung der länderübergreifenden IT-Zusammenarbeit einsetzen.

III. Orientierung, Identität und politische Bildung

Freiheit und Verantwortung definiert jeder Mensch aus seinen individuellen Vorstellungen von Orientierung, Glaube, von Vorbildern und Identitäten. Unsere Gesellschaft, die wesentlich von der christlich-abendländischen Tradition geprägt und durch die kulturelle Vielfalt zugewanderter Menschen bereichert ist, speist sich daher aus ganz verschiedenen, unterschiedlichen Einstellungen zu Werten. Die Klammer um all diese unterschiedlichen Wertvorstellungen bildet unsere Verfassungsordnung, die Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantiert. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft verlangt eine Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit, um aus Erlebtem zu lernen und unser demokratisches Gemeinwesen in ausreichendem Maße zu schätzen.

Orientierung, Glaube und Dialog

Kirchen, Religionsgemeinschaften und religiöse Vereinigungen bieten den Menschen Orientierung und bereichern das gesellschaftliche Leben und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gleichzeitig sehen wir, dass viele Menschen sich keiner Religion zugehörig fühlen und ihr Wertefundament auf anderen Grundlagen aufbauen. Wir bekennen uns zur Achtung und zum Schutz der Freiheit der Religionsausübung, wie sie im Grundgesetz und in der Hessischen Verfassung garantiert ist.

Wir wollen den Dialog mit und zwischen Vertretern der christlichen Kirchen, der jüdischen Gemeinschaft und den muslimischen Gemeinden intensivieren. Friedliches Miteinander, Toleranz und Respekt vor dem Glauben des anderen bilden für uns hierfür die Basis. Der breite gesellschaftliche Dialog, den wir in allen Bereichen anstreben, muss gerade beim Austausch der Glaubensgemeinschaften, auch konfliktreiche Themen ansprechen, um zu verhindern, dass sich Meinungsverschiedenheiten in Streit und Auseinandersetzungen entladen.

Die christlichen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände leisten einen unverzichtbaren sozialen und kulturellen Beitrag zum Gemeinwesen. Sie prägen aus ihrem Fundament heraus ethisches Empfinden und Bewerten in unserer Gesellschaft und tragen dazu bei, dass Menschen Orientierung finden. Sie entlasten den Staat in seinen sozialstaatlichen Aufgaben durch die Motivation und Begleitung freiwillig engagierter Menschen sowie durch erhebliche Eigenmittel. Auf diesen Beitrag setzen wir auch in der neuen Legislaturperiode. Am bewährten Staatskirchenverhältnis halten wir ebenso fest wie an den Formen der Kommunikation und Begegnung mit den Kirchen. Wir vertrauen darauf, dass die christlichen Kirchen Partner und kritische Mahner zugleich bleiben. Gesellschaftliche Debatten über die besondere Stellung der Kirchen in unserem Land werden wir ebenfalls im vertrauensvollen Dialog mit den Kirchen erörtern.

Religiöse Feiertage sind für uns als Ausdruck individueller und gesellschaftlicher Sinnstiftung und Orientierung von hoher Bedeutung. Wir bekennen uns zu einem Schutz der stillen Feiertage (Karfreitag, Volkstrauertag, Totensonntag und dem Schutz der Sonntage im Advent). Über die Aufrechterhaltung des mit dem Schutz der weiteren Sonn- und Feiertage verbundenen Tanzverbots werden wir in Dialog mit den Glaubensgemeinschaften treten. Wir wollen, dass alle Religionen ihre Feiertage ungestört und in würdigem Rahmen begehen können.

Wir sind dankbar für das Erstarren des jüdischen Lebens in unserem Land und unterstützen die jüdischen Gemeinden und die jüdische Wohlfahrtspflege, zum Beispiel bei der Integration von Zuwanderern und dem Auf- und Ausbau von Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Die Menschen muslimischen Glaubens und ihre Religionsgemeinschaften sind fester Bestandteil Hessens und leisten einen wertvollen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Im Dialog mit den Religionsgemeinschaften wollen wir den islamischen Religionsunterricht bedarfsgerecht ausbauen.

In ganz Hessen nimmt die Jugendarbeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften einen breiten Raum ein. Wir wollen dieses wertvolle haupt- und ehrenamtliche Engagement weiter fördern und anerkennen.

Engagement für Hessen mit Identität

Hessen ist ein Land mit einer sehr vielfältigen Identität. Als eine der internationalsten Regionen Deutschlands, starken Prägungen durch Vertriebene und Migranten und mit seiner historischen Entwicklung hat Hessen weniger die eine, unverwechselbare Identität, sondern lebt von vielen regionalen Besonderheiten, verschiedensten Traditionen und einem breiten gesellschaftlichen Engagement der hier lebenden Menschen. Nichtsdestotrotz ist es unsere gemeinsame Aufgabe, nach fast 70 Jahren der Geschichte des Landes Hessen, Fragen der hessischen Identität neu aufzuwerfen und insbesondere der jungen Generation zu vermitteln. Gleichzeitig brauchen wir einen Zukunftsdialog über unser Land.

Wir wollen die Einrichtung eines Stiftungs-Lehrstuhls für hessische Geschichte an einer hessischen Hochschule prüfen, um damit die Identifikation mit Hessen und seiner Herkunft zu stärken und wissenschaftlich zu untermauern.

Wir werden prüfen, ob Überlegungen für ein „Haus der Hessischen Geschichte“ – ggf. auch nur in Form eines virtuellen Angebotes im Internet – in dieser Wahlperiode realisieren können.

Wir streben die Vergabe eines jährlichen „Hessen-Stipendiums“ an, um Promotionsstudierende, die sich der Erforschung der hessischen Geschichte widmen, bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Wir wollen künftig Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur, Sport und Medien zu Botschafterinnen und Botschaftern für Hessen ernennen, die ehrenamtlich für unser Land und seine besondere Identität im In- und Ausland werben.

Wir wollen den Hessentag gemeinsam mit den Kommunen weiterentwickeln und als ältestes und erfolgreichstes Landesfest in Deutschland in eine gute Zukunft führen.. Eine Reduzierung der Kosten wird angestrebt.

Mit einer neuen Form von Beteiligung wollen wir – aus Anlass des 70jährigen Bestehens der Hessischen Verfassung im Jahr 2016 – in einen neuen "Dialog über Hessen" eintreten, in dem alle Hessinnen und Hessen um ihre Ideen gebeten werden. Damit verfolgen wir das Ziel, besondere gesellschaftliche Zukunftsfragen (z.B. Wissenstransfer der "jungen Alten", globale digitale Kommunikation und Heimat in Hessen, "Bürger aktiv" im ländlichen Raum und in den Ballungsräumen, Unterstützung von Gemeinnutz und Schutz vor Überforderung) zu erörtern und innovative Lösungsansätze zu entwickeln.

Politische Bildung – anschaulich und interessant

Unsere Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Ganz maßgeblich für die Zukunftsfähigkeit dieser Demokratie ist eine zeitgemäße Vermittlung politischer Bildung - nicht nur im Schulunterricht sondern vielmehr auch in der Erwachsenenbildung und bei staatlichen Informationsangeboten. In Hessen trägt die Landeszentrale für Politische Bildung ganz entscheidend dazu bei, dass ein überparteilicher Ansatz in der Vermittlung politischer Bildung verfolgt wird. Daran wollen wir - getragen von einem breiten Konsens aller politischen Kräfte in Hessen - auch in der Zukunft festhalten.

Politische Bildung heißt immer auch Befassung mit unserer jüngeren und jüngsten Geschichte. Nur indem wir die Geschichte kennen, werden wir darin gestärkt, unsere Zukunft zu gestalten. Bei der Vermittlung dieser Inhalte kommt es auf eine anschauliche und interessante Darstellung an; dem Einsatz von Zeitzeugen messen wir daher eine ganz entscheidende Bedeutung bei. Gerade die jungen Menschen, die keinen direkten Erlebnisbezug zu den Ereignissen mehr haben, müssen in die Lage versetzt werden, die Ursachen der Verbrechen in der deutschen Geschichte zu verstehen und dadurch auch für Bedrohungen unserer jetzigen Demokratie sensibilisiert werden.

Wir werden alles dafür tun, dass wir eine Erinnerungskultur aufrechterhalten. Dabei muss besonders auch die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus bewahrt werden.

Im Hinblick auf eine Erinnerungskultur wollen wir deshalb auch Schulen, Vereine und Initiativen fördern und unterstützen.

Die Förderung der hessischen NS-Gedenkstätten sowie der beiden Erinnerungsstätten an Diktatur und deutsche Teilung, „Schiffersgrund“ und „Point Alpha“ werden wir auch in der Zukunft fortsetzen. Wir unterstützen weiterhin die Arbeit der HLZ in ihrer Schwerpunktsetzung, den Projekten zur politisch-historischen Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte hohe Aufmerksamkeit in der politischen Bildungsarbeit beizumessen.

Wir prüfen die Erhöhung der Mittel, um allen hessischen Schülerinnen und Schülern den Besuch einer NS-Gedenkstätte und einer Gedenkstätte zur deutschen Teilung zu ermöglichen.

Den NS-Härtefonds wollen wir erhalten und die Richtlinien entsprechend anpassen.

IV. Europa gemeinsam gestalten

Hessen als Land im Herzen Europas bekennt sich zur Europäischen Einigung und damit zu Frieden und Freiheit. Die hessischen Bürgerinnen und Bürger profitieren von der Stabilität Europas, dem wirtschaftlichen Erfolg und der gemeinsamen Währung. Aber Europa ist mehr als Währungsunion und die Staatsschuldenkrise, das sollte bei der Bewältigung der aktuellen Krise immer gegenwärtig sein. Europa ist ein weltweit einzigartiges Demokratie- und Friedensprojekt. Auch in den Zeiten der Krise ist für die junge Generation ein Europa mit den Grenzen des letzten Jahrhunderts nicht mehr vorstellbar. Freies Reisen, freie Wahl des Arbeits- und Studienplatzes bieten große Chancen für alle Lebensbereiche und sind nicht mehr weg zu denken. Dafür wurde die Europäische Union zu Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Die Hessische Landesregierung ist sich der historischen Leistung der Europäischen Union bewusst und wird daher überzeugt an einer erfolgreichen Zukunft Europas mitwirken. Auch als Standort der Europäischen Zentralbank und zukünftig der zentralen Bankenaufsicht fühlt sich die Landesregierung der europäischen Idee besonders verpflichtet.

Den Bürgerinnen und Bürgern muss die Idee Europas immer wieder vermittelt und Teilhabe ermöglicht werden. Wir stehen zu einem Europa, das eine Vielzahl regionaler Besonderheiten aufweist. Die Hessische Landesregierung wird die Interessen unseres Landes mit Kompetenz, Engagement und Professionalität einbringen. Wir wollen die Menschen, vor allem die Jugendlichen, für Europa begeistern und den europäischen Gedanken weitertragen.

Hessische Europapolitik

Die Hessische Landesregierung wird die Rechte und Möglichkeiten der Länder in Fragen der Europäischen Union voll ausschöpfen und hessische Interessen auf nationaler wie internationaler Ebene in Gesetzgebungsprozessen und darüber hinaus umfassend einbringen.

Wir werden die Europastrategie der Landesregierung, die sich am Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission orientiert und eine vorausschauende Positionierung Hessens zu den Vorhaben auf EU-Ebene ermöglicht, jährlich fortschreiben, damit sich Hessen frühzeitig in die Meinungsbildungsprozesse in der Europäischen Union einbringen kann.

Dazu werden wir die Europapolitik als Querschnittsaufgabe verankern und eine enge Verzahnung der Zuständigkeiten für den Bund und Europa sowie eine effektivere Koordinierung der Europapolitik innerhalb der Hessischen Landesregierung sicherstellen, um hessische Interessen wirkungsvoll durchsetzen zu können.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Hessischem Landtag in der Europapolitik weiter ausbauen und auch die Verzahnung mit dem Europaparlament und seinen Mitgliedern durch einen regelmäßigen Austausch stärken.

Wir wollen, dass Hessen über die Landesvertretung noch mehr Gewicht in Brüssel bekommt; sie wird deshalb als Knotenpunkt im hessischen Europeanetz weiter gestärkt: Sie soll ein offenes Haus für die hessischen Bürgerinnen und Bürger sein und Anlaufpunkt u.a. für Kommunen, Sozialpartner, Gewerkschaften, Unternehmen, Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen sein.

Als Ausdruck der Europaidee bekennen wir uns dabei zum Konzept des Mehr-Regionen-Hauses, in dem neben der hessischen Landesvertretung auch die hessischen Partnerregionen sowie heimische Partner mit eigenen Räumlichkeiten vertreten sind.

Den Ausschuss der Regionen werden wir als Instrument zur Wahrnehmung hessischer regionaler Interessen und zur Vernetzung europäischer Regionen mit gemeinsamer Zielsetzung stärker nutzen; Hessen muss frühzeitig strategische Partner insbesondere außerhalb Deutschlands suchen.

Wir wollen durch Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern und Regionen dazu beitragen, deren wirtschaftliche und soziale Grundlagen zu verbessern, weil eine Angleichung der bestehenden Ungleichgewichte in unserem eigenen Interesse liegt.

Wir werden die Partnerschaften des Landes (Emilia-Romagna, Wielkopolska, Aquitaine, Bursa, Wisconsin, Jaroslavl), des Hessischen Landtages und die weiteren bestehenden Kooperationen pflegen und vertiefen.

Die Europäische Idee mit Leben füllen

Europa muss ein Europa der Bürgerinnen und Bürger sein. Deshalb sind die Kenntnis europäischer Zusammenhänge, weitere Beteiligungsrechte und eine einfache verständliche Sprache sowie der Abbau unnötiger Bürokratie genauso wichtig wie kulturelle Vielfalt, regionale Traditionen oder Sprache. Deshalb unterstützen wir die „Europäische Bürgerinitiative“ als besondere Form von Teilhabe und direkter Demokratie.

Wir werden die Förderung von Jugend-, Sport-, Schüler- sowie Lehreraustauschprogrammen, Städte- sowie Hochschulpartnerschaften und Europaschulen sowie den zivilgesellschaftlichen Austausch ausbauen und die Teilhabe vieler unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ermöglichen, denn Europa ist vor allem auch das Projekt der jungen Generation. Darum wollen wir spezielle „Jugend-Botschafter“ gewinnen, die an Schulen und Hochschulen für die Europäische Idee werben.

Wir werden uns dafür einsetzen, die Gewährung von europäischen Fördermitteln zu vereinfachen, weil die Teilnahme an europäischen Förderprogrammen Bürgerinnen und Bürgern, vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen, Kommunen, Initiativen und Verbänden, Forschungseinrichtungen und Hochschulen durch komplizierte Verfahren zunehmend erschwert wird.

Wir werden zu diesem Zweck auch das Antragskompetenzzentrum als Servicestelle des Landes weiterentwickeln, das Interessierten bei der Beantragung europäischer Fördermittel mit Rat und Tat zur Seite stehen soll und daran mitarbeitet, dass das Land Hessen eine bestmögliche Förderquote aus europäischen Mitteln erreicht.

Wir werden die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips einfordern und setzen uns für eine Kompetenzgliederung innerhalb der Europäischen Union von unten nach oben ein. Wir setzen uns nachdrücklich für die Gleichbehandlung der deutschen Sprache innerhalb der Institutionen der EU ein. Wir streben eine stärkere Kooperation mit der GIZ, der KfW und mit im Entwicklungsbereich aktiven Nichtregierungsorganisationen an. Wir werden den Informationsfluss zu Verbänden und Gruppen durch eine enge Zusammenarbeit mit dem hessischen Europa-Komitee und der Europa-Union Deutschland verbessern.

Europäische Binnenmigration

Die Europäische Einigung ist eine Erfolgsgeschichte und ein wichtiger Baustein für Frieden und Wohlstand in Europa. Dass Menschen innerhalb der Europäischen Union ihren Aufenthaltsort frei wählen können, ist ein Erfolg der Integrationsleistung der vergangenen Jahre, der zum Gelingen Europas und zum Zusammenwachsen der Völker ganz maßgeblich beigetragen hat. Gleichzeitig kann die Binnenmigration in Verbindung mit den weiterhin vorhandenen sozialen Unterschieden in Europa auch eine Herausforderung darstellen.

Wir wollen gemeinsam mit besonders betroffenen Kommunen Lösungen bei Problemen im Zusammenhang mit der EU-Binnenmigration erarbeiten und werden bei der Problembewältigung insbesondere den EU-Rahmen und die zur Verfügung stehenden Bundesmittel nutzen. Den „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ werden wir in Hessen implementieren und entsprechende EU-Fördermittel nutzen.

Darüber hinaus sind wir uns einig, dass die Situation in den Herkunftsländern verbessert werden muss.

P. Stabil regieren – Vertrauensvoll arbeiten

I. Regieren: Fair und transparent

Informationsfreiheitsgesetz

Wir wollen Verwaltungshandeln offen und transparent gestalten. Deshalb werden wir die Erfahrungen anderer Länder und des Bundes mit den jeweiligen Informationsfreiheitsgesetzen auswerten und zur Grundlage einer eigenen Regelung machen. Insbesondere werden wir die Chancen und Risiken eines solchen Gesetzes vor dem Hintergrund bewerten, ob in anderen Ländern und beim Bund in der Praxis Transparenz für Bürgerinnen und Bürger über bestehende Informationsrechte hinaus erreicht wird. Dabei wollen wir sicherstellen, dass der Schutz von personenbezogenen Daten, von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen oder die schutzwürdigen Interessen des Staates nicht beeinträchtigt werden.

Ombudsstelle

Als Anlaufstelle für alle Einwohnerinnen und Einwohner Hessens wird eine unabhängige Ombudsstelle für „Bürgeranliegen und Beschwerden“ eingerichtet. Sie soll mit bereits vorhandenen Strukturen innerhalb der Landesregierung vernetzt werden. In dieser Anlaufstelle geht auch die Funktion des bisherigen Polizeibeauftragten im Innenministerium auf. Wir werden den anderen Fraktionen vorschlagen, die Anlaufstelle beim Landtag anzusiedeln (Petitionsreferat). Die Ombudsstelle soll sowohl Anliegen und Beschwerden gegen die Landesverwaltung als auch Anliegen und Beschwerden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachgehen. Sie berät Beschwerdeführer unbürokratisch und klärt Sachverhalte zügig auf.

Untersuchungsausschussgesetz

Wir werden ein eigenes Hessisches Untersuchungsausschussgesetz schaffen.

Lobbyregister

Wir werden ein öffentliches Lobbyregister beim Hessischen Landtag einrichten, in dem alle aktiven Interessenverbände aufgelistet sind.

Veröffentlichung von Nebentätigkeiten der Regierungsmitglieder

Wir werden eine Pflicht zur Veröffentlichung der Nebentätigkeiten von Ministerinnen und Ministern sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretären schaffen.

Online-Petitionen

Die Einreichung von Online-Petitionen wollen wir unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Deutschen Bundestages und anderer Länderparlamente ermöglichen.

II. Arbeitsweise der Koalition

Diese Koalitionsvereinbarung gilt für die Dauer der 19. Legislaturperiode.

Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung in Regierungshandeln umzusetzen. Die Koalitionspartner werden dazu ihre Arbeit in Parlament und Regierung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens erstellen. Die Koalitionspartner tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.

Zusammenarbeit der Fraktionen

Die Koalitionspartner werden im Landtag und seinen Ausschüssen nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen. Dies gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Die Fraktionen bringen Gesetzesentwürfe, Anträge und Große Anfragen gemeinsam ein. Über Ausnahmen ist Einvernehmen herzustellen. Aktuelle Stunden sind rechtzeitig vor Beantragung mit dem Koalitionspartner abzustimmen.

Zur Abstimmung über die parlamentarische Zusammenarbeit findet zwischen beiden Fraktionen ein enger und regelmäßiger Informationsaustausch statt.

Zusammenarbeit der Landesregierung

Die Koalitionspartner entscheiden im Kabinett einvernehmlich.

In vom Kabinett beschickten Gremien, Beiräten und Ausschüssen sind die Koalitionspartner entsprechend ihres Kräfteverhältnisses vertreten.

Abstimmungsverhalten im Bundesrat

Die Koalitionspartner legen das Abstimmungsverhalten des Landes im Bundesrat fest. Sie orientieren sich dabei am Wohl des Landes und dem Inhalt der Koalitionsvereinbarung. Wird im Kabinett zwischen den Koalitionspartnern keine Übereinkunft über das Abstimmungsverhalten erzielt, so enthält sich das Land im Bundesrat.

Europa

Um eine bestmögliche Vertretung hessischer Interessen auf europäischer Ebene zu erreichen, wird die Landesregierung ein geschlossenes Auftreten gegenüber den europäischen Institutionen sicherstellen.

Koalitionsausschuss

Die Koalitionsparteien bilden einen Koalitionsausschuss. Der Koalitionsausschuss berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen. Vor einer Entscheidung des Koalitionsausschusses zu einem streitigen Thema wird keine Kabinettentscheidung getroffen.

Der Koalitionsausschuss tritt in der Regel wöchentlich zusammen. Er wird zusätzlich auf Antrag eines Partners einberufen.

III. Ressortverteilung

Die CDU stellt den Hessischen Ministerpräsidenten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt den stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Die CDU stellt den Minister und Chef der Staatskanzlei.

Die CDU stellt den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund in der Staatskanzlei.

Die CDU stellt die Leitung folgender Ministerien:

- Hessisches Ministerium der Finanzen
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
- Hessisches Kultusministerium
- Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
- Hessisches Ministerium der Justiz
- Hessisches Sozial- und Integrationsministerium

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt die Leitung folgender Ministerien:

- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die beiden Parteien stellen jeweils die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in den ihnen zugeordneten Ressorts.

Darüber hinaus stellt BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN einen Staatssekretär für Integration und Antidiskriminierung im Hessischen Sozial- und Integrationsministerium.

Wiesbaden, 23. Dezember 2013

CDU Hessen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

Die Verhandlungsführer



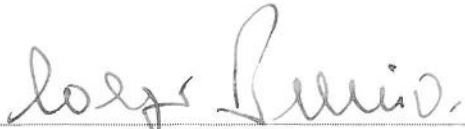
Volker Bouffier



Tarek Al-Wazir

Teilnehmer der Verhandlungsgruppe

CDU Hessen



Holger Bellino

Teilnehmer der Verhandlungsgruppe

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen



Horst Burghardt



Peter Beuth



Angela Dorn



Michael Boddenberg



Hildegard Förster-Heldmann

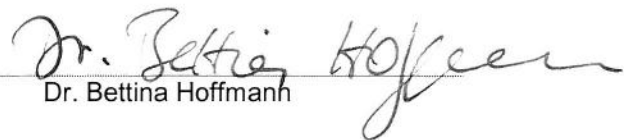


Eva Kühne-Hörmann

Priska Hinz



Dr. Franz Josef Jung



Dr. Bettina Hoffmann

Teilnehmer der Verhandlungsgruppe

CDU Hessen



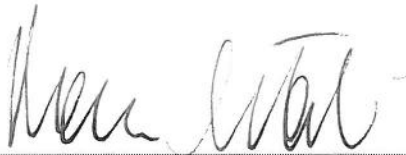
Lucia Puttrich

Teilnehmer der Verhandlungsgruppe

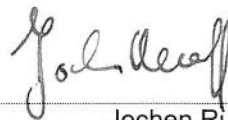
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen



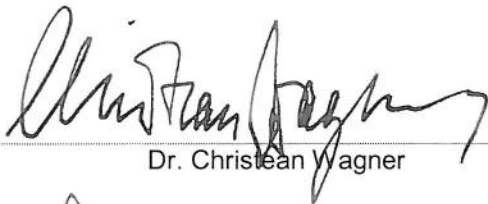
Kai Klose



Dr. Thomas Schäfer



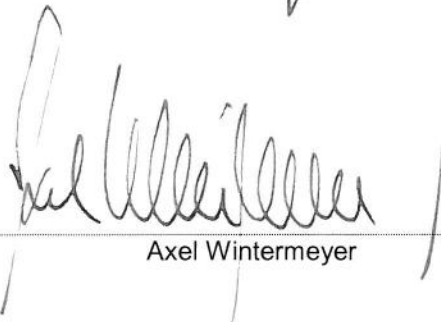
Jochen Ruoff



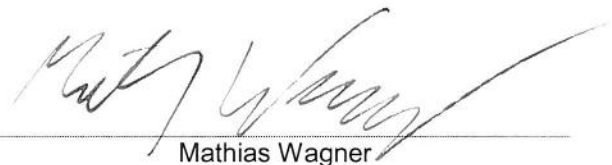
Dr. Christian Wagner



Kordula Schulz-Asche



Axel Wintermeyer



Mathias Wagner



HERAUSGEBERINNEN:

CDU Hessen
Alfred-Dregger-Haus
Frankfurter Straße 6
65189 Wiesbaden
Tel.: (0611) 1665-0
Fax: (0611) 1665-440
info@hessen.cdu.de
www.cduhessen.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden
Tel.: (0611) 98920-0
Fax: (0611) 98920-33
landesverband@gruene-hessen.de
www.gruene-hessen.de

